

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband. Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6552.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober dem Raum 40 Pfg. für Veretins- und Verkaufungs-Anzeigen 20 Pfg. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Spangh - Aufsicht: Amt I, Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Freitag, den 26. Februar 1892.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

### Die Immunität der Reichstags-Abgeordneten vor dem Reichsgericht.

Der Prozeß gegen unseren Genossen, den Reichstags-Abgeordneten Schmidt, Burgstädt, ist unseren Lesern im Gedächtnis. Obgleich der Artikel 31 der Reichsverfassung so deutlich ist, daß von einem Mißverstehen die Rede nicht sein kann, — obgleich die Unverletzlichkeit der Reichstags-Abgeordneten während der Session über jeden Zweifel hinaus feststeht, und obgleich es ebenso unzweifelhaft und obdenn noch vom Reichstag ausdrücklich ausgesprochen worden ist, daß die Vertagungen gleich den Ferien einen Theil der Session bilden, daß also während der Vertagungen die Immunität gilt, so eröffnete das Landgericht Chemnitz doch im Laufe der letzten Vertagung gegen unseren Genossen Schmidt in mehreren Fällen das Strafverfahren. Trozdem unser Genosse auf Grund seiner Immunität Einspruch erhob, lud man ihn zur Verhandlung vor Gericht, ließ ihn, da er, auf seine Immunität gestützt, das Erscheinen verweigerte, gewaltsam vorführen und verurtheilte ihn.

Dieses Attentat auf die Immunität des Reichstages wurde seiner Zeit von uns nach Verdienst gegeißelt. Unser Genosse Schmidt aber legte Berufung beim Reichsgericht ein. Die Verhandlung fand gestern — den 25. d. M. — statt. Ueber das Ergebnis wird uns telegraphirt:

Leipzig, 25. Februar, 2 Uhr. Nachm. In der Strafsache gegen den Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt beantragte vor dem Reichsgericht der Verteidiger Stadthagen, das gesammte Verfahren als gesetzlich unzulässig, weil gegen Artikel 31 der Verfassung verstoßen, einzustellen. Der Ober-Reichsanwalt Lessendorf schloß sich den Ausführungen an und beantragte, das Urtheil aufzuheben und die zeitliche Unzulässigkeit der Strafverfolgung auszusprechen. Das Reichsgericht erkannte demgemäß. Das Urtheil gegen den Mitangeklagten Harzdorf, der zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt war, wurde zur nochmaligen Verhandlung an die erste Instanz verwiesen. Die Revision des Mitangeklagten Lämmernanna, welcher zu 90 M. Geldstrafe verurtheilt war, wurde verworfen. Der Ober-Reichsanwalt erkannte mit dem Verteidiger an, daß ein Verfahren nur nach eingeholter Genehmigung des Reichstages zulässig sei.

Das Reichsgericht hat so entschieden, wie nach dem Buchstaben und dem Geiste der Reichsverfassung entschieden werden mußte.

Das ganze Verfahren des Chemnitzer Landgerichts ist für ungesetzlich erklärt.

Das Urtheil, welches wir über das unerhörte Attentat gefällt haben, das uns eine Anklage seitens des sächsischen

Justizministeriums eingetragen hat, es ist von dem obersten Gerichtshof des Deutschen Reiches bestätigt worden.

Was auch der Ausgang des Prozesses gegen uns sein möge, das Chemnitzer Landgericht ist verurtheilt, und die sächsische Justiz hat eine schwere Niederlage erlitten.

### Die neueste Rede des Kaisers,

welche sehr großes Aufsehen erregt, sei heute im Wortlaut mitgetheilt. Der Kaiser sagte:

Es ist mir und meiner schweren Arbeit doppelt angenehm und auch zu gleicher Zeit anregend, wenn in so warmer Weise meine Bestrebungen für das Wohl meines Volkes dankbare Anerkennung finden. Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzundeln und herumzumäkeln. Unter den wichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres gesammten großen deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Mangel und dieser Verheugung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Das dem nicht so ist, wissen wir Alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnüglichen Märgler lieber den deutschen Staat von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns thäten sie einen großen Gefallen damit. Wir leben in einem Uebergangszustande! Deutschland wächst allmählig aus den Kinderschuhen heraus, um in das Jünglingsalter einzutreten; da wäre es wohl an der Zeit, daß wir uns von unseren Kinderkrankheiten freimachten. Wir gehen durch bewegte und anregende Tage hindurch, in denen das Urtheil der großen Menge der Menschen der Objektivität leider zu sehr entbehrt. Ihnen werden ruhigere Tage folgen, insofern unser Volk sich ernstlich zusammennimmt, in sich geht und unbetrübt von fremden Stimmen auf Gott baut und die ehrliebe fürsorgende Arbeit seines angehammten Herrschers. Ich möchte dieses Uebergangsstadium mit einer kleinen Geschichte vergleichen beleuchten, welche ich einmal gehört habe. Der berühmte englische Admiral Sir Francis Drake war in Zentral-Amerika gelandet nach schwerer, stürmisch bewegter Reise; er suchte und forschte nach dem andern großen Ozean, von dem er überzeugt war, daß er vorhanden sei, den die meisten seiner Begleiter jedoch als nicht existierend ansahen. Der Häuptling eines Stammes, dem das eindringliche Fragen und Forschen des Admirals aufgefallen, von der Macht seines Wesens eingenommen, sagte ihm: „Du suchst das große Wasser; folge mir, ich werde es Dir zeigen“, und nun stiegen die beiden trotz warnenden Zurufs der übrigen Begleiter einen gewaltigen Berg hinauf. Nach suchtbaren Beschwerden an der Spitze angelangt, wies der Häuptling auf die Wasserfläche hinter ihnen und Drake sah die wildbewegten Wogen des zuletzt von ihm durchschifften Meeres vor sich. Darauf drehte sich der Häuptling um, führte den Admiral um einen kleinen Felsenvorsprung herum, und plötzlich that sich vor seinem entzückten Blicke der vom Gold der aufgehenden Sonne bestrahlte Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden Stillen Ozeans auf. — So sei es auch

mit uns! Das feste Bewußtsein Ihrer, meine Arbeit treu begleitenden Sympathie stößt mir stets neue Kraft ein, bei der Arbeit zu beharren und auf dem Wege vorwärts zu schreiten, der mir vom Himmel gewiesen ist. — Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unsern obersten Herrn — dort oben gegenüber und meine selbstbestimmte Ueberzeugung, daß unser alter Aeltester von Hohenzollern und Deneuberg mich dabei nicht im Stich lassen wird. Er hat sich solche unendliche Mühe mit unserer alten Mark und unserem Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, daß er dies für nichts gethan hat. Nein, im Gegentheil, Brandenburg, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen. Lassen Sie sich nur durch seine Märgelungen und durch mißvergnügliche Parteigerede Ihren Blick in die Zukunft verdunkeln oder Ihre Freude an der Mitarbeit verkürzen. Mit Schlagwörtern allein ist es nicht gethan, und den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert.“ — daß meine brave märkische Mannschaft mir dabei helfe, das hoffe ich bestimmt. Daher trinke ich auf das Wohl Brandenburgs und seiner Männer mein Glas.“

Die Veranlassung zu dieser Kundgebung hat offenbar der Feldzug gegen den Volksschul-Gesetzentwurf gegeben. Auf die liberalen Gruppen der Bourgeoisie wirkt die Zischrede wie ein eisfalter Wasserstrahl. Wer die Grundanschauung des Regenten kennt, wie er sie nun so oft schon festgelegt hat, wird sich auch über dieses neueste Dokument nicht wundern. Wir, die einzige Partei, welche grundsätzlich in Opposition zu dem herrschenden System steht, werden in unserer Thätigkeit in dem Kampf für unsere Sache nicht berührt durch eine Auffassung, deren offenerherzige Aussprache nur dazu dienen kann, die Situation zu klären.

### Aus Spanien.

Den 21. Februar.

„Die Gallunken sind nun glücklicherweise erdroffelt“, so heißt es durch die guten Bourgeoiszeitungen und die zahlreichen Cafés Spaniens, so tönt es wieder in jeder edlen Brust eines human denkenden Menschen, und der biedere, fromme deutsche Bourgeois hinter dem Viertisch kann mit gutem Gewissen sich diesen anschließen und mit Händefalten sagen: „Die ewige göttliche Gerechtigkeit hat ihren Lauf genommen.“ — Ja, braver, edler Mann, du hast recht:

„Wohl dem, der frei von Schuld und Pehle Bewahrt die kindlich reine Seele.“

Am 10. d. M. in den ersten Morgenstunden sind die armen Opfer anarchistischer Verführungskünste oder hochpolitischer Gaunerei, vier Arbeiter, in Xeres\*) hingerichtet worden. — Unglückliche, beklagenswerthe Menschen! — Niemand wird ihr Verbrechen guthießen, niemand wird derartige Gewaltthaten, wie die von Xeres, mehr verurtheilen, als die Sozialdemokratie; und doch sind diese vier Erdroffelten höchst unglückselige Menschen. Wenn sie auch die Gewaltthaten ausführen, so bleibt doch

\*) Xerez ist die neue, Xeres die alte Schreibweise. Ausgesprochen wird der Name: cheres — das ch guttural wie bei ach.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(48)

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern von A. Otto Walster.

Das Erscheinen Frank's wird von den Anwesenden mit einem lauten Hurrah begrüßt, denn Alle sind noch voll von den Ereignissen der gestrigen Volksversammlung, wo er eine so gewaltige Lange eingelegt hatte für das Recht der zurückgesetzten Volksmassen. Fühlt es doch kein Mensch lebhafter, als diese noch ziemlich unverfälschten Söhne der Natur, was es heißt, sich als Vorkämpfer für Gerechtigkeit und Recht mit offener Brust den mächtigen Feinden unter den bevorrechtigten Klassen entgegen zu stellen, furchtlos einer Welt in Waffen gegenüber.

„Sie bringen Jwan nicht mit.“ küsterte Elise ihrem Bruder zu, „es muß ihm etwas begegnet sein.“

„Frank muß von ihm wissen,“ erwiderte dieser, „ich werde ihn befragen.“

„Schönstes Fräulein,“ sagt in diesem Augenblicke ein junger Mann zu Elisen, „darf ich wohl hoffen, daß Sie mich noch erkennen?“

„Sie? Herr Findeisen?“ erwiderte das Mädchen betroffen, „welcher Zufall führt Sie hierher?“

„Ich habe gehört, daß die Buchdrucker heute hier ein Fest feiern wollten, und da wußte ich, daß Sie auch hier sein würden.“

„Und das hat Sie bewogen, hierher zu kommen?“

„Können Sie daran zweifeln?“

„Es sollte mir leid thun, wenn Sie Ihre bereits un-

verhohlenen geäußerten Hoffnungen noch fernere nähren.“

„Lassen Sie sich das nicht leid thun, die Zeit ändert

Vieles.“

„In dieser Beziehung ganz gewiß nichts, darauf können

Sie sich verlassen. Mein Herz hat, wie ich Ihnen bereits

unnummunden erklärte, für dieses Leben gewählt.“

„Gewähren Sie mir nur eine einzige Unterredung.“

„Sie würde zu nichts führen.“

„Aber sie würde mich leichter fühlen lassen.“

„Es thut mir leid, meine Pflicht verbietet's mir.“

„Wenn Sie keine Liebe für mich fühlen, haben sie

wenigstens Mitleiden für mich.“

„Sie haben meine Antwort.“

„Fräulein Barth“, rief der junge Mann mit geister-

haftem Blick, „sehen Sie dieses Gewehr?“

„Gehen Sie weg mit diesem Gewehr, was soll denn

das?“

„Mit diesem Gewehr empfängt dieses Thal heute einen

Lobten, wenn Sie mir die erbetene Unterredung verweigern.“

„Ich werde die Leute soogleich warnen.“

„Ah, Sie denken, ich könnte einen Akt der Rache begehen,

vielleicht gar an dem Bevorzugten? Haben Sie keine

Furcht, ich bin kein Mörder an fremdem Leben, die

Augeln sind für mein eigenes Herz bestimmt, denn ich

fühle, daß ich dieses Dasein nicht tragen kann, ohne Ihre

Liebe.“

„Ich werde Sie entwaffnen lassen von unseren Fremden.“

„Versuchen Sie es; aber in dem Augenblicke, wo Sie

so etwas versuchen, haben Sie auch den Augenblick meines

Lobes bezeichnet. Da drüben, oberhalb der Ruine, auf jenem einsamen Gipfel, werde ich Sie bis drei Uhr diesen Nachmittag erwarten. Kommen Sie da nicht, oder kommen Andere, so ist es um mich geschehen. Und hier, Fräulein, sind tausend Thaler, die ich den Zwecken der Buchdrucker-Verbindung widme.“

„Ich kann kein Geld von Ihnen annehmen.“

„Es ist nicht für Sie, es ist für die unterdrückten

Arbeiter.“

„So geben Sie es meinem Bruder, ich kann kein Geld

von Ihnen annehmen.“

„Ich werde das Geld Ihrem Bruder geben und nehme

Abschied von Ihnen. Aber wenn Sie bis drei Uhr auf

jenem Gipfel nicht erschienen sind, wenn Andere kommen,

dann wissen Sie, daß um diese Stunde ein Menschenherz

aufgehört haben wird, zu schlagen.“

Und ohne die Antwort des Mädchens abzuwarten, eilte

der ziemlich verstört aussehende Mann von dannen.

Immer lebendiger wurde es im Thale, andere Besucher,

als die mit blauen Schleifen gezielten Festgenossen, trafen

ein, und es war den Wirthsleuten ein wahrer Trost, daß

ihnen die Hauptrolle wenigstens durch die Fürsorge des

Festkomitees abgenommen wurde.

Von der Festgenossenschaft fehlten nur noch einige

Wenige; denn auch der würdige Schuhmachermeister mit

seiner Familie, mit dem Israeliten und dem Landmann

Joseph Reinitz aus Bleidungen waren eingetroffen und

hatten übel und böse Unterkommen unter dem blauen Himmels-

zelt gefunden. Eine unigne Naturfreude war in allen Ge-

müthern eingezogen; die flache, traurige Alltagswelt mit ihren

unendlichen Gebrechen war vergessen, das fühlte man so

immer die heikle Frage, wer sie dazu angestiftet hat. Bei einem denkenden Menschen, der sich ähnlicher Geschehnisse in anderen Ländern erinnert, der da weiß, wie Attentate oder andere Handlungen der „hohen Politik“ gemacht worden sind und noch gemacht werden, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jene Hingerichteten im Dienste eines „höheren Herrn“ standen, ob er nun ein Fürst, ein hungernder Politiker oder sonst ein edler, in der Achtung aller wohlgesinnter Bürger stehender Ehrenmann ist. Nun, das bleibt sich gleich. Die Toten werden schweigen und die Lebenden, im Gefängnis sitzenden vielleicht, daß sie „nicht“ halten.

Die Hinrichtungen sind in Spanien öffentlich und graufiger Art. Die Armen werden nämlich erdrosselt. Ein eiserner Ring, welcher an einer Seite offen ist, wird den Delinquenten so um den Hals gelegt, daß ein in dem Ring befestigter Stiff sich in den Nacken legt. Mit einer einfachen Vorrichtung wird der Ring zusammengedrückt und so dem Delinquenten das Leben genommen. Ueber die letzte Hinrichtung in Xeres möge noch folgendes bemerkt sein. Die Hinrichtung erfolgte auf einem von einer großen Menschenmenge besetzten Plage. Auf demselben stand ein großes Gerüst, mit vier Stühlen zum Strangulieren (garrottes). Zuerst wurde Ledriano hinausgeführt, welcher mit lauter Stimme seine Unschuld behauptete; nach ihm Jarzuela, Brisqui und Pamela. Auch der dritte behauptete seine Unschuld und sträubte sich, auf dem Stuhl Platz zu nehmen. Mit Gewalt wurde er niedergeschwungen. Dann erfolgte die Hinrichtung. Jarzuela, welcher zuletzt getötet wurde, nahm mit den Worten: „Wir sind das Opfer einer Sache, welche in kurzer Zeit triumphieren wird“ Abschied vom Leben. — Die Leichen blieben den Tag über der Schaulust des Publikums genötigt; zahllos soll die Menschenmenge gewesen sein, welche sich dort aufhielt. — Armes, armes Volk, das nicht mit Entsetzen sich von einem derartigen graufigen Schauspiel abwendet!

Derartige Hinrichtungen sollen oft schrecklicher Art sein. Vor Kurzem ist es vorgekommen, daß der Ring nicht ordentlich geschlossen hat, so daß noch etwas Luft in die Lungen des Delinquenten dringen konnte, das Leben also noch erhalten blieb. Als dies bemerkt wurde, mußte der Unglückliche natürlich zum zweiten Mal gemordet werden. Oft sollen noch grauenvollere Dinge vorkommen. Daß sich aber Laufende an einem derartigen Schauspiel ergötzen, beweist nur zu deutlich, was der potenzierte Katholizismus hier in Spanien an herrlichen Früchten gezeitigt hat.

Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei widmet der Hinrichtung folgende Zeilen: „Vier Arbeiter sind in Xeres der kapitalistischen Grausamkeit geopfert worden. Es hatte Milde und Pardon für die, welche vor Kurzem ein Stadtquartier angriffen, eine Wache verwundeten und unschuldige Vorübergehende tödteten, wästen können, handelte es sich doch nach allem um eine thörichte, schlechte Handlung von Bourgeois. Aber es gab keine Milde, kein Verzeihen für einige Arbeiter, welche nicht so viele unschuldige opfernd, wie jene, das Verbrechen begingen, die Fahne gegen die gegenwärtige soziale Herrschaft zu erheben. Die Bourgeoisie, welche dieses erbärmliche Blatt ihrer blutigen Geschichte hinzugefügt hat, entzündet nur den Klassenhaß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, gerade als ob sie einen Gefallen daran fände, die Entwicklung der sozialen Zustände, welche ohne ihre feige Wuth eine äußerst menschliche Umwandlung sein könnte, wie sie alle die wünschen, welche die Errichtung einer wahrhaft gerechten und gerechten Gesellschaft erstreben, in einen Krieg ohne Pardon, in eine wilde Massenschlächterei zu verwandeln. Wir haben keinen Theil an den Verbrechen der anarchischen Poltrin, aber wir sind Arbeiter, wie die in Xeres hingerichteten, wie sie, hoffen wir auf die Erlösung des Proletariats, und unser energischer Protest eint sich mit dem, welchen heute nicht nur die Arbeiterklasse, sondern jedes gerechte Menschenbewußtsein gegen einen Urtheilspruch erhebt, welcher die milderen Umstände außer Acht gelassen hat, die den unglücklichen Opfern hätte zu gute kommen müssen.“

Und indem wir unsere Verdammung gegen ein Regiment schleudern, dessen Hauptstübe der Henker ist, müssen wir, vertrauensvoll auf die unseren Ideen innewohnende Kraft, ohne in der Vertheidigung derselben zu erschaffen, sondern im Gegentheil mit größerer Treue als bisher, unsere Kräfte verdoppeln, um die Arbeiter von den Irrwegen abzuleiten, welche weit davon entfernt sind, sie an das Ziel ihrer Hoffnungen zu führen, sondern sie waffenlos den Klauen der Bestie „Kapital“ überliefern.“

Die Entrüstung in der Arbeiterwelt über das grausame Gericht in Xeres ist groß, und wird genährt durch den Umstand, daß man häufig gegen die größten Lumpen und Veranstanter von militärischen Putschisten, welche viele Menschen abgeschlachtet haben, eine übergroße Milde zeigte — waren es doch „caballeros“ — vornehme Herren und keine Arbeiter — und aus dem Glend, in welchem das spanische Proletariat schwächet und unter dessen Druck es seufzt, entquillt ein glühender Haß, welcher die Armen die Faust gegen ihre Feinde ballen läßt. Es kostet eine große Energie und Befonnenheit, um die erregten Gemüther zu bezwingen, damit sie nicht in Thorheiten ihrer wohlverdienten Wuth Luft machen. Der revolutionäre Geist wird weitere Kreise

erfassen; der unvorsichtigen und besonnenen Exitation unserer Genossen wird es gelingen, die Reichen der Sozialisten zu verdrängen und bald einen nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse Spaniens zu gewinnen. Aber in der nächsten Zeit wird auch immer noch den Anarchisten und Republikanern der Weizen blähen; denn die Erbitterung gegen das herrschende System und das Glend sind zu groß, um nicht den Armen zu einem Revolutionär zu machen, aber die Bildung des Volkes ist leider eine so mangelhafte, um dem Volke zum klaren Bewußtsein zu bringen, wer seine besten Freunde sind. Was in den Kreisen unserer Genossen stehen wird, werden sie thun, um den ehrgeizigen, goldsüchtigen, falschen Politikern den Boden abzugraben. Es wäre kein Glück für Spanien, wenn es bald eine Republik werden sollte; an den wirklichen Zuständen würde nichts geändert werden, wenn Leute aus Xeres kommen sollten, welche heute sich als wührende Republikaner geben, aber das Volk ebenso gut bestehlen und betrügen würden, als es heute von ihren Feinden geschieht. Eine Besserung wird erst eintreten, wenn die von den spanischen Sozialisten vorbereitete Revolution so weit gereift sein wird, daß sie die Leitung der spanischen Verhältnisse in die Hand nehmen kann.

Meiner Ueberzeugung nach wird Spanien oder besser gesagt das herrschende politische System sich schnell seinem Ende zu entwickeln. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage ist eine höchst traurige. Die Zahlungsforderungen an der Bank von Spanien werden sich schneller wiederholen und den Staat in eine nicht zu beseitigende Geldnoth bringen. Die Bank ist und wird auch nicht im Stande sein, die von ihr verausgabten Papiere zu realisiren. Ihr Hauptvermögen liegt eben im Ländereigen, welche immer mehr an Werth verlieren. Die Steuererhebung liegt nämlich in den Händen der Bank und vollzieht sich nach eigenartigen Prinzipien. Der Kleinbauer hat fast alles zu zahlen, während der Großgrundbesitzer fast nichts, in vielen Fällen sogar überhaupt nichts zahlt. Die Bank legt einer Provinz eine bestimmte Kontribution auf, welche wieder von ihren Unterbehörden auf die einzelnen Kreise und Gemeinden vertheilt werden. Was für Steuerhinterziehungen, was für Betrügereien, Gaunereien, Bestechungen und Gewaltthaten dabei vorkommen, kann nur der begreifen, welcher in Spanien lebt. In Andalusien ist es am traurigsten. Wie viel fruchtbares Land liegt hier wüst, weil Niemand ein Interesse daran hat, es zu bewirtschaften. Substationen infolge nicht gezahlter Steuern sind an der Tagesordnung. In der Vega von Granada, welche gewis einer der fruchtbarsten Landstriche Europas sein könnte, stehen viele Finca's (Kleine Grundstücke) leer und verlassen und ihre früheren Besitzer gehn jetzt in den ärmsten unter den Bettlern Granadas, welche in diesem Winter besonders zahlreich waren.

Zu dem ungeheuren Glend, welches hier herrscht und über das man ganze Bücher schreiben könnte, kommt noch ein anderes revolutionärendes Element, die Korruption in Verwaltung und Gerichtswesen. Hier von heute einige Proben, welche gelegentlich vermehrt werden können. In der Provinz Granada warten die Unterbeamten seit Monaten auf die Auszahlung ihres künftigen Gehaltes, von manchen heißt es sogar, daß sie seit einem Jahre nichts mehr bezogen haben. Ich habe einen Schreiber kennen gelernt, welcher für den Tag nur 1 R. verdient, sich und seine Familie ernähren und „anständig“ austreten muß. Seit Monaten ist auch ihm von diesem künftigen Einkommen nichts mehr ausgezahlt worden, und er muß sich von einer ihm befreundeten Familie durchschleppen lassen. In der Nähe von Granada lebt ein Lehrer, welcher seit langem nichts mehr erhält. Seine Frau und seine Töchter arbeiten für einen Hungerlohn in einer Fabrik und er selbst verrichtet nach seinen Unterrichtsstunden Feldarbeiten für andere Leute. Die Kranken eines Hospitals waren vor einiger Zeit nahe daran zu verhungern, weil die Lieferanten keine Nahrungsmittel mehr auf Pump liefern wollten, da einzelnen die Forderungen seit Jahren nicht mehr beglichen waren. Vor einigen Jahren sind in der hiesigen Provinz zwei Lehrerinnen thätlich verhungert. — Und was geschieht von der Provinzialverwaltung derartigen Zuständen gegenüber? — Nichts. Sie hält Sitzungen über Sitzungen; dieselben werden nämlich gut bezahlt und schließen mit einem solennen Gelage; der Wein wird aber nicht bezahlt und der Weinlieferant ist dadurch selbst in die größten Verlegenheiten gekommen. — Im Volke herrscht der allgemeine Glaube, daß die Gouverneure oder ähnliche Beamte nur zum Stehlen oder Rauben da sind, und in den meisten Fällen mag dies Urtheil auch wohl berechtigt sein. In der Provinz Granada fällt nämlich die Ehrlichkeit des jetzigen Gouverneurs sehr auf; aber Niemand wundert sich, daß der Herr deswegen sehr viele Feinde unter den „Vornehmen“ und anderen „Stützen der Gesellschaft“ hat. Vor Kurzem hat er das Verbrechen begangen, das Kasino, den vornehmsten Klub, zu schließen, weil verbotenes Spiel getrieben wurde. Der frühere hat es geduldet, weil er täglich eine Einnahme von 400 R. aus diesem und anderen Instituten gehabt hat. Für jede Stunde nach 12 Uhr Nachts sollen 40 R. extra bezahlt worden sein. Daß die öffentlichen Häuser zu diesen fruchtbringenden Instituten mit gehören müssen, ist selbstverständlich. Die armen Mädchen werden dort auf das schamloseste ausgebeutet.

Nun noch einiges über das Gerichtswesen. Nicht kam ein Fall vor, wo der Abvokat der klagenden Partei dem Richter in öffentlicher Sitzung vorwarf, daß er von der anderen Partei bestochen sei. Und was geschah ihm? — Nichts. Der Richter freute sich, daß er das Geld hatte, mochte ein anderer nun immerhin reden, was ihm beliebte. — Der Präsident von einem höchsten Gerichtshof einer Provinz stahl vor Kurzem die echten Studarbeiten des Justizpalastes und ließ sie durch nachgemachte ersetzen. Was geschah ihm? — Nichts. Der Polizeipräsident von Granada entpuppte sich als ein eifriger Schmuggler vor dem Herrn. Was geschah ihm? — Nichts, er wurde in gleicher Eigenschaft nach einer anderen Provinz verlegt.

Die angegebenen Beispiele mögen für heute genügen, um klar zu legen, welche Zustände in Spanien herrschen. Den deutschen Genossen wird es einleuchten, daß das arme gequälte Volk bitter unter seinen Peinigern zu leiden hat, und daß es schwer ist, die Wuth, den inneren Haß zu bezwingen. — Der Baare und ähnliche Ehrenmänner Deutschlands mögen allerdings seufzen, daß es ihnen nicht vergönnt ist, „fern im Süd, im schönen Spanien“ zu leben, wo sich ihre Talente gewis noch viel fruchttragender entwickeln könnten, als in Deutschland.

In dem nächsten Berichte werde ich Genaueres über die Vorgänge in Viscaya berichten, wo es auch noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Vielleicht bricht auch bis dahin an irgend einer Stelle die Fiterbeule der Bourgeoisie auf; denn hier ist nichts unmöglich; für Geld kann man bald einen Putsch haben; das wissen die Herren von der hohen Politik sehr gut, und sie werden es auch zur höheren Ehre Gottes thun, wenn sie das Bedürfnis fühlen, ein wenig in „Gesellschaftsrettung“ zu machen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar.

**Aus dem Reichstage.** Den Reichstag beschäftigte heute das Telegraphengesetz in zweiter Lesung. In der Diskussion, welche erst in den letzten Stunden der Sitzung ein etwas lebhafteres Tempo annahm, theilnahmen sich von sozialdemokratischer Seite die Abgeordneten Schmidt (Frankfurt), Vollmar und Singer. Die Verhandlung gedieh nur bis zu dem § 7a, welcher von der Kommission neu eingeleitet wurde und welcher bestimmt, daß bei elektrischen Anlagen, sobald gegenseitige Störung zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Theiles, welcher diese Gefahr veranlaßt, die nothwendigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen seien. Gegen diese Verpflichtung wehrt sich Poststephan mit aller Energie, doch wird ein Vermittlungsantrag des Centrums die Mehrheit des Hauses finden und Poststephan sich wohl fügen. Die Verhandlung wurde gegen 1/6 Uhr auf morgen vertagt. Als die gereizte Stimmung Stephens war ein kleines Renkontre bezeichnend, das er gegen Schluß der Sitzung mit den freisinnigen Kommissionsmitgliedern dadurch bekam, daß er erklärte, sich auf das Zeugnis sämtlicher Kommissionsmitglieder, mit Ausnahme der von der freisinnigen Partei, berufen zu wollen. Die auf diese Weise Angerempelten fanden in ihren persönlichen Bemerkungen leider den auf diesen Klug gehörigen Reiz nicht. —

**Im Reichstage** kurzten heute während der Sitzung aus Anlaß der Vorgänge auf dem Alexanderplatz und vor dem königlichen Schlosse die aufregendsten Gerüchte. Dar nach sollte Militär requirirt worden und es zum Einhalten durch Polizei und Soldaten gekommen sein. Noch zum Schluß der Sitzung wußte niemand genau, was eigentlich passiert sei, und erst als die Abendblätter eintrafen, konnte die Neugierde und hier und da auch die Besorgniß besonders ängstlicher Gemüther befriedigt und beruhigt werden. —

**Zur Auswanderungsfrage.** Aus der gestern schon von uns erwähnten Rede des Königs von Preußen haben wir nur noch eine Stelle hervorgehoben; nämlich den Rath auszuwandern, welcher Allen gegeben wird, die mit den politischen Verhältnissen Deutschlands nicht zufrieden sind. Der Rath ist nicht neu, und wird dadurch, daß er schon oft ertheilt worden ist, nicht besser. Es wird dabei veressen, daß diejenigen, welchen der Rath ertheilt wird, ebenso gut zum „Waterland“ gehören und ein ebenso gutes Recht an dasselbe haben, wie die, welche den Rath ertheilen. Und wenn Alle, die mit den politischen und sonstigen Verhältnissen Deutschlands unzufrieden sind, auswanderten, so würden die Zurückbleibenden nicht anreichen, um ein kleines Armeekorps zu bilden, und außerdem schweren Gun-

recht aus den frischen Herzenbergelungen der Anwesenden heraus.

Roch einmal entstand ein allgemeines Zusammenlaufen, als Dr. Lange ankam, der Held des vergangenen Abends, der indessen nicht bloß gern und freudig, sondern auch voll Ueberzeugung seine Lorbeeren mit Barth und namentlich mit Frank theilte, welcher durch seine beißende Satyre den Liberalen das Grab gegraben hatte. Von allen Seiten streckten sich ihm die treuen Arbeiterhände entgegen, und er hatte seine liebe Noth, sich dem dichten Menschenknäuel zu entwinden, um einigen, von einem älteren Herrn begleiteten Damen entgegen eilen zu können. Unter diesen Damen befand sich seine geliebte Helene. Sie kam, begleitet von ihrem Onkel und ihrer Tante, sowie von einem Fräulein, welches dem Schriftsteller als Fräulein Hermine Findeisen vorgestellt wurde.

Vor jedem Festgenossen lag ein aus der Barth'schen Druckerlei hervorgegangenes Programm, welches den Theilnehmern ihre Schritte, soweit sie von der Allgemeinheit bedingt waren, vorschrieb. Ein frugales Frühstück, welches durch jeden beliebigen Gast ganz einfach dem Buffet in der gewünschten Menge entnommen werden konnte, bildete den Anfang. Jedes Familien-Oberhaupt, sowie jeder Einzelstehende versorgte sich und die Seinigen selbst, und während nun das Frühstück unter fröhlichem Gespräch verzehrt wurde, ertönte mit einem Male von der Gegend des Waches her in vierstimmigem Gesange das schöne Mendelssohn'sche Lied:

Wer hat Dich, Du schöner Wald,  
Aufgebaut so hoch da droben!

in wahrhaft ergreifender Weise.

An dem vorbehalteneren Tische nahmen Panke und Barth, Frank und Streit und endlich auch Dr. Lange mit seinen Gästen Platz. Sie theilten selbstverständlich dasselbe einfache Frühstück, an dem sich der jüngste Druckerbursche erfreute, und es drängte sich auch nicht Einem der Wunsch auf, Feineres oder Besseres zu genießen, als das, was der ganzen Gesellschaft genigte; denn wer das Bedürfnis fühlt, mit seinen Mitmenschen gemeinschaftlich einen Genuß zu haben, der bringt es auch nicht übers

Ders, etwas zu genießen, was den übrigen fehlt, worauf diese mit ungestilltem Verlangen blickten. Es giebt nicht allzuviel Menschen, die am vollen Tisch sitzen und genießen können, während ein anderes menschliches Wesen unbefriedigt daneben steht, dergleichen Menschen gehören aber auch zur niedrigsten Klasse der denkenden und fühlenden Wesen auf Erden. Der Welt gerecht es zur Ehre, daß ihre Zahl eine beschränkte ist.

Der Gesang des Quartetts war verhallt, das Frühstück zu Ende, die Strahlen der Mittagssonne drangen endlich unmitderrücklich in dieses stille Thal. Die Gesellschaft zerstreute sich nunmehr nach verschiedenen Richtungen, theils dem Laufe des Waches entlang, theils die Höhen hinan; der Regelschub vereinigte eine Anzahl männlicher, das Weisenwesen eine Anzahl weiblicher Wesen zu einer Gesellschaft; Lange und Helene begaben sich zu Eifen, die, nachdem ihre Thätigkeit durch Beendigung des Frühstücks zeitweilig beendet war, die Hände in den Schooß gelegt hatte und in ernste Betrachtungen versunken dasaß. Sie blickte erst auf, als der Gruß der Ankömmlinge an ihr Ohr schlug.

„Ich komme Ihnen zuvor, Fräulein Barth, und statte Ihnen den ersten Besuch ab,“ bemerkte Helene mit freundlichem Lächeln, „aber vielleicht kaum zur guten Stunde, denn wir stören Sie, wie es scheint, mitten in süßen Träumen?“

„Nicht so süß, als Sie vielleicht annehmen, gnädiges Fräulein; aber wenn die Hände ruhen, fängt der Kopf an zu arbeiten.“

„Unser Freund Ivan“, bemerkte Lange hinzutretend, „hat sich den Genuß des schönen Morgens und Ihrer Gesellschaft versagen müssen, da er seine Zeit zu einem dringend nöthigen Besuche bei seinem Gesandten benutzen muß. Er wird deshalb erst Nachmittags eintreffen können.“

Die Bänge des bekümmerten Mädchens heiterten sich bei dieser Nachricht etwas auf.

„Wir hoffen“, fuhr Helene, Abschied nehmend, fort, „Sie sobald, als es Ihnen Ihre freiwillig übernommenen Pflichten gestatten, an unserem gemeinschaftlichen Tische zu

begrüßen. Sie werden Leute dort finden, die sich auf Sie freuen.“

„Es sind Fremde zugegen?“ fragte Elise, nicht eben angenehm überrascht.

„Keine Fremden für mich, Fräulein Barth, und hoffentlich auch nicht lange mehr für Sie, denn es sind mein Onkel, meine Tante und meine beste Freundin, Fräulein Findeisen.“

„Fräulein Findeisen?“ rief Elise erbläsend.

„Ja, sollte Ihnen diese Dame schon bekannt sein?“

„Sie nicht, aber ich kenne einen jungen Herrn dieses Namens, blond, blaß, kränklich...“

„Ihr Bruder?“ Sie, die Schwester? Welcher Zufall!

„O bitte, machen Sie mich gleich mit dem Fräulein bekannt.“

„Doch nein, es bedarf dessen in solchen Fällen nicht, entschuldigen Sie mich, bestes Fräulein.“

„Damit eilte sie nach dem Tische, wo sie die junge Dame zu finden mußte.“

„Was mag dem Mädchen sein?“ fragte Helene erstaunt, „ich sah ihm an, daß es eine gewaltige Aufregung in sich zu bemeristem versuchte.“

„Wer weiß?“ entgegnete Lange, „die Wege der Menschen gehen hier auf Erden so seltsam verkehrt, daß sie aus den verschiedensten Richtungen zusammenstreffen; und wenn ich heute von Einem Abschied für's Leben nehme, so kann ich nicht darauf schwören, daß er am anderen Tage nicht an meinem Tische Rasseet trinkt. Wir machen eine Polonoise; ich weiß ziemlich genau, wen ich an meiner rechten Seite führen werde, wer aber meine Linke ergreifen wird, das vermag ich nicht zu bestimmen. Jetzt aber sagen Sie mir, theuerste Freundin, wie gefallen Ihnen unsere Arbeiter?“

„Ich bin auf's Wohlthwendigste überrascht werden, man ist ordentlich daran gewöhnt, sie nur als wilde Thiere zu betrachten, die durch Polizei, Kanonen und Bajonette im Zaume gehalten werden müssen. Ich finde im Gegentheil, daß die Leute recht gefest, verständig, bescheiden und höflich sind. Aber zum Abend ist es doch wohl nicht gerathen, in ihrer Mitte zu verweilen?“

(Fortsetzung folgt.)

ger und Durst leiden, denn die wirklichen Produzenten würden so ziemlich bis auf den letzten Mann den Staub des Vaterlands von ihren Pantoffeln geschüttelt haben. —

**Die durchlöcherterte Gewerbeobelle.** Durch den § 180a der Gewerbeordnung ist der Bundesrath ermächtigt worden, für Fabriken, deren Betrieb seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von dem Verbot der Nacharbeit, dem Maximalarbeitszeit u. s. w. für Arbeiterinnen nachzulassen. Es war vorauszusetzen, daß die mächtigen Unternehmergruppen, deren Profit auf der möglichst unbeschränkten Ausnutzung der Weiber beruht, Alles anbieten würden, um die wenigen Schutzbestimmungen hinsichtlich zu machen. Die Regierung hat bei den Industriellen und ihren Vertretungen, nicht bei den Arbeitern Umfrage gehalten, und die Antwort, welche zu erwarten war, denn auch erhalten. Gegenwärtig stellt man die Ausnahmegestimmungen fest, welche für die in Zuckerraffinerien beschäftigten Arbeiterinnen gelten sollen. Die Thätigkeit in Zuckerraffinerien ist nach ihrer Gesundheitschädlichkeit und durch die übermäßigen Ansprüche, welche an die Körperkraft der Arbeiter gestellt werden, so gut bekannt, wie durch die reichen Erträge und Dividenden ihrer Betriebe. Hier Schonen wälten zu lassen, anstatt zur Einstellung einer größeren Zahl leistungsfähiger Hände zu zwingen, ist ein betrübendes Zeichen der Nachgiebigkeit gegen die unerhörten Ansprüche des Kapitalismus. —

**Vom sächsischen Landtag. Der „Frankfurter Ztg.“** wird aus Dresden geschrieben:

In den nicht völlig in konservativen Anschauungen befangenen sächsischen bürgerlichen Kreisen fällt die Behandlung auf, die den Sozialdemokraten im sächsischen Landtage zu Theil wird. Obwohl sie bei den Landtagswahlen im vorigen Herbst, trotz des gesetzlichen Jenseits, von allen Parteien die meisten Stimmen erhielten, hat die Mehrheit des sächsischen Landtages sich doch dagegen gewehrt, der Sozialdemokratie irgend eine Vertretung in den Kommissionen des Landtages zuzubilligen. Bei der letzten Landtagswahl entfielen von 67 250 abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokraten 88 650, die Konservativen 55 250, die Fortschrittler 13 600 und die Nationalliberalen 12 750 Stimmen.

Eine Vertretung, in welcher Junker, Hofräthe und andere Biedermänner die erste Geige spielen, kann gar nicht anders vorgehen; sie schlägt sich selbst ins edle Antlitz, wenn sie würdevoll vorgeht. —

**Zum Kasseler Majestätsbeleidigungs-Prozess.** Zu dem Bericht über den Hopf'schen Prozess, den wir im ersten Leitartikel der Nr. 46 vom 24. Februar behandelt haben, schreibt der „Frankfurter Zeitung“ ein Ohrzeuge:

Die von Herrn Hopf zum Beweise der Behauptungen in dem inkriminirten Artikel „Deutsch-Preussisch“ vorgebrachten Belege aus den Werken zahlreicher Historiker von Ruf, darunter auch anerkannt preussfreundliche waren, müßten von Herrn Prof. Roser in allem Wesentlichen als thatsächlich bestätigt werden. Die Verteidigungsgereede des Herrn Rechtsanwaltes Martin führte dann ungefähr aus, daß sich hier zwei Geschichtsauffassungen gegenüberständen, ein Verdict ohne daher wohl nicht die zutändige Bedörde sei, um die Nichtigkeit der einen oder anderen zu entscheiden. Daher sei ihm auch der Zweck der Ladung eines Sachverständigen von Seiten der Staatsanwaltschaft unverständlich geblieben, zum wenigsten hätte doch jede Richtung vertreten sein müssen. Wie sehr die Geschichtsforschung Sache der Fadaule sei, verweise auch ein historischer Laikus, den sich die Anklageschrift habe zu Schulden kommen lassen, wie Herr Prof. Roser bestätigt habe. Die Anwendung des § 103 (Majestätsbeleidigung) auf den vorliegenden Fall sei etwas noch nie dagewesenes. Man könne allerdings Jemanden durch die mehr oder weniger abfällige Kritik seiner Vorfahren beleidigen, aber es müßte dann eine Beziehung auf den Lebenden nachzuweisen sein, und diese sei hier wegen der veränderten Zeitumstände ganz unzulässig. Denn wenn der Artikel dem großen R. rüchsen z. B. „Zurückstrecken“ mit Frankreich vorwerfe, wer würde darin eine Beziehung auf den jetzigen deutschen Kaiser sehen können? Würde die Anwendung des § 103 bedingt sein, so müßte eine Reihe von Personen, wegen ihrer Publikation über die Vorfahren lebender deutscher Fürsten in Anklagezustand versetzt und wegen Majestätsbeleidigung bestraft werden. Die Ansicht aller bedeutenderen Juristen sei auch bisher gewesen, daß mit dem Tode einer Person — ob eines Fürsten oder gemeinen Mannes sei hierbei einerlei, denn nur die Beleidigung der Persönlichkeit, nicht ihrer Majestät komme in Frage — die freie Kritik und die freie Beurtheilung in ihr Recht träte. Im anderen Falle sei schließlich auch jede unparteiische und freie Geschichtsdarstellung unmöglich gemacht.

Wird Hopf verurtheilt, so ist die geschichtliche Kritik an Händen und Füßen geknebelt zu Gunsten der Geschichtsfälschung des Bogantenthums. —

**Der neue Protens.** Wie jenes griechische Fabelwesen, das im Handumdrehen seine Gestalt wechseln konnte, erscheint der ostbairische Junker, wenn er zu Kundgebungen sich zusammenschließt, in den mannigfaltigsten Gestalten, heute als „Kongress deutscher Landwirthe“, morgen als „Bauernbund“, übermorgen als „Vereinigung deutscher Steuer- und Wirtschaftsreformer.“ Es ist hinter jeder Maske dasselbe Gesicht, es birgt sich in allen Verummungen die gleiche ungezügelt Profitwuth und Ineressenwirtschaft, welche auf Kosten der arbeitenden Klassen sich bereichert, die politische Freiheit unterdrückt, das Proletariat zur alten Hörigkeit erniedrigen möchte. Der neue Protens hat als Vereinigung der Wirtschafts- und Steuerreformer die Gründung von Verbänden ländlicher Unternehmener beschlossen, welche gegen die wachsende Desorganisation (Zerziehung) der ländlichen Arbeiterverhältnisse und die überhandnehmende Neigung der ländlichen Arbeiter „u Kontraktbruch“ geschlossen vorgehen sollen. Wer die betrübenden Zustände, die heute auf dem Lande herrschen, verschuldet hat, das zeigt jedes Blatt der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Die Junker sind die Desorganisatoren. —

**Vom Pöbelzwang.** In einer am 14. Februar gehaltenen offiziellen Tischrede hat der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe erklärt: „Wir werden auch ohne Pöbelzwang unsere Grenzen zu sichern und unser Hausrecht zu wahren wissen.“ Es ist die höchste Zeit gewesen, daß eine so unnütze, lästige und verbitternde Maßregel gefallen ist. Wann aber werden die Reichslande den Diktaturparagrafen loswerden? —

**Spizelanarchismus und Reaktion.** Der „Kölnischen Zeitung“ schreibt ein spanischer Korrespondent:

Es ist aufgefallen, daß sich unter den in Barcelona verhafteten Anarchisten mehrere Franzosen und Italiener befinden, und es gewinnt thatsächlich den Anschein, daß diese Kämpfer, die als zu Allem fähige Fanatiker geschildert werden, nicht nur die Bewegung hier in Spanien ernst in Gang gebracht, sondern auch für andere Länder die Parole ausgegeben haben. Die Presse fordert daher strengste Bekämpfung und ihre Ausweisung; jedenfalls dürfte für diese Herren, die offenbar die lateinische Klassenverbrüderung von einer falschen Seite auffassen, jetzt hier eine schlechte Zeit beginnen. Die aufgefundenen Papiere sollen die geheimen Fäden der anarchischen Organisation in Europa ziemlich offenlegen, und insofern hätte es vielleicht auch für manche auswärtige Regierung ein Interesse, einen Einblick in diese Schriftstücke zu gewinnen, die übrigens bis jetzt theilweise noch nicht haben entziffert werden können. Zur Führung dieses Prozesses ist ein besonderer Richter ernannt, was ebenfalls darauf hindeutet, daß man es mit einem wichtigen Gang zu thun hat. Der verhaftete Paul Bernard hatte fünf verschiedene Wohnungen, die er beständig wechselte. Es heißt hier, daß angeht dieser anarchischen Antriebe die meisten europäischen Regierungen vertrauliche Abmachungen untereinander getroffen haben, um weiteren Uebertreibungen entgegenzutreten.

Die Lockspiegel sind aller Orten an der Arbeit, und nichts ist der Reaktion in Süd und Nord, in Ost und West willkommener, als irgend ein Krawall, ein Putzsch, damit dann mit brutaler Gewalt die Arbeiterbewegung zu Boden geschlagen werden kann. Kühler Kopf, kaltes Blut, schärfste Abwehr jeder Provokation, sorgsamste Kontrolle der unsicheren Kantonisten, Vorzicht in Thun und Reden, das ist die Lösung. So wird an der granitnen Festigkeit der Klassenbewußten Arbeiterschaft das internationale Spitzenthum sich die Zähne ausbeißten, und die blutdürstige Reaktion muß ingrämig den Säbel in der Scheide lassen. —

**Von den Wiener Arbeitslosen.** Der Bürgermeister von Wien hat 6000 Gulden zur sofortigen Vertheilung insbesondere an Familienväter angewiesen. Aufrufe um Geld- und Brotpenden für die hungernden Arbeiter sind erlassen worden. Unter massenhaftem Andrang wird Brot an die Arbeitslosen vertheilt, doch konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. —

**Zur französischen Ministerkrise.** Rouvier hat es endgiltig abgelehnt ein Kabinett zu bilden. Der Präsident Carnot wird den Unterrichtsminister Bourgeois, welcher der radikalen Partei angehört, zu sich berufen. —

**Die Ohrzeige, die Ohrzeige!** Der Pariser Prügelprozess ist im Saal verlaufen. Das Gericht hat die Klage des Herrn Laur gegen den Exminister Constans abgewiesen, weil der Senat die Erlaubnis zur Verfolgung des Ministers nicht gegeben habe. Herr Laur behält also seine Ohrzeige. Und die Moral der Geschichte: Wer eine Ohrzeige nicht gleich nach Empfang zurückzieht, und zwar mit Zinsen und Zinseszinsen, der behält sie sein Leben lang. Die Ohrzeige des boulangistischen Braunbarts ist für diesen aber um so schmerzhafter, als sie von wahrhaft phänomenaler Festigkeit war und zwei in ihrer Art ebenso kräftige Fußkritte zur Begleitung hatte. —

**Die Waisener in Belgien.** Auf dem Brüsseler Arbeiterkongress vom vorigen Sonntag wurde in Bezug auf die Waisener folgender Beschluß gefaßt:

„Zwei den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse, betreffend die Kundgebungen zu Gunsten des Achtstundentages beschließt der belgische Arbeiterkongress: diesen Beschlüssen gemäß am 1. Mai in allen großen Industrie- Mittelpunkten Kundgebungen (Manifestationen) zu organisiren, welche zum Zweck haben, den Arbeitstag von 8 Stunden, und zur rascheren Vertheilung desselben, das allgemeine Stimrecht zu erkämpfen.“

Wie die Franzosen in diesem Jahr den 1. Mai neben dem Hauptzweck, für die Kommunalwahlen, so werden, wie man sieht, die Belgier den 1. Mai für das allgemeine Wahlrecht verwerthen, was sehr vernünftig ist. —

**Spanien.** Aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Nachrichten, als seien die Vorkommnisse von Xeres de la Frontera nicht vereinzelter Natur, sondern man erlebe dort sozusagen eine Neuauslage des Bauernkrieges, unrichtig sind. Weder in Andalusien noch in irgend einer anderen spanischen Provinz sind in letzter Zeit Aufstände vorgekommen, abgesehen von dem Aufstand in Xeres, wo die Landarbeiter, durch anarchische Agitatoren aufgestachelt, einige Kameraden aus dem Gefängnisse befreien wollten, was natürlich mißlang. Die Vorgänge in Xeres haben übrigens nicht unwesentlich dazu beigetragen, die anarchische Taktik, welche wieder vier Oxyer aus dem Proletariat erfordert hat, ohne irgend einen Erfolg aufzuweisen, auch unter den heißblütigeren Südländern in Mißkredit zu bringen und den sozialistischen Ideen Eingang zu verschaffen. Wir verweisen zugleich auf unsere Korrespondenz aus Spanien, der gegenüber wir nochmals zu betonen haben, daß wir die Ansicht, die republikanische Bewegung sei für die Sozialdemokraten gleichgiltig, nicht theilen. —

**Indirekte Steuern in Portugal.** Alkohol und Rändelölger sollen besteuert werden, um dem bankrotten Staat auf die Beine zu helfen. Das Volk soll für die Mißwirtschaft der Herrschenden bluten. —

**Russische „Gemüthlichkeit.“** Die von der Petersburger Stadterwaltung verübte Kolossalgaunerei — Lieferung schlechten Mehls an die Nothleidenden — hat damit ihren Abschluß gefunden, daß die Stadterordneten ein Tacelsvotum gegen die Stadtrathe Niemann und Jablonski beschloffen. Von einer Verweisung der betreffenden Stadtrathe vor das Gericht wurde abgesehen, da die Mitglieder des Stadtrathes das für das schlechte Mehl vorausgabte Geld ersezt hätten. Der Mehllieferant Buchert befindet sich noch in Untersuchung. Das ihm nicht wehe gethan wird, laßt für dürfen sein Geldsack und seine guten Freunde, die einflußreichen Mitschulden. —

**Die Rubelagenten auf Reisen.** Das Jarentum hat willige Werkzeuge. Der Konstantinopeler Agent der vulgarijnen Regierung, Balkowitsch, ist am 28. Februar von einem Unbekannten überfallen und durch einen Messerstich verwundet worden. —

**Parteinachrichten.**

Vom zweierlei Recht plaudert das so konservativ sächsische Vaterland jetzt in Sachen der formalen Aufhebung des Karlsruher Erbschaftsrechtes: „Das sächsische Vereinsgesetz verbietet mündliche und schriftliche Verhandlungen zwischen zwei politischen Vereinen. Vor Aufhebung

des Vereinsgesetzes wurde diese Bestimmung von der königl. sächs. Regierung mit großer Nachsicht gehandhabt. Nach Aufhebung des Vereinsgesetzes sah sich die königl. sächs. Regierung genöthigt, durch Verordnungen auf obige Bestimmung wieder aufmerksam zu machen. Mündliche und schriftliche Verhandlungen konnten hiernach zwischen den Vorständen des national-liberalen und konservativen Vereines nicht mehr geführt werden, ohne gegen das Landesgesetz zu verstoßen.“

Die gewissenhaft doch die Konventionen sich gebenden, nach dem der „Vorwärts“ an die Kreis-Hauptmannschaften gerichtet gewesene ministerielle Verfügung veröffentlicht hat! Sozialdemokraten gegenüber ist hinsichtlich der geschwindigen Verbindung natürlich niemals Rücksicht geübt worden; daß dies gegenüber den „Ordnungs“parteiern der Fall war, ist uns nichts Neues, aber von zeitgeschichtlichem Interesse bleibt, daß dies das leitende Organ der sächsischen Hüter der „Ordnung“ Schwarz auf weiß bestätigt.

**In einer Volksversammlung zu Krefeld, die am 22. Februar stattfand, sprach Genosse Wesch über die Stellung der Sozialdemokratie zum Entwurfe des Volksschul-Gesetzes.** Unter Anderem rühte er dabei das zwischen Kaiserat und Schule bestehende Mißverhältnis ins Felle, wonach ein Unteroffizier höchstens 10 Rekruten, ein Lehrer aber oft 90 Kinder zu unterrichten hat. Dergleichen fand gebührende Erwähnung der Unterschied zwischen dem geringen Gehalt des Lehrers und dem hohen Einkommen eines Geistlichen, während das Verhältniß doch eigentlich umgekehrt sein müßte. Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Redeb'schen Saale tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen den preussischen Schul-Gesetzentwurf, indem derselbe durchaus nicht den Ansprüchen, welche die Sozialdemokratie an eine Volksschule stellt, entspricht. Sie erblickt in demselben eine Beschränkung der Gewissensfreiheit und eine Bevormundung der Schule und der Lehrer durch die Geistlichkeit und verlangt demgegenüber die Weisheit der Schule sowie unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel in allen Elementarclassen.“

**Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Frankfurt a. M.** wurden in der Klasse der Arbeiterbeisitzer mit 1800 Stimmen, und zwar — wie man uns schreibt — einstimmig gewählt. In der Klasse der Unternehmervollbeisitzer wurden bei der Wahl für die Liste der Innungen 807, für die Gruppe der Parteiloosen 286, für die Sozialdemokratie 279 Stimmen abgegeben. Die Innungen erlangten den Sieg, haben aber weit weniger Stimmen als das vorige Mal erhalten. Wegen die Wahl der Unternehmerbeisitzer wird übrigens seitens unserer Partei Protest erhoben, weil viele Wahlberechtigthe juristisch gesehen worden sein sollten.

**In Trier soll die Sozialdemokratie durchaus keinen Boden finden dürfen.** So meinte kürzlich ein Kämpfer der alten „Ordnung“ im katholischen Arbeiterverein. Diese Rechnung ist im wahren Sinne des Wortes ohne den Wirth gemacht. Die organisirten Arbeiter Triers haben sich nämlich mittelst Boykotts ein Sozial erobert und da der Wirth desselben jetzt durch den vermehrten Zuspruch der Arbeiter bessere Geschäfte macht als vorher, so trümet er sich leicht über das Militärvorbot, das ihn droht. Die Maurer, Steinmetzen, Tischler halten bei ihm ihre Tagelöhner ab, die Ländler werden nachfolgen. Auch in organisatorischer Beziehung ist Erfreuliches zu berichten, denn in zwei weiteren Gewerben plant man die Errichtung von Fachvereinen; ferner ist am letzten Sonntag ein Rede- und Diskussionsklub gegründet worden, dem sofort 22 Mitglieder beitraten. Wie man sieht, hat im schwarzen Trier die rote Hand kräftig Wurzel geschlagen; das Zentrum mag anstellen was es will, die Sozialdemokratie wird's immer wieder los.

**Aus Kaiserlautern** schreibt man uns: Vor einiger Zeit hatte sich der hiesige Sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein in Folge persönlicher Zwistigkeiten gespalten und es existirten in Folge dessen zwei Vereine nebeneinander, welche den gleichen Namen führten. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, obgleich die stärkere Partei aus Rücksicht auf die weitgehenden Jugentändnisse bereit gewesen, so wurde in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, den Verein von jetzt ab „Sozialdemokratischer Arbeiterverein Kaiserlautern“ zu nennen. Zugleich änderte man das Statut in folgender Weise ab: § 6 erzieht den Zusatz: „Krankheit und Arbeitslosigkeit entbinden von den Beiträgen“; § 20, welcher bisher besagte, daß im Falle einer Auflösung des Vereinsvermögens nach 10 Jahren der Armenkasse der Stadt zufallen sollte, lautet in der neuen Fassung: „Bei Auflösung des Vereins, auch im Falle behördlicher Auflösung, fällt das gesamte Vereinsvermögen der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion zu.“

**In Landshut a. M.** referirte am 17. Februar in einer öffentlichen Versammlung der Tischler und Verlagsgenossen, zu der auch Arbeiter anderer Branchen eingeladen waren, Genosse König aus Berlin über Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Zur Ueberwachung der Versammlung, die von circa 200 Personen besucht war, hatte man nur sieben Polizisten und einen Entarmeren ausbezogen. Die Anwesenden sollten dem Vortrag reichen Beifall und in der Diskussion forderten alle Redner zum Anschluß an die am Ort bestehenden Zahlstellen der Gewerkschaftsverbände auf. Mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorredner, Genosse Marten, die Versammlung. Eröfnet die Reich bis 12 Uhr Kongresssaal besetzt, mußten sa. om um 10 1/4 Uhr Saal und Redneräume verlassen werden. Ein großer Theil der Versammlungsbesucher begleitete den Referenten nach dem Bahnhof.

**In Neckargartach** wurde ein sozialdemokratischer Verein gegründet; derselbe zählt bereits 30 Mitglieder.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.** — Der Redakteur Hülle von der „Thüringischen Tribüne“, „Neuphischen Tribüne“ und dem „Nordhäuser Volksblatt“, welcher wegen Abdrucks des aus dem „Damburger Echo“ entnommenen Artikels „Zur Frage der militärischen Disziplin“ der Majestätsbeleidigung angeklagt war, ist von der Erfurter Strafkammer freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Zuchthaus zu den gegen Hülle schon in anderen Sachen erkannten beantragt.

## Versammlungen.

Die freie Vereinigung aller in der chirurg. Branche beschäftigten Berufsgenossen hörte kürzlich einen Vortrag des Herrn Theodor Rehner über Sozialismus und Anarchismus. Der Referent schilderte die Bestrebungen des Anarchismus sowie die der Sozialdemokratie im Verhältnis zur heutigen Gesellschaft auch in ihrer ethischen Bedeutung und erntete für seinen lehrreichen Vortrag lebhaften Beifall. Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf den Antrag Beschlüsse beschlossen: Allen Mitgliedern unserer Vereinigung, welche derselben 6 Monate angehört haben, Unterstutzung zu zahlen: den vertheilbaren Kollegen pro Woche 8 M., den unvertheilbaren 4 M. und zwar auf die Zeitdauer von 6 Wochen, worauf der Vorstand oder die Versammlung des Weiteren beschließt. Alsdann ersuchte der Vorredner die Kollegen, sich recht zahlreich am Stiftungsfest zu betheiligen, welches am 8. März in der Reisserer, Kommandantenstraße 53, stattfindet.

**Theater.**  
**Freitag, den 26. Februar.**  
**Opernhaus.** Die Meisterfinger von Nürnberg.  
**Schauspielhaus.** Der neue Herr.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Ezellen.  
**Leffing-Theater.** Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Rabale und Liebe.  
**Residenz-Theater.** Hohe Gäste.  
**Muffete.**  
**Wallner-Theater.** Poette.  
**Friedrich-Wilhelmsbäd. Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Reif-Reiflingen.  
**Sellakianca - Theater.** Almenrausch und Edelweiß.  
**Ostend-Theater.** Die Räuber.  
**Adolph Ernst - Theater.** Der Langtanzel.  
**Alexanderplatz-Theater.** Berliner Pfister.  
**Feenpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Saunmann's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Bonkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstrasse 77-79.  
 Heute, sowie täglich:

**Gr. Freikonzert.**  
 Anfang Hochentags 7 1/2 Uhr.  
 Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 8 Uhr.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-  
 tisch à la Duval. Diner à 1 Mark.  
 3 Regelmahnen, 6 Billards,  
 2 Säle. 1169L

**Gr. Bock - Ausschank**  
 aus der Berliner Bock-Brauerei.

**Stablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausschank von Bahnhofs-  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerschau  
 Inner-Afrikas:

**Schuli**  
 b. Emin Pascha-Reich.  
 30 Personen, Männer,  
 Frauen, Kinder.  
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vor-  
 mittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr  
 Nachmittags.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab

**Passage-Panopticum.**  
 Lebengroße  
 Wachfiguren und  
 Gruppen, Dioramen,  
 Sündfluth-Panorama  
 mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne  
 Extra-Entree): Täglich  
 v. 6 Uhr ab Vorstellung  
 von Spezial. I. Rang.  
 Entree 50 Pf.

**Präuscher's anat. Museum.**  
**Schluss** unwillkürlich  
 am 30. März.  
**Influenza** und viele andere  
 neu!  
**Täglich** für erwachsene  
 Herren.  
**Damen-** Tag jed. Dienstag  
 und Freitag.

**Den Genossen**  
 halte ich meine  
**Wästen-Garderobe**  
 bei Bedarf empfohlenen  
 Grösstenauswahl. Bill.Pr.  
 Vereinen Preisermäßig.  
**Fr. Panknin,**  
 Oranienstrasse 178,  
 Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

Bringe mein neu eröffnetes Weiss-  
 u. Bairisch-Bier-Lokal freund-  
 lich in Erinnerung. Zum gemüth-  
 lichen Hermann Noll, Köpnickestr. 23a.  
 Vereinszimmer mit Piano zu ver-  
 zieden Friesenstr. 23, Ecke Kündstrasse.  
 Vereinszimmer für 20-25 Personen  
 bei Pohl, Grünthalstr. 65. 2038L

**Circus Renz.**  
 Karlsrufer.  
 Freitag, den 26. Februar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Komiker-Vorstellung.**  
 Auftreten des Clowns O. Godlowaky,  
 3 Gebrüder Briatore, Paul u. William,  
 Gehr. Kronemann, Gebr. Dianta und  
 Warne, Herrmann, Misco etc. in ihren  
 höchst komischen Entrees und Inter-  
 mezzos.  
 Außerdem: Quadrille des fleurs de  
 Noblesse, geritten von 16 Damen.  
 Ellmar (Strickspringer), vorgeführt von  
 Fr. Oceana Renz. 4 Orientalen mit  
 arab. Vollblut-Schulpsperden, von vier  
 Herren dargestellt in Prachtkostüm.  
 Jeu de la rose, geritten von Fräulein  
 Clot. Hager und Mlle. Theresina.  
 Sisters Lawronce am Sieg. Trapes.  
 Auftreten der vorzüglichsten Reit-  
 künstlerinnen u. Reitsänftler.  
 Zum Schluss: Zum 160. Male:  
**„Auf Helgoland“**  
 oder: Ebbe und Fluth.  
 Große hydrologische Ausstattungs-  
 pantomime in 2 Abtheilungen mit  
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-  
 zügen, Neue Einlage: Die  
 Garde-Bufaren. Dampfschiff- und  
 Bootfahrten, Wasserfällen, Riesen-  
 fontänen mit allerlei Lichteffekten u. s. w.,  
 zum Schluss: Neu! Feenhaftes Kunst-  
 und Prachtfeuerwerk, arrangirt und  
 inszenirt vom Direktor E. Renz.  
 Täglich Auf Helgoland.  
 Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm.  
 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielseitiges  
 Verlangen: Die lustigen Heidalberger.  
 Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland.  
 E. Renz, Direktor.

**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlsrufer.  
 Freitag, den 26. Febr. 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Brillant-Vorstellung**  
 mit vorzüglich gewählten, aus den  
 besten Repertoire-Nummern bestehenden  
 Programm.  
**Austr. des anerkannt besten**  
**Schulreiters der Gegenwart Mr.**  
**James Filis mit seinem Schulpsperd**  
**„Germinal.“**  
 Zum Schluss der Vorstellung: Neu  
 einstudirt: Eine Nacht in Venedig.  
 Große komische Original-Wasser-  
 pantomime in 2 Abtheilungen mit neuen  
 sensationellen Licht- u. Wassereffekten.  
 Morgen große Vorstellung mit neuem  
 Programm. Auftreten des Mr. James  
 Filis mit seinem Schulpsperd „Ger-  
 minal“. Eine Nacht in Venedig.  
 Sonntag, den 28. Febr., 2 große  
 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr (ein  
 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. In  
 beiden Vorstellungen Auftreten des Mr.  
 Filis. In beiden Vorstellungen Firkus  
 unter Wasser. Eine Nacht in  
 Venedig.

Der Verein der Plätterinnen u. verw. Berufsgenossen  
 Berlins arrangirt am Sonnabend, den 27. Februar 1892, einen  
**Gr. Wiener Maskenball**  
 in der „Aktien-Brauerei Friedrichshain“ vor dem Königsthor,  
 wozu Freunde und Bekannte freundlichst eingeladen werden.  
 Eintritt 50 Pfg. Der Vorstand.

Der diesjährige  
**Wiener Masken-Ball**  
 der **Marxer Charlottenburgs**  
 („Grundstein zur Einigkeit“)  
 findet am 1. März, Abends 8 Uhr, im Lokale „Bismarckhöhe“ statt.  
 Billets à 50 Pfg. sind zu haben bei August Venz, Wilmersdorferstrasse  
 Nr. 154, und an der Abendkasse.

**Köpenick.**  
**Arbeiterverein für Köpenick u. Umg.**  
 Am Sonnabend, den 27. Februar cr., im Lokale der Herren  
 Wiedemann & Manofski in Adlershof:

**Großes Winter-Bergnügen**  
 verbunden mit  
**Theater, Vorträgen und Tanz,**  
 unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Morgenroth“, Köpenick,  
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).  
 Zur Aufführung gelangt: „Die Arbeiter-Vereine haben doch  
 eine Zukunft.“ Soziales Bild in 3 Abtheilungen von Heinrich Friedrich.  
 Die Musik wird von Berliner Berufsmusikern ausgeführt. Billets für Mit-  
 glieder à 25 Pf. sind bei den Herren Einsinger, Oranienstrasse, und Schwan,  
 Nieberstrasse, zu haben. Billets für Nicht-Mitglieder, Herren 50 Pf. und  
 Damen 25 Pf., sind bei den Herren Einsinger und Hertel, Oranienstrasse,  
 und Schwan, Nieberstrasse, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und  
 an der Abendkasse zu haben.  
**Anfang 8 Uhr.**  
**Der Vorstand.**

**Allg. deutscher Sattlerverein.**  
 Sonnabend, den 27. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,  
 im Saale des Herrn Wienecke, Alte Jakob-Strasse Nr. 83:  
**Versammlung mit Frauen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Regierungs-Baumrasters Gustav Köhler über:  
 „Gewerbe-Schiedsgerichte.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zur  
 Generalversammlung. 4. Verschiedenes.  
 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
 Allen Freunden, Kollegen, Be-  
 kannten und Genossen die traurige  
 Nachricht, daß mein geliebter  
 Mann und Vater, der Maurer  
**Karl Maass**  
 am Mittwoch, den 24. Februar,  
 nach kurzem Leiden im Alter von  
 47 Jahren aus unserer Mitte ge-  
 schieden ist. Die Beerdigung findet  
 am Sonntag, den 28. Februar,  
 Nachm. 3 Uhr, von der Halle des  
 Werderschen Kirchhofes, Berg-  
 mannstrasse, aus statt. [1597 b  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
 Agnes Maass, geb. Plitz, nebst Kindern,  
 Kündstrasse 22.

**Todes-Anzeige.**  
 Hiermit zeige ich allen Freunden und  
 Bekannten an, daß mein lieber Mann  
 und guter Vater **Karl Neumann**  
 am Dienstag Mittag 2 Uhr nach langem  
 schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Die Beerdigung findet Sonnabend  
 Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause,  
 Panfstr. 81b, aus statt. 159 b  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied **Fritz Welsch** am  
 Dienstag verstorben ist. Die Beer-  
 digung findet am Sonntag Nachmittag  
 2 Uhr von der Leichenhalle des alten  
 St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstrasse,  
 aus statt. Um rege Betheiligung bittet  
 Der Vorstand  
 des Lese- und Diskussions-Klubs  
 „Johannes Wedde“. 1596 b

Allen Genossen zur Nachricht, daß  
 die Beerdigung des Bildhauers Fritz  
 Böttcher am Sonntag Nachm. 4 Uhr  
 von der Emmaus-Leichenhalle stattfindet.  
 1604 b Die trauernden Brüder.

**Zentrale der Wirker Berlins.**  
**Mitgliederversammlung**  
 am Sonnabend, den 27. Febr. 1892,  
 Abends 8 1/2 Uhr, in Feind's Salon,  
 Weinstr. 11.  
 Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zur General-Ver-  
 sammlung zu Ebersfeld. 2. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 1605 b Der Bevollmächtigte.

**Achtung für Buchhändler!**  
 Zu kaufen gef. sozialdemokratische  
 Theaterstücke bei **J. Wurm**, Kiel,  
 Alte Reihe 8. 2037L

**Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,**  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 3-7, Sonnt. 8-10.

**Grosse öffentliche**  
**sozialdemokrat. Versammlung**  
 der Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises  
 am Montag, den 29. Februar, Abends 8 Uhr,  
 im Lokale von „Sanssouci“, Kottbuser-Strasse No. 4a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Handelsverträge. Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul**  
**Singer.** 2. Diskussion. 3. Die Raistrage resp. Wahl eines Komitees.  
 4. Wahl eines Presbiteriums-Mitgliedes für die „Volks-Tribüne.“  
 Der Einberufer.

**Centralverb. deutscher Maurer**  
 und verw. Berufsgen. (Filiale Berlin II).  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, den 28. Februar d. J., Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 in „Orschel's Salon“, Sebastianstrasse Nr. 39.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. Referent Herr **Antrieb.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung  
 vom Mastenball. 4. Wahl der Hilfskassier für den Ofen und Moabit.  
 5. Verschiedenes und Verhandlungsangelegenheiten.  
 NB. Da im „Verschiedenes“ eine Regelung der Versammlungen her-  
 gestellt werden soll, so ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 851/16 Die örtliche Verwaltung.

**Verein polnischer Sozialisten.**  
**Versammlung**  
 am Dienstag, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des  
 Herrn Joel (früher Keller), Andreasstrasse 21.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Er-  
 scheinen ersucht [251/1] Der Vorstand.

**Freireligiöse Gemeinde.**  
 Sonntag Vormittag 10 1/2 Uhr, Rosenthalerstrasse 38: Vortrag  
 des Herrn **Dr. Bruno Wille:**  
**„Ein Kritiker unserer Bewegung“**  
 (Dr. M. Keibel).  
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen! 68/11

**Achtung! Achtung!**  
**Eltern, Vormünder, Verwandte!**  
 Der unterfertigte Vorstand sieht sich veranlaßt, darauf aufmerksam  
 zu machen, daß bei den Firmen:  
**H. Sternberg jr., Neue Königstr. 13,**  
**Gebr. Borchardt, Neue Königstr. 19,** 245/20  
**Heinr. Buchholz, Friedrichsenerstrasse 80,**  
**Philippsohn & Leschziner, Kaiserstrasse 41,**  
 das Plätten der Wäsche mittels Gas erfolgt.  
 Bei den bekannten gesundheits-schädlichen Folgen, welche eine solche  
 Betriebsart für die Arbeiterinnen mit sich zu bringen pflegt, sieht sich die  
 Vorstandschafft verpflichtet, dies allen Vereinsmitgliedern und jenen Frauen  
 und Mädchen, welche das Plätten zu erlernen beabsichtigen, hiermit zur  
 Kenntniß zu bringen.  
 Der Vorstand des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsgen.

An sämtliche Arbeiter-Sängerbunde  
 Deutschlands.  
 Die Vorstände sämtlicher Arbeiter-Sängerbunde Deutschlands werden  
 hierdurch freundlichst ersucht, ihre Adressen an Unterzeichneten einzureichen.  
 Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.  
 106/9 Berlin N. A. Neumann, Brunnenstr. 101 II.

**Teppiche**  
 in allen Arten und Größen  
 kleiner Kusterfehler wegen  
 offerirt sehr billig.  
**Portièren,**  
**Gardinen,**  
**Steppdecken**  
 in den geschmackvollsten Aus-  
 führungen zu anerkannt billigen  
 477M Preisen.  
**Reste**  
 von Plüsch, Fantasiestoffen,  
 Damasten und Rippen, passend  
 für Sophas und Garnituren,  
 zur Hälfte des früheren Kosten-  
 preises.  
**J. Adler Söhne,**  
**Teppichfabrik,**  
**Spandauer-Strasse 30,**  
 gegenüber dem Rathhaus.

1892L  
**Sophabezüge!**  
 Reste in Ripps, Damast, Granit,  
 Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.  
 Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.  
 Proben franko!

Vereinszimmer bis 50 Personen f.  
 bei Fürstenau, Mantensfelstr. 53, Ecke.  
**Meine Destillationsgeschäfte**  
 Adalbertstr. 90 (Ecke Oranienstr.) und  
 Oranienstr. 149 (Ecke Moritzplatz)  
 sind sogleich zu verkaufen. 1595b  
 Näheres bei **Wilhelm Meyer,**  
 Blumenstr. 121.

**Künstliche Zähne 2 Mark.**  
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-  
 loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden  
 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,**  
 Chausseestr. 123 am Oranienb. Thor.  
 Wohnungen, Rigdorf, Berliner-  
 strasse 70, sep. Eing., alles Doppel-  
 fenster, bill. zu verm., auch Pferde-  
 stall z. 4 Pferden m. Rem. u. gr. Futterboden.

Eine leere Stube sowie eine Schlaf-  
 stelle ist zu vermieten bei D. Krüger,  
 Elisabeth-Platz 28. 1600 b  
 Schlafst. z. v. b. Krohne, Krautstr. 52 D. v.

**Arbeitsmarkt.**  
 Ein tüchtiger Gesangslehrer (sof. gef.)  
 Abr. „Felsenfest“, Gem. Chor, Herzsog,  
 Panfstr. 32 b. 1598 b  
 Männer-Gesangsverein (Mitglied des  
 Arbeiter-Sängerbundes) sucht für Mitt-  
 woch tüchtig, energischen Dirigenten.  
 Offerten erbeten an  
 1599 b  
 Fiebig, Cuvrystr. 6 III.  
 Hierzu zwei Beilagen

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

180. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Stephan.  
Die zweite Beratung des Gesetzentwurf bet. das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches wird fortgesetzt.  
§ 3 der Kommissionsbeschlüsse lautet:

Ohne Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden:

1. Telegraphenanlagen, welche ausschließlich dem inneren Dienst von Landes- oder Kommunalbehörden und Reichskorporationen gewidmet sind;

2. Telegraphenanlagen, welche von Transportanstalten auf ihren Linien ausschließlich zu Zwecken ihres Betriebes oder für den allgemeinen Vermittlungsverkehr innerhalb der bisherigen Grenzen benutzt werden.

3. Telegraphenanlagen:

a) innerhalb der Grenzen eines Grundstücks,  
b) zwischen mehreren einem Besitzer gehörigen oder zu einem Betriebe vereinigten Grundstücken, deren keines von dem anderen über 25 Kilometer in der Luftlinie entfernt ist, wenn diese Anlagen ausschließlich für den der Benutzung der Grundstücke entsprechenden unentgeltlichen Verkehr bestimmt sind.

Die gesperrten Worte sind von der Kommission hinzugefügt.  
Dazu beantragen 1. Abg. v. Hülst in Nr. 1 neben den Reichskorporationen auch den Einzel- und Entwässerungskorporationen das gleiche Recht zu verleihen; 2. Abg. Hammacher, in Nr. 2 statt „für den allgemeinen Vermittlungsverkehr“ zu sagen „für die Vermittlung von Nachrichten“.

Abg. v. Hülst (nl.) empfiehlt im Interesse der Landesmelioration die von ihm beantragte Ausdehnung der Berechtigung nach Nr. 1.

Staatssekretär von Stephan erklärt, daß eine solche Erweiterung keinen Bedenken unterliegen würde.

Abg. Schrader (Dfr.): Die von dem Abg. Hammacher beantragte andere Fassung würde an dieser Stelle ganz falsch sein, da gerade auf Antrag des Abg. Hammacher § 1 so gestaltet ist, daß für die Vermittlung von Nachrichten das Monopol dem Reich zuzurechnen ist, man also nicht daneben den Eisenbahnen eine solche Berechtigung belassen könne.

Abg. Hammacher (noll.): Mein Antrag ist lediglich redaktioneller Natur und ist weder erheblich noch schaffte er eine Unklarheit. Es soll gerade die Ausdehnung des Monopols auf die elektrische Kraftübertragung ausgeschlossen werden.

Staatssekretär von Stephan hält ebenfalls den Antrag Hammacher für durchaus annehmbar und für einen Vortheil für das Gesetz.

Abg. Schrader: Auch die Rücksicht auf die optischen Telegraphen, für welche ganz gewiß durch den Art. 48 der Reichsverfassung kein Monopol vorbereitet werden sollte, zwingt zur Abweisung der Aenderung, welche im Antrage Hammacher vorgeschlagen ist.

Staatssekretär von Stephan: Die Eisenbahnverwaltungen haben auch bisher schon den optischen Telegraphen uneingeschränkt benützt.

Bei der Abstimmung wird § 3 Nr. 1 mit dem Antrage von Hülst, Nr. 2 mit dem Amendement Hammacher angenommen.

Ein von dem Abg. Viehl gestellter Antrag auf Einschlebung eines neuen § 3a, wonach die Telegraphenanlagen so angelegt werden müssen, daß sie möglichst in sich selbst geschützt sind, wird ohne Debatte (der Antragsteller ist nicht anwesend) abgelehnt.

Nach § 4 hat die Landesbehörde vorbehaltlich der Reichsaufsicht die Kontrolle darüber zu führen, daß die Errichtung und der Betrieb der in § 3 bezeichneten Telegraphenanlagen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen halte.

§ 4 wird unverändert angenommen. Neu eingefügt sind von der Kommission die §§ 4a—4d. § 4a lautet: Jedermann hat gegen Zahlung der Gebühren das Recht auf Beförderung von ordnungsmäßigen Telegrammen und auf Zulassung zu einer ordnungsmäßigen telephonischen Unterhaltung durch die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Anlagen. Vorrechte bei der Benutzung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Anlagen und Ausschließung von der Benutzung sind nur aus Gründen des öffentlichen Interesses zulässig.

Die sozialdemokratische Abgg. Auer und Genossen beantragen die Streichung des Wortes „ordnungsmäßigen“.

Abg. Schmidt (Frankfurt (Soz.)): Unser Antrag ist darum notwendig, weil bisher schon eine große Zahl von Telegrammen als nicht ordnungsmäßig von der Beförderung ausgeschlossen wurden, und wenn die „Ordnungsmäßigkeit“ im Gesetz vorgeschrieben ist, dürften sich diese Zustände noch verschlimmern. Wenn die Verwaltung Verbrechen und groben Unfug verhindern will, so giebt ihr das Straf-Gesetzbuch genügend Mittel an die Hand, hier sollte man die Willkür der Behörden nicht maßgebend machen. Man sagte auch in der Kommission, es sollen unästhetische Telegramme von der Beförderung ausgeschlossen sein; aber wie wenig geeignet sind Telegraphenbeamte sind, zu entscheiden, ob etwas unästhetisch ist oder nicht, zeigt der Fall, wo ein Telegraphenbeamter sich über eine im selben Hause wie er wohnende Familie beschwerte, weil sie ein unästhetisches Lied gesungen hätte und dieses „unästhetische“ Lied war der allbekannte Rundgesang „Freut euch des Lebens!“ (Weiterkeit.) Um Mißbräuchen vorzubeugen, bitte ich Sie also, meinen Antrag anzunehmen.

Geh. Ober-Postrath Dambach bittet, das Wort „ordnungsmäßigen“ stehen zu lassen. Ebenso wie in der Postordnung eine gleiche Bestimmung enthalten sei, müßten die Telegramme der Telegraphenordnung entsprechen. Das Publikum könne unmöglich verlangen, daß jedes Telegramm, das aufgegeben werde, auch befördert werden müsse, gleichviel wie sein Inhalt beschaffen sei; dasselbe gelte von Telephongesprächen.

§ 4a wird unter Ablehnung des Antrags Auer angenommen. § 4b lautet: Sind an einem Orte Telegraphenlinien für den Ortsverkehr, sei es von der Telegraphenverwaltung, sei es von der Gemeindeverwaltung oder von einem andern Unternehmer, zur Benutzung gegen Entgelt errichtet, so kann jeder Eigentümer eines Grundstücks gegen Erfüllung der von jenen zu erlassenden und öffentlich bekannt zu machenden Bedingungen den Anschluß an das Lokalnetz verlangen. Die Benutzung solcher Privatstellen durch Unbefugte gegen Entgelt ist unzulässig.

Dazu beantragen die Abgg. von Bar u. Gen. folgenden Zusatz:

Die Bedingungen dürfen dem Eigentümer nur solche Verpflichtungen auferlegen, welche die Anlegung und Benutzung des einzelnen Anschlusses betreffen. Sie dürfen den Rechtsweg nicht beschränken.

Abg. Schrader empfiehlt diesen Antrag im Interesse der Hausbesitzer, welche durch die Anlage und häufige Revision der Telephonanlagen erheblichen Nachtheilen durch Beschädigung der Dächer u. s. w. ausgesetzt sind. Von keinem Bürger könne verlangt werden, daß er zum allgemeinen Besten Opfer bringe, für welche er nicht entschädigt wird; es müsse also der Rechtsweg offen gelassen werden, nicht aber der Postverwaltung die Möglichkeit gelassen

werden, auf dem Wege des Vertrages mit den einzelnen Eigentümern einen Zwang auszuüben.

Staatssekretär von Stephan: Diese Argumentation lasse sich gegen jede Telegraphen- oder Telephonanlage geltend machen. Die übergroße Mehrheit der Kommission hat den Antrag für unannehmbar erklärt. Die Hausbesitzer befinden sich nicht etwa im Kriegszustande gegen die Verwaltung, sondern das Verhältnis ist ein friedliches; die Darstellung des Abg. Schrader ist vollständig unrichtig. Wir nehmen freiwillig die Dach-Reparaturkosten auf die eigene Kasse und haben dafür im letzten Jahr allein in Berlin eine halbe Million ausgegeben. Sollte von einer untergeordneten Behörde einmal das Gegentheil von Coulang bewiesen worden sein, dann bleibt ja immer der Appell an die höhere. Die Hausbesitzer lassen sich um so lieber die Anbringung der Drahtgestelle auf ihren Dächern gefallen, als sie damit zugleich einen Miethableiter für ihre Häuser gewinnen, wozu sich auch im Anfang der Entwicklung hervorgetretene Agitation der Fabrikanten von Miethableitern gegen die Einrichtungen erklärt. Die unterirdische Unterbringung der Drähte ist zu kostspielig. Sollten wir auf das Expropriations-Gesetz angewiesen sein, so würden wir mindestens zehn Jahre in der Entwicklung zurückbleiben. Wir verlangen eine gesetzliche Verpflichtung der Hauseigentümer nicht, wie sie in anderen Ländern besteht, weil wir bisher auf dem Wege der Vereinbarung ausgekommen sind. Wir haben hier keinen Uebergang bezogen, sondern vielmehr eine große Entlastung bewiesen.

Abg. v. Bar macht dagegen geltend, daß die Verwaltung vielfach dem Antrage eines Interessenten auf Anschluß an die bestehende Leitung nur dann stattgebe, wenn derselbe sich verpflichte, eine Anzahl Drähte über sein Grundstück leiten zu lassen. In jedem Gesetze müsse der Standpunkt des Rechts gewahrt bleiben.

Abg. Schrader: Wenn einmal ein Monopol angeführt wird, muß es jedem zu denselben Bedingungen zu Gebote stehen; ein Hausbesitzer aber, über dessen Haus die Verwaltung die Leitung führen will, muß härtere Bedingungen auf sich nehmen als ein anderer, und damit ist die Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Die halbe Million Dachdeckerkosten, wiewohl keine hohe Summe, zeigt, welche Schädigungen auf diese Weise entstehen können.

Abg. v. Volkmar (Soz.): In Fragen des öffentlichen Wohls stehen wir wesentlich anders, als die beiden Vorredner. Wir sind der Meinung, daß, wo ein wirkliches Interesse und das Wohl der Allgemeinheit in Frage stehen, unter allen Umständen das Privatinteresse zurückzutreten hat, selbst mit gewissen Opfern. Wegen die Forderung, daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen über die den Grundeigentümern auferlegenden Verpflichtungen, wie in anderen Ländern, auch bei uns getroffen werden, habe ich nichts einzuwenden. Hier handelt es sich aber darum gar nicht, sondern darum, daß das Verbot der Verwaltung maßgebend doch sein soll, wie in diesen Dingen verfahren werden soll. Dem können wir nicht folgen. Wenn wirklich ein so angenehmes Verhältnis besteht, wie der Staatssekretär behauptet, dann bedarf die Verwaltung solcher weitgehenden Machtvollkommenheit gar nicht. Um was es sich hier handelt, ist das: ist eine öffentliche Einrichtung zu betrachten als ein Benefizium, welches in das Verbot der Verwaltung gestellt ist, oder ist es ein allgemeines Recht Aller? Wir sind der letzteren Ansicht, und aus diesem Grunde werden meine Freunde und ich für den Antrag Schrader stimmen, ohne uns seine Grundzüge zu eigen zu machen.

Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. Schrader wird der Antrag von Bar gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, § 4b unverändert angenommen.

§ 4c sagt, daß die für die Benutzung von Reichstelegraphen- und Fernsprechanlagen bestehenden Gebühren nur auf Grund eines Gesetzes erhöht werden können und daß eine Ausdehnung der gegenwärtig bestehenden Befreiungen ebenso nur auf Grund eines Gesetzes zulässig sein soll.

Die Abgg. von Bar und Genossen wollen den § 4c wie folgt formulieren: Für den Betrieb der Telegraphen- und Telephonanlagen des Reiches bestimmt ein Gesetz über die Bedingungen der Benutzung, über die zu erhebenden Gebühren und über die von solchen zu gewährenden Befreiungen. Bis zum Erlaß des letzteren Gesetzes bleiben die gegenwärtig gültigen Bestimmungen in Kraft, in so weit sie nicht durch §§ 4a, 4b und 4d geändert sind.

Abg. von Bar: Was wir beantragen, widerstreitet keineswegs der Verfassung. Der Reichstag kann nicht auf eine gesetzliche Regelung dieser Materie ganz verzichten. Es ist Pflicht des Reichstages, analog dem Postgesetz auf die Einführung des Regals ein Telegraphengesetz folgen zu lassen, welches die Gebührenpflicht und den Kontrahierungszwang regelt.

Abg. Hammacher: Die Annahme des Antrages würde uns sehr wenig fördern. Wie nun, wenn die Regierung kein Gesetz vorlegt und wir uns nicht darüber verständigen? Dann bleibt es bei dem bisherigen Zustande auch nach dem Antrag Baars (Große Mehrheit) — von Bar. Vor allem aber stehen diesem Verlangen die internationalen Abmachungen entgegen.

Wirkl. Geheimr. Ober-Postrath Dambach: Ob eine Verfassungsänderung durch den Antrag von Bar bedingt wird, lasse ich dahingestellt, führe aber an, daß alle Staatsrechtler darüber einig sind, daß die Festsetzung der Telegraphengebühren und der Befreiung von diesen Gebühren nicht Sache der Gesetzgebung ist. Praktisch würde der Antrag ganz unbedenklich sein. Die bestehende Telegraphenordnung enthält eine Menge Vorschriften, die sich gar nicht einem Gesetze einverleiben lassen. Auch würde bis zum Erlaß des verlangten Gesetzes keine weitere Ermächtigung der Behörden eintreten dürfen.

Abg. von Bar: Letzteres ist nicht die Meinung. Kommt kein Gesetz zu Stande, so bleibt der gegenwärtige Zustand bestehen, d. h. die Verwaltung behält alle Befugnisse, auch in Beziehung auf Tarifherabsetzungen, welche sie bisher schon hat. Redner verweist auf Skandinavien, wo die Regelung des Telephonwesens im Sinne des Antrages erfolgt sei.

Abg. v. Volkmar: Den Abg. Hammacher erinnere ich an die Beschwerden, die hier im Reichstage von verschiedenen Seiten darüber laut geworden sind, daß unsere Gebühren sowohl für Telegramme als für Telephonverbindungen weit höher sind als anderswo, wie z. B. in Skandinavien, wo dieser Verkehr ohne jeden Vergleich höher entwickelt ist als bei uns, sowohl was Ausdehnung als was Billigkeit anlangt. Wir sind in Deutschland wesentlich hinter anderen Ländern zurückgeblieben und sollten daher die Gelegenheit ergreifen, die geeignet ist, diesen Beschwerden abzuhelfen. Gerade der Reichstag muß das Recht haben, mitzuschneiden über die Benutzungsbedingungen und die Festsetzung der Gebühren. Ich bin mit dem Grundgedanken des Antrages v. Bar einverstanden; nur wünschte ich, daß er denselben in der Weise modifizirte, daß eine Auslegung, wie sie der Vertreter der Regierung gegeben hat, in Zukunft ausgeschlossen ist. Es ist auch kein Zeitpunkt festgesetzt, wann die Regierung ein Gesetz einbringen solle. Es könnte nach den Erfahrungen, die wir mit verschiedenen Anträgen gemacht haben, hiermit sehr lange dauern. Zimmerlin werde ich für das Prinzip stimmen, wie es im Antrage von Bar festgelegt ist.

Abg. Hammacher: Der Ausdruck unseres gesetzgeberischen Willens nützt uns nichts, wenn die Regierungen nicht einverstanden sind, wird doch nicht erreicht, was die Herren von Bar

und von Volkmar wollen. Tragisch kann ich indessen die Gelegenheit nicht nehmen, es wird auch mit der Annahme des Antrags kein Unheil angerichtet werden.

Abg. Graf Krusm (Rp.) kann nicht anerkennen, daß der geringste Anlaß zum Mißtrauen gegen die Verwaltung in dieser Richtung vorhanden ist.

§ 4c wird unverändert angenommen.

§ 4d, welcher die Unverletzlichkeit des Telegraphengeheimnisses vorbehaltlich der gesetzlich festgestellten Ausnahmen entspricht, wird ohne Debatte angenommen.

Nach § 5 soll mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden, wer vorsätzlich entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes eine Telegraphen-Anlage errichtet oder betreibt.

Abg. von Bar begründet den Antrag, statt „oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten“ zu sagen: „wobei im Falle des Unvermögens in Haft bis zu 6 Wochen verwandelt werden kann“. Bei diesem Delikt genüge das Maximum der gewöhnlichen Polizeistrafen; auch in England würde die Uebertretung nur in maximo mit 5 Pfd. Sterl. gebüßt.

Geh. Rath Dambach bittet, diesen Antrag abzulehnen, da die Kommission schon das Maximum der Geldstrafe, wie es im Entwurf vorgeschlagen war, auf die Hälfte herabgesetzt habe.

Abg. Bödiker hält die Androhung der Gefängnisstrafe für notwendig, da es vorkommen könne, daß ein Unternehmer, dem die Genehmigung einer solchen Anlage abgelehnt sei, aus bloßem Trotz die Einrichtung dennoch anlege; solche offene Auflehnung sei unzulässig.

Der Antrag von Bar wird abgelehnt, § 5 unverändert angenommen, bezuglich § 6 (Bestrafung der Zuwiderhandlung gegen Kontrollvorschriften), entgegen einem Antrage von Bar auf Streichung.

§ 7 lautet in der Vorlage: Die unbefugte hergestellten oder betriebenen Telegraphenanlagen sind auf Eruchen des Reichslanglers oder der von ihm ermächtigten Behörden durch Vermittlung der Landes- Zentralbehörde polizeilich im Zwangswege außer Betrieb zu setzen oder zu beseitigen.

Die Kommission hat, entsprechend einem Antrage v. Bar, folgende Fassung beschlossen: Die unbefugte hergestellten oder betriebenen Anlagen sind außer Betrieb zu setzen oder zu beseitigen. Den Antrag auf Einleitung des hierzu nach Maßgabe der Landesgesetzgebung erforderlichen Zwangsverfahrens stellt der Reichslangler oder die vom Reichslangler ermächtigten Behörden. Der Rechtsweg bleibt vorbehalten.

Die Kommissionsfassung wird mit der vom Abg. Hammacher beantragten Aenderung, statt „hergestellten“ zu sagen: „errichteten“, ohne Debatte angenommen.

§ 7a, von der Kommission neu eingefügt, lautet: Elektrische Anlagen sind, sobald gegenseitige Störung zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Theils, welcher diese Gefahr verursacht, so anzuordnen, daß sie sich nicht störend beeinflussen können.

Abg. Bödiker beantragt eine anderweitige Fassung, wonach die Kosten von demjenigen Theile getragen werden sollen, der durch eine spätere Anlage oder später eintretende Aenderung einer bestehenden Anlage die Gefahr veranlaßt.

Abg. Hammacher will in dem Kommissionsstext vor den Worten „so anzuordnen“ einschalten „nach Möglichkeit“.

Die Abgg. Lieber und Spahn wollen Streitigkeiten darüber, ob eine Telegraphenanlage dieser Anforderung genügt, sofern sie nicht auf privatrechtlichen Verhältnissen beruhen, durch Beschluß der physikalisch-technischen Reichsanstalt nach Anhörung der Beteiligten entscheiden lassen. Die Ausbildung dieser Anstalt zur Sprachbehörde und das Verschren vor derselben werden durch kaiserliche Verordnung geregelt.

Abg. v. Strombeck will der Verwaltung nur das Recht geben zu verlangen, daß Leitungen, welche die Leitung der Verwaltung stören, wenn die Störung nicht durch Selbstschutz verhütet werden kann, verlegt werden bzw. beseitigt werden.

Die Abgg. Auer u. Gen. wollen die betr. Streitigkeiten im gerichtlichen Verfahren entscheiden lassen; die physikalisch-technische Reichsanstalt soll zur Abgabe von Gutachten verpflichtet sein.

Abg. Bödiker beschränkt seinen Antrag.

Abg. Siemens: Es steht hier die Frage der Konkurrenz der Telegraphie und der privaten Ausharmachung der Elektrotechnik zur Entscheidung. Was die Verwaltung eigentlich auf diesem Gebiete anstrebt, haben wir in der Kommission trotz aller Mühe nicht erfahren können. Man hat uns nur gesagt, die Verwaltung vertrete die allgemeinen Interessen, denen gegenüber alle übrigen zurücktreten müssen. Die ungeschickte Anordnung einer Telegraphenlinie kann es hindern, daß eine konkurrierende Aktion unternommen werden kann. Die Entscheidung darüber darf jedenfalls nicht in die Hände einer Behörde gelegt werden, welche zugleich Partei ist und fiskalische Interessen wahrnimmt. Es handelt sich hier gar nicht um ein Fabrikanteninteresse, sondern um ein eminent nationales Interesse. Die Verwendung der Elektrizität im Dienste unserer Industrie erfolgt in täglich steigendem Maße; diese Entwicklung wird gehemmt oder aufgehoben, wenn wir nicht Schutzmaßnahmen treffen. Die Elektrizität wird höchst wahrscheinlich billiger werden als selbst das Gas, und die Revolution in dem Fabrikbetriebe wird ganz ungesahnte Ausdehnung annehmen können. Durch die Elektrizität werden die Wasserkräfte des ganzen Landes der Industrie dienstbar gemacht werden. Deshalb hatten wir zu § 1 beantragt, die Errichtung von Telegraphenanlagen aus dem Gesetz herauszulassen. Die Majorität hat es anders beschlossen. Spricht das Gesetz einmal von Errichtungen, dann muß auch diese Frage wenigstens mit allgemeinen Grundfragen errichtet werden. Die Kommissionsfassung glaubt diese Frage zu lösen, indem sie annimmt, daß der Starkstrom immer den Schwachstrom stören wird. Den Satz prior tempore, potior iure hat aber die Postverwaltung nicht anerkannt. Nehmen wir den Kommissionsantrag an, dann wird selbst die Verwaltung in der Lage sein, event. ihre gesammelten Anlagen auf Kosten des anderen Theils vollständig umbauen zu lassen. Ich muß dabei bleiben, daß die Frage diskutabel ist, ob der Selbstschutz durchweg möglich sei; die Verwaltung steht auf dem entgegengelegten Standpunkt und weist die Bezugnahme auf den Frankfurter elektrotechnischen Kongress als unflätlich zurück. Wir machen doch keine Gesetze für Personen. Werden wir nach 30 Jahren noch auf derselben Stelle stehen? Wollen Sie das Monopol, dann müssen Sie ihm auch einen Inhalt geben; nicht aber das subjektive Verbot der Verwaltung als Inhalt hinstellen; das ist nur der Schein eines Gesetzes, aber kein Gesetz. Deshalb können Sie, wenn Sie überhaupt etwas annehmen wollen, nur den Antrag von Bar annehmen: Telegraphen- und Telephonanlagen müssen, sofern eine Störung anderer elektrischer Leitungen zu befürchten ist, so eingerichtet sein, daß sie gegen die Einwirkung anderer benachbarter elektrischer Leitungen in sich selbst geschützt sind, vorausgesetzt, daß auch diese Leitungen den in letzterer Beziehung zu erhebenden Ansprüchen genügen.

Geh. Postrath Gräfinke: Eine Telegraphenanlage ist niemals eine ungeschickte Anlage. (Weiterkeit.) Die Möglichkeit der Verbilligung der Preise für die Elektrizität ist Zukunftsmusik. Es läßt sich wohl beweisen, daß der Selbstschutz unmöglich ist, aber nicht, ob er möglich ist. Die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können in dieser Be-

setzung auf Kompetenz und Autorität keinen Anspruch machen. Die Verwaltung hat bisher immer nur verlangt, daß die Starkstromleitungen die Bedingungen der allgemeinen Sicherheit erfüllen.

Abg. **Clemm-Dudwigshafen** macht davon Mitteilung, daß auf der Strecke Lauffen-Heilbronn, 13 Kilometer, eine Starkstromleitung besteht und daß an demselben Gesänge eine Fernspreitleitung angebracht ist, welche hauptsächlich in sich geschloßt erscheint.

**Geheimrath Gravinke** hält diese Ausführung nicht für beweisfähig, da es sich bloß um eine Telephonleitung handele. Die Wirkungen des Drehstroms haben sich noch auf 150 Meter Entfernung gedehnt. Dasselbe sei bei der großen Kraftübertragungs-Anlage Lauffen-Frankfurt zu Tage getreten. Jene Behauptungen gehen auf unzulängliche Beobachtungen zurück.

Abg. **Singer**: Ich befinde mich im Widerspruch mit dem Abg. **Siemens**. Ich erkläre, daß ich für das Regal einträte. Wir sind der Meinung, daß der Betrieb der Nachrichten sowohl bei der Telegraphie als der Telephonie Sache des Reiches sein muß, und daß wir gar keine Veranlassung haben, der Reichsverwaltung in Bezug auf dieses Regal irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Durch die Ausführungen des Abg. **Siemens** zog sich ein rother Faden die Befürchtung, daß durch die hier vorgesehene Anordnung der Großindustrie ein erheblicher Schaden zugefügt werden könne. Ich stimme dem vollständig zu, daß die Elektrizität möglichst verbilligt werden muß, nur muß man dann auch die nächste Konsequenz ziehen, und den Betrieb nicht in den Händen von Privaten lassen, sondern ihn in die der Gemeinden resp. des Reiches legen, damit die Elektrizität möglichst zum Selbstkostenpreise abgegeben wird, was die Privatunternehmer nie thun werden. Es muß ferner eine Bestimmung in dieses Gesetz kommen, welche, soweit die heutige Lage der Technik es ermöglicht, dafür Sorge trägt, daß durch genügend sicher eingerichtete Anlagen Schaden an Leben und Gesundheit der Menschen verhütet wird. Die Verwaltung wird gezwungen sein, mehr und mehr die Anlagen unterirdisch anzulegen, um alle Störungen zu vermeiden. Dieser Gesichtspunkt ist für mich der ausschlaggebende, und die Gestaltung des § 7a wird die Entscheidung bringen, wie wir uns in der Gesamtabstimmung zum Gesetz stellen. Mit einer fast unbegreiflichen Hartnäckigkeit hat der Staatssekretär sich gegen die gleichzeitige Erledigung dieses Gesetzes und desjenigen über die elektrischen Anlagen gestäubt; er hat seinen Willen durchgesetzt und wir stehen vor einem Gesetz, wo eine solche Schutzvorschrift nicht vorgesehen ist. Hier muß eine Ergänzung erfolgen. Herr von **Stephan** hat als Ehren-Präsident der Frankfurter Ausstellung fungiert und spricht jetzt dem Kongress alle Bedeutung ab, weil die Beschlüsse desselben mit seiner Auffassung nicht übereinstimmen. Der Berliner elektrotechnische Verein imponiert mir aber auch nicht, da in demselben sich so viele Beamte der Reichspost- und Telegraphenverwaltung befinden, daß die Unabhängigkeit der Beschlüsse nicht garantiert ist. Die Großindustrie hat keine Ursache, sich über mangelndes Entgegenkommen der Staatsverwaltung zu beklagen. Was die Städte in den Petitionen verlangen, kann in dem Umfang durch das Gesetz nicht erfüllt werden. Doch darf dies energische Eintreten des Staatssekretärs für seine Telegraphenanlagen nicht so weit gehen, daß er den Gemeinden ein Hinderniß in den Weg legt bei der Einrichtung von elektrischen Straßenbahnen oder ihnen verwehrt, dort Kabel anzulegen, wo noch gar keine Telegraphenleitungen vorhanden sind. Es muß vermieden werden, daß solche Streitigkeiten zwischen Telegraphenverwaltung und Stadtgemeinden, wie sie z. B. in Breslau und Halle vorgekommen sind, künftig wieder vorkommen. Die Kommission schlägt nun etwas vor, was keinen Inhalt hat, aber hübsch aussieht. Der Reichstag sollte aber nicht so rein dekorativ arbeiten. Wenn wir an die letzten Unfälle denken, welche in Berlin durch die Starkströme verursacht sind, müssen wir etwas Solideres vorsehen. Es handelt sich viel weniger um die Frage, wer die Kosten trägt, sondern die Anlagen müssen so hergestellt werden, daß sie Leben und Gesundheit der Menschen schützen. Das ist ein notwendiges Korrelat für das Regal. Diese Pflicht muß die Postverwaltung sich auferlegen lassen. Selbstverständlich wird die Kosten der Anlagen tragen müssen, der durch ungeschickte Anlage der Veranlasser solcher Unfälle werden kann. Der Reichstag thut ein gutes Werk, wenn er den Staatssekretär zwingt, eine solche Schutzvorschrift in das Gesetz aufzunehmen. Wir empfehlen danach die Annahme des Antrags v. **Bar**, der nach dem jetzigen Stande der Technik das Richtige bietet.

Staatssekretär **v. Stephan**: Ich habe vieles und fast alles, was der Abg. **Siemens** gesagt hat, zu widerlegen. Ich erkläre für heute nur, daß es unrichtig ist, daß die Verwaltung keine bestimmten Angaben über ihre Absichten gemacht habe; sie hat erklärt, daß sie nichts weiter haben will, als den bestehenden Zustand.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Verathung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

### Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 25. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: **Miquel** und **Kommissarien**. Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Etats der Bauverwaltung.

Bei den Einnahmen aus Beiträgen zur Unterhaltung der Land- und Wasserstraßen weist

Abg. **Schmiebung** (nat.) darauf hin, daß es angesichts des Rückgangs der Erwerbsverhältnisse notwendig sei, daß die Staatsbauten, für welche Gelder bewilligt sind, ausgeführt werden, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Für den Dortmund-Ems-Kanal sind die Mittel seit Jahren bewilligt. Während andere Bauten an Wasserstraßen, die gleichzeitig damit bewilligt sind, längst fertig sind, harrt der Dortmund-Ems-Kanal immer noch des ersten Spatenstichs. Es wäre dringend notwendig, daß die Arbeiter, welche jetzt in der Industrie kein Unterkommen mehr finden, bei dem Kanalbau Beschäftigung finden.

Ministerialdirektor **Schulz**: Einige Erdarbeiten sind bereits begonnen und sollen auch eilig gefördert werden. Eine Verzögerung ist dadurch herbeigeführt worden, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob der Kanal nicht in größeren Dimensionen ausgeführt werden sollte. Darüber wird dem Landtage noch eine besondere Denkschrift in kürzester Zeit zugehen.

Beim Gehalt des Ministers bittet Abg. **Herold** (Zentr.), neben dem Dortmund-Ems-Kanal sofort eine Chaussee anzulegen, da die Landwirtschaft an dem Kanal kein großes Interesse habe; außerdem bittet er, im Landeskultur-Interesse auf die Wasserverhältnisse gebührende Rücksicht zu nehmen.

Ministerialdirektor **Schulz**: Bezüglich der Chaussee kann ich mich nur auf meine vorjährigen Ausführungen berufen; das Landeskultur-Interesse wird in jeder Weise gewahrt werden.

Auf eine Anregung des Abg. **Kranke** (nat.) erklärt Ministerialdirektor **Schulz**, daß über die Regulierung des oberen Pregel und des masurischen Kanals bereits technische Ermittlungen angestellt seien.

Auf eine Anfrage des Abg. **Sombart** erklärt Ministerialdirektor **Schulz**, daß über die Anlegung eines Kanals zwischen Trebel und Redwitz im Regierungsbezirk Straßburg ein Einverständnis noch nicht erzielt worden sei; die Kosten für den Kanal würden je zur Hälfte von Preußen und Mecklenburg getragen werden; sie stellen sich für Preußen auf 1 227 000 M.

Abg. **Wärmeling** (Zentr.) empfiehlt die Ausführung des Dortmund-Ems-Kanals in größeren Dimensionen und die Verlegung desselben näher an Münster heran.

Abg. **Stöbel** (Zentr.) wünscht die Anlage eines neuen Hafens in Oberwesel.

**Geheimer Ober-Baurath Lang** erklärt, daß das Projekt ausgearbeitet und bereits zur Begutachtung dem Oberpräsidenten vorgelegt sei.

Abg. **Schulz-Vochum** bezeichnet den Ausbau der Wasserstraßen als dringend notwendig; die Kanalisierung der Mosel, die Schaffung des Rhein-Raas-Kanals, die Verbindung des Dortmund-Ems-Kanals mit der Weser und der Elbe, die Verbindung der Unterelbe mit der Ostsee sind Pläne, deren Ausführung ein weit ausschauender Staatsmann ins Auge fassen muß. Die Ausführung selbst wird natürlich von der Finanzlage abhängen. Redner empfiehlt bezüglich der Dortmund-Ems-Kanals den Ausbau desselben in größeren Abmessungen und die schnellere Förderung der Arbeit; besonders müßten auch die festen Brücken höher gelegt werden.

Abg. **von Schaffha** (Z.): Im Reichstage ist seitens des Staatssekretärs von **Böttcher** erklärt worden, daß der Nord-Ostsee-Kanal nicht vor dem Odenfall fertig werden solle. Aber über den Stand des Kanals wird einmal im Etat eine Auskunft gegeben; nur der Rhodniskanal, der eigentlich eine Sackgasse ist, soll ausgebaut werden. Der Ausbau des Ostsee-Kanals sei notwendig, um der ober-schlesischen Kohlenindustrie ihr Abfließgebiet an der Ostsee zu erhalten.

Ober-Baudirektor **Wiebe**: Ich wundere mich, daß ein in Schlessen heimischer Herr nichts davon weiß, daß die Arbeiten an der oberen Oder in vollem Gange sind, daß nur der Frost die Arbeiten jetzt gehindert hat. Die Arbeiten werden 1895 wohl beendet sein. Das im Etat keine Auskunft gegeben ist, liegt daran, daß die Mittel aus der Antleihe entnommen werden.

Abg. **Wallbrecht** (nat.) tritt für den Ausbau der Verbindung des Kanals von Dortmund nach den Emshäfen bis zur Weser und Elbe ein, für welche Wasserstraße eine Vereinigung schon die nöthigen Vorarbeiten gemacht und der Regierung zur Verfügung gestellt habe.

Abg. **Szusa** empfiehlt die schnelle Herstellung des Ostsee-Kanals, weil jetzt gerade im Bergbau viele Arbeiter entbehrlich seien; er regt ferner die Weiterführung des Kanals von Kofel bis Nalibor an.

Ober-Baudirektor **Wiebe**: Wenn auf österreichischem Gebiete der Donau-Oberkanal zur Ausführung kommt, dann wird die preussische Regierung daran denken müssen, die Oder bis zur Grenze zu kanalisieren.

Abg. **Schüller** (H.) dankt der Regierung für die Förderung der Arbeiten an der Kanalisierung der Oder.

Abg. **von Vottamer-Plauth** bittet die Regierung um Auskunft darüber, wie die Anwohner der Regal gesichert werden können gegen die ihnen drohende Gefahr des Hochwassers und des Einganges, so lange bis die Regulierung der Weichsel fertig gestellt sei. Zur Beseitigung der Nothlage der östlichen Provinzen empfehle sich die Herstellung einer Wasserstraße zwischen der Weichsel und dem oberländischen Kanal.

**Geheimer Ober-Baurath Lange** weist darauf hin, daß der Regaldurchschnitt ganz dem Programm entsprechend durchgeführt werde.

Abg. **Potichius** empfiehlt einen schnelleren Ausbau der Chaussee am Rhein und die energischere Fortführung des Vorleyhafens.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bauverwaltung“ dankt

Abg. **Rabhy** (Z.) der Regierung für die Fürsorge, welche sie den Baubeamten zugeordnet hat, bittet aber die Rangverhältnisse dieser Beamten zu verbessern, denn es passe nicht zur Stellung dieser Beamten, daß die Baumeister den Referendaren, und die Bauärzte den Titularärzten der Subalternbeamten gleichgestellt seien.

Ministerialdirektor **Schulz**: Die Rangfrage ist seitens des Ministers schon in Erwägung gezogen worden; die Bauräthe sollen den Rang der Räte 4. Klasse erhalten.

Abg. **v. Christen** (H.) weist darauf hin, daß häufig vom Landtraher Eisenwegen vorgenommen werden, weil er denkt, sie für sein Gebiet verantworten zu können, ohne daß er Rücksicht darauf nimmt, daß vielleicht für andere Landestheile eine Gefahr daraus entsteht. Wer beide den durch solche Maßregeln angerichteten Schaden?

**Geheimrath v. Jedlig**: Durch neuere Verfügungen ist dafür gesorgt worden, daß Eisenwegen nicht mehr isolirt vorgenommen werden, sondern nur unter Zustimmung der technischen Provinzialbeamten nach einem einheitlichen Plan.

Die Gehälter der Bauräthe und Bau-Inspektoren werden bewilligt.

Reueingestellt sind in den Etat 117 450 M. für 5 Landmesser, 21 technische Sekretäre und 40 Bauschreiber.

Ministerialdirektor **Schulz** begründet diese Aenderung damit, daß die Bau-Inspektoren bisher mit Arbeiten belastet waren, die ebenso gut von Subalternbeamten hätten ausgeführt werden können. Es sei zu hoffen, daß durch die Aenderung dieser Verhältnisse die Baubeamten mehr ihren eigentlichen Berufsgeschäften sich zuwenden können.

Die Abgg. **Rabhy** und **Wallbrecht** erklären ihr Einverständnis mit dieser Aenderung.

Die Neubestellungen werden bewilligt.

In Rahmregeln betreffend die Abwendung und die Bekämpfung der Hochwasser- und Eicegefahr sind 55 000 M. eingesetzt.

Abg. **von Neumann** (kons.) weist auf die unglückliche Lage der Anwohner der unteren Oder zwischen Schwedt und Cüstrin hin. Das Nieder-Oberbruch sei im Jahre 1891 zweimal überschwemmt gewesen, die Ernte sei vernichtet worden. Die beabsichtigte Einrichtung eines Schöpfwerkes im Saathener Wehr sei nicht ausgeführt. Jetzt stehen wieder die Ortschaften unterhalb Cüstrin unter Wasser, Häuser und Wirtschaftsgelände sind eingestürzt oder beschädigt. Die Ursache dieser Mißstände liegt darin, daß die Strombauverwaltung nur auf die Interessen der Schiffahrt Rücksicht nimmt, aber niemals auf die Interessen der Landwirtschaft. (Hört rechts.) Es soll jetzt eine Zentralstelle eingesetzt werden für Wasserbauten, um die Schädigung der Landwirtschaft zu hindern. Möchte diese Kommission recht bald eingesetzt werden.

Uebrigens hat man die Regulierung der Flüsse von oben angefangen: Oder, Warthe und Neys sind von oben her regulirt und das Wasser geht schnell abwärts, das Gefälle von Cüstrin ab ist sehr gering und das Wasser breitet sich aus. Durch die Arbeiten der Strombauverwaltung ist der Wasserspiegel um 2 1/2-3 Fuß erhöht worden; das Ueberfließen des Wassers, das Eintreten des Druckwassers hinter die Deiche muß schneller als früher erfolgen. Die Lohsen für die Anwohner der Oder sind so groß, daß sie dieselben nicht mehr ausräumen können. Der Strom und die Dampfschiffahrt sorgen dafür, daß die unbesetzten Ufer abgerissen werden, wodurch unterhalb große Veränderungen entstehen. Es sollten endlich die Arbeiten, welche längst für die Unter-Oder bewilligt sind, in Angriff genommen werden; freilich muß die Verwaltung nicht so hohe Löhne zahlen, daß die Arbeiter den Landwirthen weglassen. Es handelt sich um das Oberbruch, um die Schädigung des Großen Friedrich. Was der große König geschaffen hat, darf nicht zu Grunde gehen.

Ministerialdirektor **Schulz**: Eine Petition über diese Frage ist der Budgetkommission überwiesen worden; ich möchte rathen, mit der weiteren Erörterung zu warten bis diese Petition beraten ist. Ich kann aber erklären, daß der Minister, trotzdem er sich nicht als den zurecht beizuliegenden Minister betrachtet, gern der Sache seine Aufmerksamkeit zuwenden wird.

Abg. **v. Tobeneck** schließt sich den Ausführungen des Herrn v. **Neumann** vollständig an und bittet um möglichst schnelle Abhilfe.

Abg. **v. Sudenbrock**: Es handelt sich hier um Klagen, die überall an der Oder berechtigt sind, auch an der mittleren Oder. Die Verhältnisse der unteren Oder sind so unerträglich, daß die mittlere Oder sich förmlich staut. Im Kreise **Wlogau** stieg die Oder einmal in 48 Stunden um 5 Fuß und es dauerte 14 Tage, ehe sie sich allmählig wieder gesenkt hatte. Welcher Schaden wird durch diese mangel-

hafte Abführung des Stromwassers der Oder angerichtet? Redner weist darauf hin, daß durch einen Erlaß des Ministeriums die Requisition von Militär erschwert sei; der Landrath müsse sich zuerst an den Oberpräsidenten, dieser sich an den kommandierenden General wenden. Die Gefahr der Eisverstopfung ist aber eine so dringende, daß man solche Umwege ersparen sollte.

Abg. **von Niffelmann** weist darauf hin, daß sich erst kürzlich in der unteren Oder eine Eisverstopfung gezeigt habe, lediglich veranlaßt durch die scheußliche Schwebler Brücke, mit ihren allzu engen Durchlässen, die man aus dem Fonds von 55 000 Mark gänzlich beseitigen sollte.

Abg. **von Sodeberg**: Auch aus dem Warthenthal kann ich dieselben Klagen wiederholen, wie sie aus dem Oberthal vorgebracht werden; wir können nur wünschen, daß mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Schöpfwerke u. s. w. einzurichten.

Die Forderung wird bewilligt. In Beobachtungen und Unterstützungen der Hochwasser-Verhältnisse sind 42 000 Mark angelegt.

Abg. **Kuebel** wünscht Aufklärung über die Arbeiten, weil die Gefahr nahe zu liegen scheint, daß man den Einfluß des Waldes auf das Hochwasser unterschätze. Die Bewaldung des Quellgebietes verlangsame offenbar das Herabfließen des Wassers. **Geheimer Rath von Jedlig** erklärt, daß die Arbeiten erst 2 Jahre im Gange seien, daß es daher noch keinen Zweck habe, Veröffentlichungen darüber vorzunehmen.

Die laufenden Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt. Die einmaligen Ausgaben rufen nur wenig Debatte hervor.

Abg. **von Hammerstein** tritt für den Ausbau des Fischerhafens an der Lebamündung ein.

Bei den Ausgaben für den Hafen in Sahnitz empfiehlt Abg. **von Benda** den Ausbau einer direkten Eisenbahn von Straßburg nach Wägen.

Abg. **Vermeis** hofft von einer direkten Eisenbahnverbindung bis Sahnitz eine bessere Verwerthung der Fischereiprodukte, die jetzt oft nur als Düng verwerthet werden können.

Bei den Ausgaben für den Neubau einer Kettenbrücke über die Weser bei Hameln und Verstärkung der vorhandenen alten Brücke empfiehlt

Abg. **Wallbrecht** die Bewilligung nur unter der Voraussetzung, daß eine feste, keine Kettenbrücke errichtet wird. In Hannover habe sich eine Versammlung von hochangesehenen Technikern gegen die Kettenbrücke ausgesprochen, weil in Frankreich von zwölf Kettenbrücken acht eingestürzt seien; in Oesterreich bause man überhaupt keine Kettenbrücken mehr.

**Geheimrath Schellen**: Es giebt Mittel, die Kettenbrücken zu sichern. In Frankreich ist nach einem ganz alten System gebaut worden. Der Bau einer anderen Brücke würde doppelt so viel kosten, als jetzt die Kettenbrücke.

Abg. **Wallbrecht**: Die Verstärkung der alten Brücke wird allein so viel kosten, wie der Neubau.

Gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen wird die Forderung bewilligt.

Zum Neubau der Geschäftsgebäude für beide Häuser des Landtages werden 800 000 M. als erste Raurate gefordert; die Budgetkommission befragt über die Annahme des Titels und schlägt vor, daß für die Ausführung des Baues eine Kommission eingesetzt werden soll, welcher auch Mitglieder des Hauses und unter allen Umständen der Bureaudirector angehören sollen.

Abg. **Weber-Genthin** hält es für wünschenswert, daß ehe mit den Bauten begonnen wird, der Plan noch einmal der Akademie für Bauwesen vorgelegt wird.

Ministerialdirektor **Schulz** sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Der Titel wird darauf mit dem Antrage der Budgetkommission genehmigt.

Geirichen wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission die Forderung von 70 000 M. für den Neubau eines Dienstgebäudes für die Weichsel-Strombau-Verwaltungen in Danzig.

Im Uebrigen werden die einmaligen Ausgaben ohne Debatte genehmigt.

Der Bericht über die Bauausführung an Wasserstraßen wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe und Etat der Ausdehnungskommission).

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 25. Februar.

Nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung erfolgt die Einführung des neu-gewählten Stadtv. **Hellriegel**, der schon früher Mitglied der Versammlung war.

Stadtrath a. D. **Röfel** hat die Wahl zum Stadtrath angenommen.

Der Antrag **Mielenz** betreffend die Beseitigung des durch die Abwässer der Gemeinde Weipensee in der Greifswalderstraße herbeigeführten unhaltbaren Zustandes wird nach kurzer Erörterung nochmals an den für die Angelegenheit niedergesetzten Ausschuss verwiesen.

Die Vorlage betreffend die Freilegung der Straße 11 und die provisorische Regulierung eines Theils des Platzes E an der Gneisenau- und Vergmannstraße hat der Ausschuss mit der Befugnis angenommen, daß der Magistrat den Vertrag mit der Handelsgesellschaft **S. Frenkel** nicht abschließt, bevor das Polizeipräsidium die Enteignung der vom Grundstück **Hafenbeide 56/57** zur Straße 11 erforderlichen Flächen ausgesprochen hat.

Da inzwischen der Bankier **S. Frenkel** sich mit der vorstehenden Beschränkung einverstanden erklärt hat, erübrigt die besondere Beschlußfassung darüber. Der Referent Stadtv. **Schmann** kommt bei der Berichterstattung auf die Ausstellungen zurück, welche der Stadtv. **Sabor** bezüglich der Verdünerung von Wasserleitungen zum Abbruch gemacht hat. Der Vorschlag **Sabor's**, durch Abgabe verlegter Offerten zu verhindern, daß die „Kadusche“ sich auf Grund vorheriger Verabredungen in den bühigen Besitz der Objekte bringt, um sie nachher unter sich weiter zu verteilen, werde diesen Zweck nicht erreichen. Viel eher könne Herr **Sabor** auf die Abstellung des Mißbrauchs einwirken, wenn er die betreffenden Personen, die sich mit solchen Abmachungen einer strafbaren Handlung schuldig machen, falls er sie kennt, dem Staatsanwalt anzeige. Es existiren nur 32 Personlichkeiten nach dem Adressbuch, welche sich mit dieser Art von Geschäften befassen, darunter befindet sich auch der Name **Sabor**. Stadtrath **Neubrink** befragt, daß auch das Einreichen verlegter Offerten, welchen **Modus** er in seinem Verzechnal seit Jahren befolge, nicht viel werth sei.

Stadtv. **Sabor**: Sowohl der Referent als der Magistratsvertreter haben zugegeben, daß die von mir gerügten Uebelstände existiren; dann haben Sie auch die Pflicht, auf die Beseitigung dieser Mißstände zu dringen. Paßt Ihnen mein Vorschlag nicht, so machen Sie doch einen, der in Ihnen gemehrter Weise den Mißstand beseitigt. Der im Adressbuch genannte **Sabor** bin ich selbst. Ich habe ein Interesse, diese mir bekannten Dinge hier vorzubringen, denn ich fasse meine Pflicht als Stadtverordneter so auf, daß ich Mißstände, die mir bekannt sind, aufzudecken und Ihnen zu unterbreiten habe; Sie aber haben wenn Sie die Mißstände als solche anerkennen, Ihrerseits die Pflicht, mit aller Kraft auf die Beseitigung hinzuwirken. Die von mir in erster Verathung vorgebrachten Zahlen hat der Referent nicht bestritten. In dem Falle des Verlaufs der Grundstücke am Wägen-damm, wo die Dignation 3700, die Weiterverflegerung aber-

17 000 M. ergab, sind nicht versiegelte Offerten abgegeben worden, sondern die Angebote, wie auch der Zuschlag sind mündlich erfolgt. Ich gebe zu, daß bei schriftlichen Offerten diese Mißbräuche auch nicht ohne Weiteres beseitigt werden können (Naha), aber es muß ein Mittel gefunden werden, und der Ausschuss war die berufene Instanz. Sie haben mich aber, indem Sie einen extremen Parteihandpunkt einnahmen, weil ich Sozialdemokrat bin, nicht in den Ausschuss gewählt, während es Ihre Pflicht war, mich hineinzuwählen, um diese Dinge vorzubringen. In den Ausschuss hätte ich so nur als Zuhörer hineingehen können (Widerspruch); Vorsteher Strödel befehlet den Redner, daß er dort auch sprechen, nur nicht stimmen dürfe. Ich führe noch einen besonders bösen Fall an. Als die Tammenmahlen verkauft wurden, kamen die Herren von der Vereinigung zusammen, vermishten einen der Ibrigen, der sonst immer dabei war, und fürchteten, er könnte abgesprungen sein. Sie schickten nun jemand zur Bau-Inspektion mit der Anfrage, ob etwa die Herren Gebr. K. eine Offerte abgegeben hätten. Auf die bejahende Auskunft nahmen sie sich einen Mann vor, gaben ihm 5 Mark, er mußte hinaus gehen, sich bei der Bauinspektion als der Betreffende vorstellen und sich die Offerte zurückgeben lassen! Mit solchen Mitteln wird von der Gesellschaft gearbeitet! (Unruhe.) Ein Mann, der lange Jahre städtischer Beamter und Stauderbeamter war, hat mich zu diesen Mittheilungen autorisirt. Bei dem Tammenmahlen hat ein Fuhrherr statt Schutz ganze Mauersteine abgefahren; ich habe einen Brief von dem Bouleuter an meinen Gewährsmann gelesen, in dem er der Aufklärung wegen mit ihm in Verbindung zu treten wünscht. Für die Beseitigung so schreiender Uebelstände müssen Sie eintreten!

Nach einer Erwiderung des Referenten wird der Ausschussantrag angenommen.

Auf dringlichen Antrag Sach II beschließt die Versammlung, den Entwurf einer Petition an beide Häuser des Landtags wegen des Polizeikosten-Befehles durch einen sofort gewählten Ausschuss von 5 Mitgliedern feststellen zu lassen, der in einer Extrahierung der Versammlung berathen werden soll.

Zur ersten Berathung des Stadthaushalts 1892/93 bemerkt

Kämmerer Maas, daß nach dem Entwurf eine Minderung in der Höhe des Prozentsatzes der Staatssteuer, der als Gemeinde-Einkommensteuer einzuziehen sei, unzweifelhaft erfolgen muß. Mit 16 Millionen komme man diesmal aus, das seien nur 60 pSt. der alten Steuersumme von 20 Millionen. Das Ergebnis der neuen Steueranleihe sei vor dem 20. März nicht zu erwarten, bis dahin werde man also eine genaue Feststellung des Prozentsatzes nicht vornehmen können. Bekannt sei nur das Ergebnis der Einschätzung der Einkommen bis zu 3000 M., da sei ein erheblicher Ausfall zu verzeichnen, der aber durch die Mehrerträge aus den höheren Stufen wohl wieder aufzuwiegen werden möchte. Selber werde der jetzige günstige Zustand der städtischen Finanzen, wesentlich eine Folge der lex Huene, nicht lange anhalten, denn abgesehen von der Einverleibung der Vororte sei an das Polizeikosten-Gesetz zu denken, das der Stadt eine sehr drückende Kopfsteuer von 250 M. auferlege, in Summa 2 900 000 M., 11 1/2 pSt. der Einkommensteuer, und auch davon, daß die Lüge der Einnahmen aus der lex Huene gezählt seien, während man nicht Genaues wisse über das Äquivalent, das der Stadt dafür geboten werde. (Beifall.)

Stadt. Meyer I sieht in dem Etat den besten Gegenbeweis gegen die Verleumdungen der Stadtverwaltung, welche in der vorigen Woche an Gerichtsstelle erörtert worden seien. So wohl in Bezug auf die Grundstücke als bezüglich der Schuldeputation sei die Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen vollständig erwiesen worden. Die Stadt werde immer theurer laufen als der Privatmann, das sei absolut nicht zu vermeiden, da die Sachen eben nicht geheim gehalten werden könnten. Gründe sich ein Modus, der des Schutzes der Oessentlichkeit entbehre, so würde sich für die Verleumder ein noch viel größerer Feld bieten. Auch auf dem Gebiete der Schulverwaltung könne sich die Bürgerschaft getrost; größere Unparteilichkeit und lebendigste Fürsorge für die Entwidlung des Unterrichtswesens sei gewährleistet, letztere besonders durch die Förderung des Systems der Bürgerschulen, denen in steigendem Maße Schüler der höheren Lehranstalten zugeführt würden. Redner verlangt weitere Ausdehnung der höheren Mädchenschulen. Die Forderung von einer halben Million für den Bau eines Kinder-Krankenhaus sei mit Freuden zu begrüßen. Von den aus Steuern auskommenden 35 Millionen kämen mehr als zwei Drittel in städtischen Aufwendungen den ärmeren Klassen der Bevölkerung zu gute. Die gütliche Finanzlage könne aber nicht dazu veranlassen, an weitere Ermäßigung der Miethsteuer oder Verbilligung des Gases zu gehen. Mieth- und Haussteuer betragen 17-18 Millionen, die Hälfte des gesammten Steuerauskommens. Die Schwärmer für die Aufhebung vergäßen ganz, daß wir in einer Zeit des Ueberganges leben, die zu Finanzexperimenten keinen Anlaß biete.

Stadt. Spinola lobt ebenfalls die Uebersichtlichkeit des Etats, der ein bereicherter Beweis für das Blühen der städtischen Verwaltung sei. Die Anleihe, soweit sie auf die Kämmererei entfalle, betrage nur 65 Millionen, sei also keineswegs hoch. Hoffentlich werde es nicht mehr nöthig sein 100 pSt. Einkommensteuer zu nehmen, auch nicht 80, sondern nur 60-70, vielleicht noch weniger. Der Etat von 1890/91 habe 5 1/2 Millionen Ueberschuss ergeben, der von 1891/92 werde nicht viel geringer sein. In jedem Jahre, wo 100 pSt. erhoben wurden, habe man einige Millionen Ueberschuss gemacht, nun komme die Selbstdeklaration hinzu; man müsse also mit einem ganz erheblich reduzierten Prozentsatz auskommen können. Die Miethsteuer möge man aber vorläufig in Ruhe lassen. Nachdem soviel für die ärmeren Bevölkerung gethan sei, sollte man, wenn auch nur für ein Jahr den Mittelklassen, den kleinen Beamten u. dgl., die noch schlimmer daran seien als die ärmeren (Widerspruch), Erleichterungen gewähren.

Stadt. Bogtzer: Ich will dem Kollegen Meyer I auf das von ihm berührte Gebiet nicht folgen; mit der privaten und öffentlichen Verleumdung haben wir nichts zu schaffen. Um das stolze Ziel der Anerkennung und Billigung für unser Thun durch die Bürgerschaft zu erreichen, haben wir auf anderen Gebieten Gelegenheit genug. Herr Meyer I als Vertreter der Mehrheit hat uns nun angeichts des neuen Etats nicht in Zweifel gelassen, daß er so wie früher die 100 pSt. beibehalten will (Widerspruch), daß er vor Allem aber an der Miethsteuer nicht rütteln, sondern nur die bisherigen Erleichterungen beibehalten will. Ich kann mir das Rechenexempel auf diese Stellungnahme schwer vorstellen. Herr Meyer und der Kämmerer unterschätzen beide das Ergebnis der neuen Veranlagung. Im November erklärte sich noch der Kämmerer sehr zufrieden, wenn das Recht 15 pSt. betragen würde; nach dem Etat rechnet er schon mit 20 pSt. und er wird wohl auch noch weiter mit sich reden lassen. Nach den Erfahrungen und dem Beispiel anderer Städte können wir wohl glauben, daß die Steuererträge ganz immens wachsen werden. Es wird interessant sein, ziffermäßig festzustellen, um wie viel sich Jahrzehnte lang der Staat und die Kommune hat pressen lassen oder selbst geprellt hat. (Unruhe.) Das ist der Hergang der Sache, denn eine Gemeinde oder ein Staat, die die Mittel zur Erprobung der Steuerkraft in der Hand haben und nicht anwenden, dulden eben die Hinterziehung. Bezüglich der Miethsteuer läßt sich die Mehrheit wohl zu einer progressiven Ermäßigung herbei; wir aber wollen die Abschaffung. Soweit die Ergebnisse der Neu-Einschätzung es gestatten, soll man an diese Abschaffung der Miethsteuer nicht an die Ermäßigung der 100 pSt. denken. — Den Ausführungen des Kollegen Spinola kann ich nicht zustimmen. Daß die mittleren Klassen sich wesentlich weniger wohl befinden, als die sogenannten ärmeren, trifft nicht zu; träge es zu, dann sind es nicht mehr mittlere Klassen, sondern geborene auch schon zu den nichtleidenden ärmeren Klassen. Das ist aber nicht der springende Punkt. Wir haben abzuwägen, wie die Gemeinde-

steuer und wie die Miethsteuer wirkt. Daß die letztere viel ungerechter ist, haben Sie schon selbst durch Aussprüche aus Ihrer Mitte zugegeben. Den Schwerpunkt der Beratungen werden auch wir in den Ausschuss legen; nur auf einige Punkte mache ich kurz aufmerksam. Was das Urtheil über unsere Schulverwaltung anbetrifft, so ist es — von den Verleumdungen spreche ich hier nicht — insoweit beachtungswürdig, als es die Nothwendigkeit von in unserem Sinne nothwendigen Erleichterungen und Verbesserungen empfiehlt. Da denken Sie an unseren Pringipal Antrag wegen der Gemeindeführung unentgeltlicher Lehrmittel. Außerdem halte ich eine Herabminderung der Frequenz der einzelnen Klassen für dringend erforderlich. Im Anschluß an das Volksschulgesetz hat in der Presse verlautet, daß der Magistrat neue Schulbauten nicht in Angriff nehmen wolle. Soweit ich Frühlung habe, hat diese Nachricht eine große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen, nachdem wenige Wochen vorher Stadtschulrath Vertram versichert hatte, daß so und soviel neue Schulen geplant seien (Zwischenerufe). Im Etat ist von der Fortsetzung begonnener und nur von zwei neuen Bauten die Rede. Trifft meine Vermuthung nicht zu, so werden ja die interessirten Kreise sich beruhigen können. Wir haben ferner die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter (Schwarz) ins Auge zu fassen. Eine besondere Erhöhung der Löhne wird nirgends vorgeschlagen. Den jetzigen Verhältnissen entsprechend sollte die Stadt keinen Arbeiter unter einem Tausend von drei Mark beschäftigen. (Auf: 10 Mark!) Auf diesen Zwischenruf gehe ich nicht ein, er bedeutet einfach einen Hohn auf die Noth! Diese Forderung ist nicht unbillig, ich hoffe, daß sie wenigstens nach und nach zum Durchbruch kommt. Die Aufwendungen hinsichtlich des Nothlandes, die ja nur vorübergehende sein sollen, können im Laufe der Jahre eine ganz von selbst sich ergebende Ergänzung dadurch erfahren, daß man erwachsene Arbeiter den jugendlichen vorzieht und ihnen einen Lohn giebt, der den heutigen Verhältnissen entspricht. Eine direkt zugegebene Nothlage dürfte sich die Stadt Berlin nimmermehr zu Ruge machen. — Im übrigen werden Sie uns bezeugen müssen, daß wir bei der Entaberrung stets redlich und fleißig mitgearbeitet haben. Von diesem Standpunkt ausgehend, werden wir an den Verhandlungen auch jetzt theilnehmen, aber an den hervorgehobenen Forderungen müssen wir festhalten. Wir werden diese Faltung weiter bewahren, so schwierig unsere Stellung auch ist und so schwierig sie namentlich zur Zeit ist, ohne natürlich unserm prinzipiellen Standpunkt etwas zu vergeben; wir werden sie um so mehr bewahren, als ein großer Theil unserer Forderungen sich im Laufe der Zeit durch die Verhältnisse selbst als berechtigt erwiesen hat.

Stadt. Vaillou (Bürgerpartei) tritt für Abschaffung der Miethsteuer ein, für die sich jetzt der geeignete Moment darbiete, da die Bürgerschaft an die 100 pSt. Einkommensteuer sich gewöhnt habe.

Zum Wort ist noch gemeldet Stadt. Jadel. Ein Schlussantrag wird jedoch angenommen und der Etat einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 6 1/2 Uhr.

## Tokales.

Kolossal aufgebauete Gerichte über Zusammenstöße der Polizei mit Arbeitern durchschwärmten gestern die Stadt. Denunziatorische Reporter liefen mit erlogenen Berichten von Redaktion zu Redaktion — die bürgerliche politische Presse ließ sich vorläufig jedoch nicht täpiren, sondern nahm die Sache so, wie sie in der That war. Nur das in das Gewand einer Zeitung gekleidete Inseratenunternehmen des Herrn Rosse, des Ehrenbürgers von Gräß, der sich wahrscheinlich seiner Bennemann'schen Großthaten aus vergangenen Jahren erinnert, versucht in läpelt-hafter Weise die Arbeiter Berlins zu denunziren.

Wenn es gestern tatsächlich zu irgendwelchen Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen ist, so geht aus allen beachtenswerthen Berichten und Mittheilungen hervor, daß der Janhagel Berlins, der bei keiner Gelegenheit fehlt, an der Arbeit war. Die Leute mit den seidnen Lächern und den Ballonmützen, die bei Paraden und Wacheaufzügen das patriotische Volk abgeben und Hurrah rufen, der Boden-satz der Großstadt, der stets Bundesgenosse und waderer Kumpan der Gutgeantten ist, hat vielleicht einige Ausschreitungen begangen, und Herr Rosse und seine Helfershelfer hätten sich ihre Denunziationen ruhig sparen können: wer nicht gerade aus Gräß ist, weiß, wer in Berlin Madam macht.

Es hat also gestern eine Versammlung von arbeitslosen Bauhandwerkern im Saale der Brauerei Friedrichshain getagt. In derselben wurde nach dem Berichte der an den Magistrat abgeschickten Deputation und einem Vortrage von Repler eine sehr gemäßigte Resolution, die wir an anderer Stelle zum Ausdruck bringen, gefaßt — eine Resolution, die auf alles Andere eher schließen läßt, als daß die Teilnehmer der Versammlung vielleicht von der Idee des „Alles muß verrungenirt Werden“ erfüllt gewesen wären. Die Versammlung tagte übrigens ruhig weiter und wurde ohne besondere Aufregung zu Ende geführt.

Die übereinstimmend berichtet wird, sollen während der überfüllten Versammlung sich draußen am Friedrichshain eine Anzahl von Leuten angesammelt haben, die aber mit den Bestrebungen der Arbeitslosen höchst wahrscheinlich nicht das Geringste zu thun hatten. Bei dem schönen Wetter finden sich in Berlin überall freiwillige und unfreiwillige Müßiggänger aller Art zusammen, und es ist sehr leicht möglich, daß diese Leute von gewissen Elementen, die bei solchen Gelegenheiten ja niemals fehlen, zu dem Spaziergang unter die Linden veranlaßt wurden. Dort zog übrigens gerade die Wachtparade auf, und wer diesem Schauspiel in Berlin nur einmal beigewohnt hat, der weiß, welche Rolle Korah die Militärmusik gewöhnlich begleitet. Wir glauben schon, daß diese zu Ausschreitungen aller Art stets aufgelegte Gesellschaft, die bei dem einladenden Frühlingswetter jedenfalls ausnahmsweise zahlreich vertreten war, mit Vergnügen eine Kauferei inszenirte, woraus dann das zeilenhungerige Reporterthum einen „Aufruhr“ machte. Unseren Genossen wie allen ehrlichen Arbeitern wollen wir aber die Mahnung dringend ans Herz legen, daß sie sich in dieser bewegten Zeit von allen irgendwie verdächtigen Elementen auf das Sorgfältigste fern halten mögen. Wenn das Lumpenproletariat in Ballonmützen oder in seidnen Hüten Lust zu Pulshen empfindet, so mögen diese Leute das allein anmachen — wenn der Arbeiter heut zu Tage auch keine materiellen Güter zu verlieren hat, so würden ihn die von gewisser Seite so heiß ersehnten Folgen in seinen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen um so härter treffen. Das Lumpenproletariat — von Oben und von Unten — hat nichts zu verlieren; Unvorsichtigkeiten aber können den Arbeiter um seine heiligsten Rechte bringen.

Der sozialdemokratische Les- und Diskussions-Verein „Johann Jacoby“ hielt im Dezember v. J. im Lokale des Genossen Otto Zierbach ein Vergnügen ab. Dasselbe wurde polizeilich überwacht. Der Polizei-Lieutenant Bernhart ging darauf „schneidig“ vor, daß der Vorstand des Klubs bei dem Polizei-Präsidenten eine Beschwerde einreichte, in welcher das ungeschickliche Vorgehen des Polizei-Lieutenants des Näheren dargelegt wurde. Jetzt ist nun auf diese Beschwerde ein Bescheid des Polizei-Präsidenten eingegangen, in welchem gesagt ist, daß der Polizei-Lieutenant nochmals auf seine Instruktionen verwiesen worden ist, welchen sein Vorgehen nicht entsprechen habe. Damit ist also die Beschwerde als vollkommen berechtigt anerkannt worden.

Gegen den Buchdrucker Wilhelm Werner und den Maler Bahr ist eine Anklage wegen Bergehens gegen § 180 (Ausreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung u.) eingeleitet worden.

Ein kleiner Verküher, ein 5 Jahre alter Knabe, angeblich Hans Krause mit Namen, ist, wie die „Pos. Ztg.“ berichtet, in Posen angekommen zum Besuch von Verwandten, die dort wohnen sollen. Die Eltern hatten dem Knaben in Berlin auf dem Schlesischen Bahnhof ein direktes Billet nach Posen gelöst und den Knaben einem Schaffner des Personenzuges zur Mitnahme nach Posen übergeben. Auf dem Posenen Bahnhofe sollte der Knabe von seinen Verwandten erwartet und abgeholt werden. Als der Zug aber eintraf, war niemand erschienen und der Knabe stand verlassen da, bis sich die Polizei seiner annahm. Er konnte weiter keine als die mitgetheilten Angaben machen und nur noch hinzufügen, daß seine Schwester Ella heiße und sein Vater Korbmacher in Berlin sei. Der Knabe spricht deutsch, hat blonde Haare, graue Augen, normale Gesichtsbildung und gesundes Aussehen. Bekleidet ist er mit grauem Jacket, grauer, kurzer Kniehose, blauen Strümpfen, blauen Gamaschen, Schnürschuhen, welchem Halstuch, dunkelblauem Ueberzieher mit einer doppelten Reihe Knöpfe und trägt eine weiße gehäkelte Mäntelchen mit Pomme. Da die sofort angestellten polizeilichen Nachforschungen keine näheren Anhaltspunkte ergeben haben, so ist der Knabe vorläufig in Posen bei dem Reiner Joh. Siawinski, St. Lazarus 18a, wohnhaft, untergebracht worden.

Eine feine Familie! Im Jahre 1890 gegen Ende September machte der Selbstmord eines jungen Grafen Schaumburg, der sich in einem Chausseegarai in der Chausseestraße erschossen hatte, ziemlich viel von sich reden. Kurz vor seinem Tode hatte der Graf der Tochter seiner Zimmerwirthin, einem Fräulein D., die damals Choristin an einem hiesigen großen Theater und eine viel umworbene Schönheit war, eine ziemlich beträchtliche Summe vermacht. Die Auszahlung dieses Betrages ist jedoch beanstandet worden, da die Choristin bezichtigt wurde, und zwar von der eigenen Mutter, mit ihrem Vater in sträflichem Verhältnis gestanden und auch neben jenem Grafen noch zahlreiche andere Beziehungen unterhalten zu haben. Auf Grund dieser Beschuldigungen und solcher des Vaters und der Tochter gegen die Mutter sind die drei Mitglieder der Familie D. vorläufig in Untersuchungshaft genommen worden.

An die unrechte Adresse kam am Sonntag in Tempelhof ein Gauner, der einem jungen Mann seinen Ueberzieher abschneideln wollte. Durch eine der üblichen „Warnungstafeln“ wird das Betreten des Gennach'schen Grundstücks in Tempelhof bei Pfändung verboten. Einige Vergnügungssüßler hatten sich daran jedoch nicht gelehrt und das Feld trotz des Verbotes betreten. Als bald näherte sich ihnen ein Mann, der sie barisch anfuhr und eine Pfändung an ihnen vornehmen wollte. Infolge dessen nahmen die Bedrängten Reißaus. Einen erschafte jedoch der „Pfändungsbeamte“ und forcierte ihn zunächst mit „wüdevoller Amtsmiene“ auf Namen und Wohnungen der entlaufenen Wirthschafter angab, die der „Arrestant“ aber angeblich nicht kannte. Als dann wollte der Wächter der Ordnung zur Pfändung schreiten und verlangte in gebieterischer Weise dessen Ueberzieher. Indeß weigerte der junge Mann die Herausgabe, erklärte sich dagegen bereit, mit nach dem Amtsbureau zu gehen. Als darauf der angebliche Wächter erklärte, den Wirthschafter noch einmal laufen lassen zu wollen, kam Begleiter der Sache verdächtig vor und da ein paar Arbeiter des Weges kamen, schloß er sich diesen an und forderte den Wächter auf, sich zu legitimiren. Jetzt ergab es sich, daß man einen Gauner vor sich hatte. Sein Fluchtversuch wurde vereitelt.

Die erste Konfrontation des Köpenicker Mörderpaares, des Steintrügers Rutke und seiner Braut, der Wäckerin Schütt, hat am Dienstag Nachmittag vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht II, Landgerichtsrath Friedberg, stattgefunden. Beide blieben bei der gegenseitigen Beichtigung. In weinerlichem Tone sagte die Schütt dem Rutke ins Gesicht: „Du hast ihn todgeschlagen!“ während er erwiderte: „Nein, Du bist es gewesen!“

Versuchter Lustmord. Auf der Chaussee nach Sadowa gestellte sich gestern früh zu einem 15jährigen Mädchen aus Ostend, das nach Köpenick gehen wollte, ein 30jähriger Mann in Arbeiterkleidung, welcher mit demselben eine Unterhaltung anknüpfte, dann aber, als Beide allein durch eine Schouung schritten, das Mädchen zu Boden warf und vergewaltigte. Die Unglückliche schrie um Hilfe, was schließlich auch von anderen Passanten gehört wurde; als sich dieselben näherten, fanden sie die Bedauernswürthe halb erstickt und von dem Unmenschen am Halse gewürgt vor, so daß das Blut herausströmte und es allen Ansehen hat, als ob der Thäter sein Opfer habe erdrosseln wollen. Der Unhold trägt einen Vollbart, die Vergewaltigte, die Tochter eines Bewohners in Ostend, ist schwer erkrankt.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Morgens wurde auf dem Charitee-Kirchhofe Müllerstraße 42/48 ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann erhängt vorgefunden. — Auf dem Neubau der Markthalle XIII, Treckowstraße 14, stürzte Vormittags ein Arbeiter etwa 10 Meter hoch von einem Leitergerüst herab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Wallstraße 82 wurde Mittags ein 6jähriger Knabe von einem Bittelwagen überfahren und am linken Bein bedeutend verletzt. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach der Charitee gebracht. — In derselben Zeit gerieth ein 15jähriger Knabe vor dem Hause Weitzenkirchstraße 4 beim Spielen unter die Räder eines Schlichterwagens und erlitt einen Bruch des Oberarms. — Nachmittags wurde ein 74jähriger Altonaer-Empfänger vor dem Hause Artilleriestr. 23 von einem Hundewagen überfahren und erlitt an beiden Beinen und der Hand bedeutende Verletzungen, welche seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich machten. — In dem Hause Unter den Linden 27 stürzte zu derselben Zeit ein Fährer in einen etwa 1 1/2 Meter tiefen Fahrstuhl-Schacht und erlitt anscheinend bedeutende Verletzungen am Arm und am Rücken. Er wurde nach dem Garnisonlazareth gebracht. — Zwischen der Grünrajens- und Gertrauden-Brücke sprang Abends ein unbekannter Mann in den Spreekanal und ertrank. — In der Nacht zum 25. d. M. fanden zwei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beifung.

Die Frage, ob ein Wirth berechtigt ist, das erste und das letzte Bier aus dem Hofe mit dem übrigen zu verschanden und den Gästen vorzusetzen, beschloß gestern die Verurtheilungs-Kammer des Landgerichts I. Der Buffet-Reiner Friedrich

# Veranstaltungen.

**Die Generalversammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins** sämtlicher Berufsweige Berlins und Umgegend ehrte das Gedächtnis der Frau Perls in der üblichen Weise und nahm dann den Bericht vom I. Quartal entgegen, welcher eine Einnahme von 152,98 M. konstatierte. Hieraus verlas Frau Fahrwald mehrere Paragrafen aus dem Vereinsgesetz und erörterte dieselben. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, daß der Verein die Zeitschrift „Gleichheit“ halten soll und die Mitglieder sich dieselbe alle 14 Tage bei folgenden Damen abzuholen haben: im Osten bei Fräulein Jang, Andreasstr. 78, 4 Tr.; im Südosten bei Frau Jambin, Slatiherrstr. 58a, 4 Tr.; im Nordwesten bei Frau Quabbe, Gerhartstr. 7; im Norden bei Frau Schubert, Langenbestr. 8. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 5. März, statt; an dieselbe wird sich ein Längchen anschließen.

**Die Parteigenossen der Stadtbezirke 1, 2, 3, 4 und 5** versammelten sich am Dienstag, um sich über die weitere Art ihrer Agitation zu verständigen. Der Vorschlag, eine Agitationskommission einzusetzen, wurde einstimmig gebilligt und man wählte in dieselbe die Genossen Schuster, Art, Halfter, Krüger, Meyner, Nitz, Jahn und Kröhn.

**Jahrgang: Müßepollerei!** Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 Uhr, Große öffentliche Versammlung bei Holzmann, Andreasstr. 28, Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschaftstagen event. Wahl eines Delegierten. 2. Abfertigung der Beschlüsse aller Kollegen ist notwendig.

**Rezeption zur Pflege freiwilligen Lebens.** Freitag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr, Brühlstr. 21, Versammlung. Sonntag, den 28. Februar, Vorm. 10 Uhr, Brühlstr. 21, 1 Tr.: Vortrag des Herrn Walder über „Die freiwilligen und die Schule“. Freier Zutritt für alle (Herren und Damen).

**Arbeiterverein Jugendkraft und Theater-Gesellschaft Borussia.** Sonnabend, den 27. Februar: Erster Kleiner Fußball. Soha's Ball-Salon, Gassenhald 45-47. Sonntag: Sitzung, Anfang 4 Uhr, Zeughofstr. 8, bei Bister.

**Chorverein „Jena“.** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Zehmeier, Langestr. 101. Genossen, Herren und Damen, erfahren das Nähere bei Bister.

**Deutscher Tischler-Verein (St. Stuttgart), Badische Berlin 78.** Sonnabend, 27. Februar, von 7-9 Uhr werden in folgenden Lokalen Beiträge gesammelt und neue Mitglieder aufgenommen: Lorenz, Köpenstr. 43; Grotte, Blumenstr. 25; Jabel, Rumpstr. 24; Binner, Curpruferstr. 17; Stamm, Ritterstr. 123; Schauer, Grottenstr. 20; Kaping, Wiltonstr. 22; Holscher, Treppstr. 2; Steinert, Jena- und Wälderstr. 24; Wadl, Brunnstr. 28; Schmidt, Zwickauer- und Wiedenboisenerstr. 24; Klein, Schönleinstr. 4; Haack, Köpenstr. 47; Bräuner, Köpenstr. 67 und 68; Grotte, Grottenstr. 21; Karl, Grottenstr. 21; (wofür Platz), der wöchentliche Beitrag 15 Pf. (inkl. Neue Mitglieder). Die Infanzion der Zeitung erfolgt durch Speditionen frei ins Haus.

**Leser- und Diskussionsklub.** Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Gräbe, Mariendorferstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Wesen“, Abends 8 1/2 Uhr bei Gräbe, Mariendorferstr.

**Arbeiter-Jugendklub Berlin und Umgegend.** Freitag, Abends 8 Uhr, 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 25 bei Ruhmen. — Arbeiter-Sängerverein „Nord“, Brunnstr. 28 bei Wadl. — Arbeiter-Sängerverein „Vormärz“, S.O. Köpenstr. 21 bei Köp. — „Kammerlicher Sängerverein“, Brandenburgerstr. 31 bei Wadl. — „Südbänder Männerchor“ Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein. — Arbeiter-Sängerverein „Matalöcher“, Kochstr. 23a, bei Wadl. — Sängerverein „Gemüthlichkeit“ (Sänger), Zeughofstr. 20. — Sängerverein „Jugendfreunde“, Gartenstr. 102 bei Weisner. — Sängerverein „Friede“, Köpenstr. 127a bei Kähler. — Sängerverein „Glocke“, Reichensbergerstr. 18, bei Wadl. — Sängerverein „Johanna“, Wiedenboisenerstr. 45, Grottenstr. 21. — Sängerverein „Vögel“, in Witten, bei Gräbe. — Sängerverein „Blau-Schleife“, in Pantom, Wälderstr. 24, bei Wadl. — Sängerverein „Vormärz“, (Gem. Chor), Wälder-Schneide, bei Wiedenbois. — Sängerverein „Sänger-Freizeit“, Rumpstr. 24 bei Gräbe. — Sängerverein „Frei-Ränge“, Söhlstr. 22, bei Wälderstr. bei Pauline. — Sängerverein „Freiheit-Grub“, Antonien Allee 25 bei Gräbe. — Sängerverein „Vormärz“, Köpenstr. 21, bei Wadl. — Sängerverein „Waldarbeit“, An der Joch-Apothekstr. 75 bei Wadl. — Sängerverein „Vögel“, in Witten bei Gräbe. — Sängerverein „Friede“, Wälderstr. 24, bei Wadl. — „Kammerlicher Sängerverein“, Mariendorferstr. 21 bei Gräbe.

**Club der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend.** Freitag, Verein „Grüne Tanne“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

**Wahl-Vereine.** Freitag, 9 Uhr, bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10. — Sängerverein „Vormärz“, 9 Uhr bei Zehmeier, Mariendorferstr. 10.

Vorfällen von Mißhandlungen. Bleibt der Unteroffizier ruhig, so heißt es: „Sie sind ein schlapper Unteroffizier, zum Herbst danke ich für Ihre Dienstleistung.“ Dann hat dieser sich Jahre lang unsonst gequält. Ich glaube mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß Dreiviertel der Fälle durch die Offiziere verschuldet werden. Noch bemerke ich, daß von hundert Fällen höchstens einer ans Tageslicht kommt; daß die Rekruten zu ängstlich sind, etwas zu melden, weil sie glauben, es ginge ihnen dann die drei Jahre besonders schlecht. Um diese schreienden Uebelstände abzuwehren, müßten vor Allem die Soldaten darüber eingehend aufgeklärt werden, welche Rechte und Pflichten ihnen in Beschwerdefällen zustehen. Gewöhnlich erhalten sie aber über ihr Verhalten vor dem Militärgericht keine anderen Instruktionen, als daß sie der Wahrheit gemäß auszusagen sollten, und welchen Anzug sie dabei zu tragen haben. Schreiber dieses, der als Wize-Feldwebel längere Jahre bei einem preussischen Garde-Regiment gestanden hat, erklärt sich bereit, über Einzelfälle Aufschluß und Auskunft zu erteilen. — Die „Umer Zeitung“ schreibt: „Kamer sind es 8 Wochen her, daß der „Fall Stinner“ (Futtermeister der 7. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 13) veröffentlicht wurde, und schon reißt sich demselben ein ähnliches Vorkommnis aus der hiesigen Garnison an. Neulich Vormittags zwischen 11 und 12 Uhr mußten ca. sechs Rekruten der 2. Kompagnie des 6. Infanterie-Regiments unter dem Kommando eines Sergeanten nachgerufen. Bald hatten die schneidigen Befehle desselben eine stattliche Anzahl von Zuschauern in Zivil angelockt. Die Uebungen befanden in Gemeingriffen und Paradeaufschlag und wurden beinahe ohne Unterbrechung fortgesetzt. Einen aus dieser Mannschaft scheint insofern hiervon die Kraft verlassen zu haben, wenigstens mangelte es dessen Gewehrgriffen an der erwünschten Präzision und Schneidigkeit. Er wurde deshalb von dem Herrn Sergeanten allein genommen und als es auch da nicht mehr „klappen“ wollte, mit einigen derben Schlägen ins Gesicht derart bestraft, daß das Blut heftig herabfloß. Der Soldat wurde alsbald weggeschickt. Die Zivilisten gaben ihrem Unwillen über eine solche Behandlung in wenig schmeichelhaften Worten laut Ausdruck. Ein vorübergehender Wizefeldwebel, welcher dies zu verstehen schien, veranlaßte den Sergeanten, seine Truppe einzurücken zu lassen, was sofort geschah. Ob die Uebungen innerhalb der Kaserne fortgesetzt wurden, konnte man nicht in Erfahrung bringen.“

**Durch Einsturz des Schornsteins einer Baumwollwarenfabrik in Lechheaton (England)** wurden 6 Frauen getödtet und 20 verletzt. 12 Personen liegen vermuthlich noch unter den Trümmern.

**Durch Zusammenstoß zweierzüge auf der Pariser Nordbahn** wurde ein Lokomotivführer getödtet, während der Heizer und 17 Passagiere mehr oder minder Verletzungen erlitten.

**Infolge eines Grubenbrandes in Wasmes (Belgien)** wurden 1400 Personen arbeitslos.

**Aus Lissabon** wird gemeldet, daß beim Zusammenstoß eines Steinbruchs 16 Arbeiter verschüttet wurden.

**Folgende von der türkischen Behörde an die Zeitungsleiter und Zeitungsdrucker ergangene Verordnung** dürfte auch anderwärts besonderes Verständnis begegnen:

Art. 1. Der Vorzug ist zu geben allen Nachrichten von der kostbaren Gesundheit des Staatesoberhauptes und der kaiserlichen Familie, vom Stande der Saat und Ernten im günstigen Ausfalle, von Fortschritten des Handels und Gewerbes in der Türkei.

Art. 2. Es ist keinerlei Feuilleton zu veröffentlichen, das nicht vom Standpunkte der Sittlichkeit betrachtet ausdrücklich die Billigung Er. Erzlehen des Ministers für öffentlichen Unterricht und Wächters der guten Sitten erhalten hat.

Art. 3. Nicht abzufragen sind allewange literarische oder wissenschaftliche Abhandlungen, die den für Raum einer Zeitungsnummer überschreiten könnten. Die Worte „Fortsetzung folgt“ oder „Fortsetzung morgen“ sind zu vermeiden, da sie unangehme Geistesanstrengung hervorrufen.

Art. 4. Sorgfältig zu unterlassen sind in einem fortlaufenden Artikel weiche Zwischenräume oder Punktstellen; solches Versehen giebt zu Uergernis erregenden Vermuthungen Anlaß, stört die Ruhe der Gemüther und verursacht, wie dies bei verschiedentlichen Gelegenheiten beobachtet worden, Zweideutigkeiten gegen Se. kaiserliche Majestät.

Art. 5. Mit größter Sorgfalt ist die Namensnennung hervorragender Persönlichkeiten zu umgehen; wird Jhnen gemeldet, daß dieser oder jener Landes-Statthalter oder Unterbeamter des Diebstahls, Unterschleifes öffentlicher Gelder, Todtschlozes oder anderer sträflicher Handlungen überführt worden, so ist diese Thatsache als unerwiesen darzustellen oder gänzlich zu verschweigen.

Art. 6. Jedwede Veröffentlichung von Bittschriften, sowohl einzelner Personen als von Provinzialgemeinden, die sich wegen Mißbräuchen der Staatsbehörden beschwerdeführend an das Landesoberhaupt wenden, ist unbedingt verboten.

Art. 7. Die Meldung von Nordverbrechen gegen fremde Härlichkeiten oder von Aufruhrbewegungen in fremden Ländern, in welcher Verfassung sie auch geschrieben sein mögen, ist unstatthaft; das Bekanntwerden solcher Dinge ist für unsere getreue und friedliebende Bevölkerung nicht ersprießlich.

Art. 8. Es ist verboten, diese Vorchrift in den Spalten Ihrer Zeitung einzurücken, das könnte übel angebrachte Beurtheilungen und Bemerkungen seitens unzufriedener Geister hervorrufen.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. D. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 22. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nondum. — Brief aus England. — Das Wachstum der städtischen Bevölkerung. — Der Kampf um die Volksschule von Dr. L. S. — Entgegnung. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Dichtung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Verold.)

**Kaiserkranter.** 25. Februar. Der Heiligenberg-Tunnel zwischen Kaiserkranter und Hochspeyer ist gegen 10 1/2 Uhr kurz nach dem Passiren des Schnellzuges eingestürzt. Durch die inneren Wandtheile wurden mehrere Arbeiter verschüttet, von denen einer schwer und drei leicht verletzt sind.

**Wien.** 25. Februar. Die Lemberger Dampfmaschine von Josef Thom und Sohn, das größte derartige Establishment Galizien, brannte in vergangener Nacht ab, wahrscheinlich insofern einer Brandlegung. Die Mühle, die Bäckerei und die Magazins, sowie die Bohrräume waren schnell von den Flammen erfaßt. Die örtliche Beschränkung des Brandes erfolgte erst Morgen. Die Geschäftsbücher sind gerettet, der Schaden beläuft sich auf 300 000 Gulden.

## Briefkasten der Redaktion.

Böglein, Katharinenstraße. Der Arbeiter hat die Verpflichtung, sich darum zu kümmern, daß seine Karte ordnungsmäßig ungetanzt wird.

Für die Arbeiter-Bildungsschule von der „Internationale Kunstgewerbe“ 6,30 M. dankend empfangen.

H. Gumpel, Barnimstr. 42.

Vorsch hatte sich eine Klage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz gezogen, war aber vom Schöffengerichte freigesprochen worden. Vorsch hatte den Bierauschank eines bekannten Restaurants, in welchem nur Pilsener Bier geschänkt wird, gepachtet. Er räumte auch im gestrigen Termine ein, daß er die ersten Seidel eines Fasses, das sogenannte Antichibir, in der Weise verwerthet habe, daß er es etwa fingerbreit in die Gläser that, die dann mit dem anderen Bier aufgefüllt wurden und ebenso habe er es mit dem Bier gemacht, welches sich noch im Fasse befand, nachdem der Hahn schon herausgezogen war. Der Prinzipal des Angeklagten erklärte, daß er hierin etwas Unrechtes nicht finden könne. Das in Frage kommende Bier sei keineswegs minderwerthig, die ersten Seidel seien in der Regel etwas trübe und deshalb pflege man es zu verschneiden und wenn die letzten Seidel vielleicht etwas Kohlensäure verloren hätten, so sei dies bei der gegebenen Verwerthung gar nicht zu merken. Der Vorsitzende konstatierte, daß der Gerichts-Chemiker Dr. Bischoff in ähnlichen Fällen ein gleiches Gutachten abgegeben habe. Da keiner der Reugen zu bekunden vermochte, daß der Angeklagte irgendwie sonst unerlaubte Manipulationen vorgenommen, so zog der Staatsanwalt die von ihm selbst eingelegte Berufung zurück. Es blieb somit bei dem freisprechenden Erkenntnis.

**Wegen Verleumdung zweier Schulente** wurden im Juni vorigen Jahres von der dritten Strafkammer des Landgerichts I der Agent Eduard Sippl und der Agent Burchardt zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verurtheilten hatten behauptet, die Schulente hätten sich von einem Dolmetscher St. mit Bier und Schnaps traktieren lassen und seien diesem dann auch wieder „gefällig“ gewesen. Gegen dieses Urtheil legten die beiden Verurtheilten Revision ein. In seiner Sitzung vom 30. Oktober v. J. hob das Reichsgericht das Urtheil der dritten Strafkammer auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an dieselbe Strafkammer zurück. Die Revision hatte also guten Erfolg gehabt. Dieser Tage stand der neue Termin an. Die Angeklagten hatten sich bereit erklärt, einen weitgehenden Entlastungsbeweis resp. den Beweis der Wahrheit anzutreten. Der Gerichtshof erachtete die Zeugenaussagen für nicht von Belang, er füllte, ohne die Reugen erst vernommen zu haben, ein freisprechendes Urtheil. Der Gerichtshof mußte nach der Entscheidung des Reichsgerichtes den Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zubilligen.

**Der am Montag wegen des gegen die Deutsche Bank verübten Millionbetrugs** zu 4 Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust verurtheilte Kaufmann Schwieger hat jetzt die Erklärung abgegeben, daß er sich bei dem Erkenntnis beubigt. In einem an seine Ehefrau gerichteten Schreiben behauptet Schwieger immer noch, daß er ein Opfer des schlichten Buchhalters Frank geworden ist.

**In der Klagesache gegen den Agenten Siegfried Abrahamson,** welcher des Betruges gegen den Kaufmann Guttman und den Kammerherrn Grafen v. Gersdorff und der verkuemmlichen Verleumdung der Direktoren der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Aktienbank, Hedemann, Benoit und Stephan bezichtigt ist, stand bekanntlich am 2. Januar d. J. Termin zur Hauptverhandlung an. Derselbe mußte vertagt werden, weil der Graf v. Gersdorff nicht erschienen war. Zum 25. d. M. war wieder ein Termin zur Hauptverhandlung vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichtsrath Grandtke) angesetzt, zu welchem 47 Zeugen geladen waren, darunter 35 von der Vertheidigung. — Graf Gersdorff fehlte bei dem Zeugenaufnahmeverfahren. Es lag dagegen ein vom Grafen Gersdorff eingesandtes, aber von einem Bezirksphysikus nicht beglaubigtes ärztliches Attest vor, nach welchem der Zustand des Grafen ihm nicht gestattet, zur Verhandlung nach Berlin zu kommen. Das ärztliche Attest drückt aus, daß Graf Gersdorff an chronischem Muskel- und Gelenk-rheumatismus leidet, geht und in unabsehbarer Zeit zu jeder körperlichen und geistigen Arbeit unfähig und vor jeder Aufregung zu bewahren ist. Staatsanwalt v. Rheinbaben stellt Angesichts dieses Attestes den Prinzipalanspruch, die Verhandlung zu vertagen und den Grafen von Gersdorff in missarisch vernachlässigen zu lassen, da es Angesichts der Beschuldigungen, welche die Vertheidigung sorgfältig gegen denselben erhebt, doch nicht angängig sei, auf das Zeugnis desselben zu verzichten. — Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Fr. Friedmann erklärt sich in entschiedenem Gegensatz gegen eine kommissarische Vernehmung des Grafen von Gersdorff. Sollte auf das Zeugnis desselben überhaupt irgend welcher Werth gelegt werden, dann müsse er darauf bestehen, den Grafen persönlich vor sich zu haben. Er mache darauf aufmerksam, daß der vorige Termin den Angeklagten schon über 500 M. gekostet habe und der jetzige wahrscheinlich über 600 M. kosten werde und er glaube, daß man mit Rücksicht auf die ganz vagen Erklärungen, welche Graf Gersdorff bisher zur Sache abgegeben, auf das Zeugnis desselben ganz verzichten kann. Obgleich man ihn (den Vertheidiger) in den letzten Tagen wieder aus Energiefächeln einzuschütten versucht habe, müsse er doch wiederum besitzeln, daß der Graf wirklich krank sei, daß derselbe vielmehr nach Berlin nicht kommen könne oder wolle. Eine von einem Wiener Rechtsanwalt erbetene telegraphische Auskunft gebe dahin: „Graf Gersdorff wohnt Operring 9, gesund, soll beabsichtigen, Wien demnächst zu verlassen und nach Italien zu gehen.“ Schon in früheren Fällen, als Graf Gersdorff noch mit dem Angeklagten wegen eines Vergleiches verhandelte und von dem Generalvertreter desselben dem Angeklagten u. A. die Verschaffung des Kommerzienraths-Titels bei Herstellung eines Vergleiches in Aussicht gestellt worden, habe der Graf in einer Postkarte, die er dem Gerichte überreichte, es klar ausgesprochen: „Nach Berlin zu kommen habe ich gar keine Veranlassung.“ Es stehe also fest, daß derselbe nicht kommen wolle. Es müsse aber wiederholt werden — selbst auf die Gefahr hin, daß der Graf noch eine zweite Denunziation beim Ehrenrath der Rechtsanwälte einreiche — daß Graf Gersdorff auch nicht kommen könne, weil seine schwierigen pekuniären Verhältnisse dies verbieten. Der Vertheidiger stellt in dieser Beziehung folgende Behauptungen auf: 1. draußen auf dem Korridor stehe ein Gerichtsvollzieher, welcher sorgsam auf das Erscheinen des Grafen warte; 2. der Graf habe früher die Herrschaft Lipsa besessen, dieselbe aber an den Kommerzienrath Lölle gegen ein industrielles Unternehmen veräußert, welches er aber auch nicht halten konnte, sondern zurückgeben mußte. Der Graf besitze in Lipsa nichts mehr, als ein einstufiges Zimmer, dessen Thür über und über mit Gerichtsvollzieher-Marken besetzt sei. 3. Sein ferneres Bestreben diesen Steinbruch sei schon längst an den Herrn von Guffeld veräußert und so besitze der Graf im Inlande nichts weiter als — Schulden. Graf v. Gersdorff sei auch nicht mehr Landrath, nicht mehr Amtsvollzieher, sondern nur noch Kammerherr Sr. Majestät. Eine kommissarische Vernehmung eines solchen Herrn wäre geradezu ein Spott auf die Justizpflege. Sollte der Graf Gersdorff überhaupt als ein glaubwürdiger Zeuge erachtet werden, dann müsse er dem Angeklagten vor Gericht persönlich gegenüber gestellt werden. — Der Vorsitzende regte noch an, ob etwa Anträge gestellt werden, den Grafen v. Gersdorff wegen unentschuldigtem Ausbleibens in eine Geldstrafe zu nehmen. Der Staatsanwalt erklärte aber, daß er das Ausbleiben für entschuldigend halte. — Der Gerichtshof beschloß, da auf das Zeugnis des Grafen v. seitens der Anklagebehörde nicht verzichtet wurde, denselben kommissarisch vernehmen zu lassen und mußte insofern dessen wohl oder übel die Verhandlung abermals vertagen.

## Vermischtes.

**Großes Unglück.** In Fröttstedt (Thüringen) hatte ein etwa halbjähriges Kind beim Spielen einen Kork in den Mund bekommen. In der Absicht, denselben zu entfernen, riß die Mutter dem Kinde die Zunge an der Wurzel ab, so daß es bald darauf starb.

**Mehrere Millionen Mark** sind einem armen Maurer in Mainz durch eine amerikanische Erbschaft zugesallen. Hoffentlich spendet der Glückliche ein paar hunderttausend Mark für die Zwecke der Arbeiterbewegung und damit zu Gunsten der armen Teufel, zu denen er selbst bisher gehörte.

**Wegen fahrlässiger Tödtung** verurtheilte die Liegnitzer Strafkammer den Fleischbeschauer Franke in Mühlradlich, durch dessen Schuld im Juli und August vorigen Jahres sechs Personen an der Trichinose erkrankten, zu 1 Jahr Gefängnis.

**Im Kapitel der Soldatenmißhandlungen** schreibt man der „Schwäbischen Tagwacht“: „In meiner langjährigen Dienstzeit habe ich die Erfahrung gemacht, daß, wenn die Unteroffiziere in sachlicher Weise von den Offizieren befehrt und überwacht würden, sie sich solch' grobe Vergehen nicht zu Schulden kommen lassen würden, wie dies jetzt leider so häufig vorkommt, und sogar amtlich bestätigt werden mußte. Aber der Unteroffizier wird dazu getrieben. Der Offizier sagt: „Schleifen Sie die Kerls, bis sie umfallen, aber nehmen Sie sich in Acht, daß man Ihnen nichts anhaben kann.“ Da liegt es auf der Hand, daß die Unteroffiziere zu solchen Ausschreitungen geradezu angehalten werden, umso mehr, wenn man den Bildungsgrad der meisten Unteroffiziere in Betracht zieht. Wenn dann der Offizier nichts sehen will, dann sieht er eben auch nichts. Oder der Offizier hat schlechte Laune, da tadelt er fortwährend, und giebt (wie immer) dem Unteroffizier die Schuld, wenn die Gemeinen, durch die schlechte Laune aufgeregt, etwas falsch machen, oder nicht gut genug. Der Unteroffizier wird durch die fortwährenden Mörgeleien und Qualereien ärgerlich und hier kommt es dann in den meisten Fällen zu den so erbärmlichen und bedauerlichen



## Soziale Ueberflucht.

An die Arbeiterchaft Deutschlands!

Als vor nunmehr zwei Jahren die Gutmacher die Arbeiterkontrollmarke zum ersten Mal in Deutschland einführten, waren sich dieselben wohl bewußt, daß mehr als durch Streiks zu erreichen ist, wenn dem Unternehmer gezeigt wird, welche Macht die Arbeiter als Konsumenten besitzen. Erst dann freilich, wenn die Arbeiter ihre Macht als Konsumenten erkannt haben, wird es möglich sein, dem neuen Kampfmittel einen hervorragenden Platz im Waffenschatz des kämpfenden Proletariats anzuweisen.

Auch wir Textilarbeiter haben die Kontrollmarke resp. den Kontrollstempel eingeführt und in ganz kurzer Zeit dadurch für eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen die neunstündige Arbeitszeit erzwungen. Die Tabakarbeiter und Schneider rüsten sich ebenfalls, um die Kontrollmarke einzuführen.

An Euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, liegt es nun, und zu unterliegen. Wir verlangen keine materiellen Opfer, sondern erbitten nur Eure Unterstützung als Konsumenten, und diese werdet Ihr uns als aufgeklärte Arbeiter nicht verweigern. Wenn, um uns zu schädigen, von den Händlern gesagt wird, die Waare mit Kontrollmarke sei theurer, so ist das unwahr.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Bedenkt, daß gerade in der Textilindustrie die Zuchtansarbeit überhand genommen hat und die erbärmlichsten Löhne bezahlt werden.

Beispielsweise läßt eine Berliner Firma in circa 20 Zuchthäusern arbeiten. Ja, es ist so weit gekommen, daß die betreffende Firma Strümpfe, welche früher in den Zuchthäusern angefertigt wurden, jetzt von sogenannten freien Arbeitern anfertigen läßt, weil die Herstellungskosten im Zuchthaus größer sind.

Betrachten wir uns doch einmal die Weber im Gulsengebirge, lesen wir die Berichte über die Nothlage dieser Kerkmis, welche sich nicht mehr satt essen können, und es wird uns sofort klar sein, weshalb dieselben zu nichts mehr zu haben sind. Die sächsischen Wirker, welche noch vor einem Jahre unter den Textilarbeitern einen hervorragenden Platz einnahmen, sind durch die letzten verloren gegangenen Streiks vollständig zerplittert. Die Leiter der Bewegung sind seit einem Jahr gemahregelt, sind ohne Erlaubnis — das ist das Bild, welches uns die deutschen Textilarbeiter bieten. Deshalb heißt uns, Arbeiter und Arbeiterinnen, und laßt nur Strumpfwaares, welche mit dem Kontrollstempel resp. der Kontrollmarke deutscher Textilarbeiter versehen sind. Wir wissen, daß mit dem Einführen der Kontrollmarke nicht alle Noth und jedes Elend aus der Welt geschafft werden können; wohl aber ist es möglich, dadurch einer großen Anzahl von Arbeitern eine menschenwürdige Existenz zu erringen zu helfen, ohne daß bei diesem Kampf Erlässen zu Grunde gerichtet werden, wie es leider bei den Streiks der Fall ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Die Kontroll-Kommission deutscher Textilarbeiter.  
J. A.: Ernst Lohse, Kappel b. Chemnitz.

Ueber eine Folge des Buchdruckerstandes schreibt die „Papier-Zeitung“, das Organ der Fabrikanten: „Die während des Ausstandes vielfach beobachtete Verschlechterung der Seherleistungen dauert zum Verdruss der Korrektoren, Verleger und Zeitungs-Herausgeber noch immer fort. Fadnenabzüge, die früher, unter Anzeichnung einer erträglichen Fehlerzahl, in einer halben Stunde erledigt werden konnten, fordern jetzt zwei bis drei Stunden angestrengter Reinigungsarbeit, und die zweite Korrektur, bei der das Vergleichen mit der ersten viel Zeit in Anspruch nimmt, dauert länger und weist oft noch mehr Fehler auf als früher die erste Korrektur. Es handelt sich nicht mehr um vereinzelte Buchstabenfehler und kleine Versehen, sondern es steht aus, als wenn in den Berliner Druckereien jetzt hauptsächlich Seher thätig wären, welche die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschen und nur über ein höchst bescheidenes technisches Können verfügen. Dies ist auch in der That der Fall. Jene minderwertigen Kräfte, welche zur Zeit des Ausstandes aus kleinen Druckereien Böhmens und Nieder-Oesterreichs in Berlin einwanderten, um die gut bezahlten Zeitungsseher-Stellungen einzunehmen, sind noch nicht entlassen und liefern eine wahrhaft erschreckende Art von Seharbeit. Es ist ja anerkannterwerth, wenn die Buchdruckerbestände jene irregulären Hiltstruppen, die ihnen den Streik gewinnen halfen, nicht sofort nach Erreichung ihres Zieles wieder wegschicken, aber es liegt in den großen Städten die dringende Gefahr vor, daß dadurch die Gesamthöhe der Buchdruck-Leistungen dauernd herabgemindert wird. In den Kreisen der Druck-Austraggeber herrscht die Ansicht: „So darf es nicht weitergehen!“ — Kommentar überflüssig.

In Magdeburg fand ein Kongress von Händlern, sowie Reg. und Marktreisenden statt, auf welchem eine Petition an die deutschen Bundesregierungen entworfen wurde, um für den freien Verkehr auf Märkten und Messen den Schutz dieser Behörden zu erwidern, und gegen etwaige Beschränkungen des Hausirhandels unter Darlegung der Gründe Protest zu erheben. Der Kongress errichtete einen Verband, dem sofort sieben größere Vereine aus den Hauptstädten Deutschlands beitreten und dessen Sitz sich in Magdeburg befindet. Zum Verbandsorgan wurde der in Berlin erscheinende „Phönix“, Fachzeitung für Markt- und Messereisende, bestimmt.

In Brunn haben die Arbeiter der Seidenfabrik von F. E. Spurrast die Arbeit eingestellt, weil der Firmeninhaber die Entlassung eines Werkführers verweigerte.

Auf Schacht Fölig der Kohlenwerke von Quareynon in Belgien, der 400 bis 500 Arbeiter beschäftigt, wird am 27. Februar wegen dringlicher Bauten der Betrieb für längere Zeit eingestellt. Der weitaus größere Theil der Belegschaft wird dadurch arbeitslos.

Sämmtliche Steinbrüche bei Neapel sind nach einer Mitteilung der „Germania“ wegen der Nichtaufhebung des städtischen Eingangszolles geschlossen worden. 1000 Karrenfahrer und Steinweber sind dadurch brotlos geworden, und weitere 8000 Maurer werden zu arbeiten aufhören müssen. Die Situation ist ernst.

In Venedig streiken die Tabakarbeiterinnen der königlichen Tabakfabrik.

Der Verband der Eisenbahn-Bediensteten Englands hielt vergangene Woche mehrere Versammlungen in Sheffield ab und beschloß folgende Forderungen an die Eisenbahn-Gesellschaften zu stellen: Die Lohnzahlung hat an alle Angestellten wöchentlich zu erfolgen; die Maximalarbeitszeit soll 10 Stunden den Tag betragen, bei Schienenlegern aber nur neun. Für Weichensteller, Signallente, überhaupt für alle wichtigeren Posten soll eine achtsündige Schichtdauer eingeführt werden. Ueberstunden sind mit 25 pCt., Sonntagsarbeit mit 50 pCt. Aufschlag zur gewöhnlichen Lage zu entlohnen.

## Versammlungen.

Die Versammlung der Arbeitslosen des Baugewerbes, welche einberufen vom Ausführungs-Ausschusse des Bauarbeiter-Kartells, gestern Vormittag im Saale der Brauerei Friedrichshain abgehalten wurde, war wesentlich beeinflusst durch die neue Polizeiverfügung, betreffend die Personenzahl, welche bei Versammlungen in den Sälen Platz finden dürfen. Der Saal Friedrichshain ist nach dieser Richtung auf 2200 Personen abgesehen. Dessenungeachtet waren doch über 3000 Personen versammelt, während vielen hundert durch polizeiliche Absperrung des Lokales der Zutritt verwehrt wurde. Der Vorsitzende, Maurer Blaurock, erstattete zunächst Bericht seitens der Deputation, welche beim Ober-Bürgermeister Berlins vorstellig werden sollte bezüglich der auf städtischen Bauten zu Tage tretenden Mißstände. Diefelbe forderte in erster Linie die Bekämpfung der „Böthathen“ Arbeit für die Arbeitslosen, insbesondere für die hier anfalligen steuerzahlenden Bürger. Infolge des Submissionswesens würden jetzt auswärtige billigere Arbeitskräfte den Berliner Arbeitern vorgezogen. In der Unkenntniß, daß die Unnahbarkeit hoher und höchster Personen schon beim Ober-Bürgermeister anfangs, begab sich die Deputation nach dessen Privatwohnung, um eine Audienz nachzusuchen, wurde aber ab- und nach dem Rathhause verwiesen. Doch auch hier mußte sich die Deputation mit dem Herrn Bürgermeister Zelle begnügen, der Herr Ober-Bürgermeister war auch hier für die Deputation nicht zu sprechen. Herr Zelle verwies die Deputation nach Anhörung an den Herrn Bau Rath Blanckenstein, welcher erklärte, in dem Submissionswesen keine Aenderung eintreten lassen zu können. Das Versprechen gab er indessen ab, daß er ein Schreiben an die verschiedenen Bau-Inspektionen richten wolle, mit der Maßgabe, bei den Bau-Unternehmern dahin wirken zu wollen, daß diese in erster Linie die arbeitslosen Berliner Familienoder beschäftigen. Ob es aber etwas heißen würde, könne er nicht garantiren. So sei die Deputation geschieden mit dem Bewußtsein, wenig Positives erzielt, aber wenigstens den Spigen der Behörden die obwaltenden Mißstände klar vor Augen geführt zu haben. Die Unfähigkeit der Behörden, hier helfend einzugreifen, verweise naturgemäß auf den Weg der Organisation, um mit Nachdruck die Forderungen der Bauhandwerker zur Geltung zu bringen. Dies sei praktischer, als zwecklose Demonstrationen. (Stürmischer Beifall.) Schweiher (Charlottenburg) war für Beschreitung des weiteren Anhangenweges, an das Ministerium bezw. an den Reichstag, Hilfe müsse werden. Wenn die Arbeiter keine Arbeit hätten, müßten sie verhungern. (Stürmischer Beifall.) Würde die Untergrundbahn errichtet, würden Tausende von Arbeitern Brot finden. (Sehr richtig! Bravo!) Baumeister Kehler betrachtete die Antwort, welche die Deputation im Rathhause erhalten, als einen weiteren Beweis für den Bankrott der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, schilderte in eingehender und ergreifender Weise die Schäden und Mißstände der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und des Submissionswesens, welches das Baugewerbe zu einem Schwindelgewerbe ersten Ranges gemacht habe und die städtischen Behörden zur Ohnmacht verdamme. Weiteres Deputationen würden gleichfalls nicht erreichen. Dem auf die Hinten gestülhten Kapitalismus gegenüber seien die Arbeiter machtlos. Dieselben würden aber dem Kapitalismus keine Gelegenheit geben, die Arbeitslosen schneidig zu vermindern. Sie würden ihre ruhige Agitation fortsetzen und der Welt zeigen, daß wir in einem falschen Kurse segeln; die Arbeiter würden nicht auswandern, sondern ihren Kurs so einrichten, daß sie mit Sicherheit aus dem braudenden Meere des Privatinteresses in das ruhige Meer des Sozialismus gelangen. (Wausender Beifall.) Daß dies sobald als möglich geschehe, müsse das Ziel, das Streben Aller sein. Alle müßten in diesem Gedanken zusammenstehen. Die Versammlung solle ein weiterer Beweis sein für die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände. (Endloser Beifall.) Hohlwegler (Maler) beleuchtete gleichfalls die heutigen Zustände, sprach sich gegen Vorkämpfe an die bestehenden Klassen aus, beklagte, daß sich die große Masse der Arbeiterchaft der Gewerkschaftsbewegung bisher fern gehalten habe, und empfahl demzufolge die allseitige Organisation, um die Arbeiter vor völliger Versumpfung zu bewahren, sie davor zu schützen, als Kanonensutter zu dienen. Hugo Lehmann (Zimmerer) brachte eine Resolution folgenden Inhalts ein: „Die heute den 25. 2. 92 im Saale der Brauerei Friedrichshain tagende Versammlung der arbeitslosen Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins fordert die städtischen und staatlichen Behörden in Anbetracht der großen Noth und des Elends, welches unter den Bauhandwerkern herrscht, auf, daß sie zu sorgen, daß sofort die städtischen sowie staatlichen Bauten in Angriff genommen werden, um dadurch der augenblicklichen Noth etwas zu steuern. Ferner ist die Versammlung der Ansicht, daß die heutige Arbeitslosigkeit ein Ausfluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur durch die Vergesellschaftlichung sämmtlicher Produktionsmittel erfolgen kann. In Anbetracht dessen verpflichten sich die Anwesenden, um dieses Ziel zu erreichen, mit aller Macht für die Beförderung der gewerkschaftlichen Organisation einzutreten, um mit dieser dahin zu wirken, daß die sozialistische Idee immer mehr und mehr in die Massen getragen wird.“

Diese Resolution gelangte, nachdem noch Jänsch, Wendine, Koppmann und Blaurock für dieselbe und im Sinne der Vorender unter dem lautesten Beifalle der Versammlung gesprochen hatten, mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Errichtung einer Arbeitsbörse. In einem eingehenden Vortrage veranschaulichte Baumeister Kehler die Nothwendigkeit und Zweckdienlichkeit einer derartigen Institution, wie sie in Paris und anderen französischen Städten, ebenso wie in Belgien und Italien bereits sehr wirksam besteht, auch für Deutschland und forderte den Beschluß der Versammlung, daß für Berlin die Errichtung einer derartigen Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln gefordert werden solle. Diefelbe solle zunächst eine Zentralstelle für Arbeitsnachweis darstellen und der Verwaltung der Arbeiter unterstehen. Der Ausführungs-Ausschuss des Kartells der Bau-Arbeiter Berlins werde sein Möglichstes thun, dem Beschlusse an zuständiger Stelle Geltung zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.) Die Versammlung beschloß nach zustimmender Diskussion demgemäß. Als dritter Punkt der Tagesordnung stand weiter: „Stellungnahme zum ersten Mai.“ Blaurock betonte, daß die Bauhandwerker sich noch nicht schlüssig über den 1. Mai geworden, auch zu der Privatbesprechung kein Vertrauensmann der Bauhandwerker zugezogen worden sei. Hohlwegler beantragte betreffs dieses Punktes Uebergang zur Tagesordnung. Jänsch dagegen beantragte, daß seitens des Bauarbeiter-Kartells am Vormittage des 1. Mai eine Versammlung einberufen werde. Die Versammlung beschloß mit Majorität Uebergang zur Tagesordnung. Zum Punkte „Verschiedenes“ empfahl sich der Zimmermann Koch, welcher durch Unfall arbeitsunfähig geworden ist, zur Anfertigung von Klagen an seine Wohnung in Diebendamerstr. 6, Hof links parterre. Mit einem dreifachen Brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Unter dem Gesange der Arbeitermarschallise trennten sich die Tausende arbeitsloser Bauhandwerker.

In der Freien Vereinigung der Zeitungsredakteure und -Verleger theilte der Vorsitzende mit, daß zum bevorstehenden Umzug die Bekanntmachung des Vereins am Sonntag, den 27. März, wie bisher im „Vorwärts“ und in der „Berliner Zeitung“ erfolgen werde. Weiter wurde bekannt gemacht, daß auf die in voriger Versammlung erhobene Beschwerde des Herrn Bohn gegen Frau Leist ein Schiedsgericht stattgefunden hat, welchem es gelungen ist, die Parteien zu versöhnen, indem es feststellte, daß die Beschwerde des Herrn Bohn zum Theil auf einem Mißverständnis beruhe, da der Frau Leist selbst nichts vorzuwerfen war, was gegen das Vereinsstatut verstoßen hätte. Hierauf wurde gemäß dem Antrag des Herrn Nieber die Errichtung einer Zentralstelle nach eingehender Berathung einstimmig beschlossen und hierzu folgender Unterantrag des Vorstandes angenommen:

„Die zu errichtende Zentralstelle ist nur als eine Einrichtung der Freien Vereinigung anzusehen. Sämmtliche Umlaufen werden aus Mitteln der Vereinigung beschafft und bleiben deshalb Eigenthum der Vereinigung. Für Miete und sonstige Ankosten hat jedoch Teilnehmer an der Zentralstelle mit dem auf ihn entfallenden Theil zu haften. Jedes Mitglied hat ungehinderten Zutritt; sofern dasselbe jedoch Platz und längeren Aufenthalt nimmt, hat es zu den Miete- und sonstigen Unkosten seinen entsprechenden Theil zu zahlen. Nichtmitglieder dürfen die Zentralstelle nicht benutzen. Besondere Rechte haben die Teilnehmer der Zentralstelle nicht zu beanspruchen, da nur die Vereinsversammlungs-Beschlüsse oder die Bestimmungen der Vereinsstatuten maßgebend sind. Teilnehmer, welche einen größeren Platz benutzen wollen, als ihnen zugetheilt ist, haben, wenn der Platz dazu ausreicht, einen Extrabeitrag zu zahlen, welcher jedoch der Vereinskasse zuzuführen ist. Ueberhaupt sind alle Beiträge abzurunden; die etwaigen Ueberschüsse, welche daraus entstehen, sind ebenfalls der Vereinskasse zuzuführen.“

Sodann wurde der Vorstand beauftragt, zu diesem Zwecke das Lokal in der Jerusalem-Strasse 62 zu mieten und die Einrichtung desselben bis zum 1. April fertig zu stellen. Unter „Verschiedenes“ wurde allseitig Klage darüber geführt, daß es den Zeitungsredakteuren immer schwieriger wird, das Abonnementsgeld pränumerando einzufahren, weil infolge der schlechten Erwerbsverhältnisse die Abonnenten nicht immer in der Lage sind, pränumerando zahlen zu können. Da nun aber die Zeitungsredakteure zum großen Theil selbst arme Teufel sind, so kostet es denselben große Anstrengungen, ja oft Entbehrungen, um die von den Expeditionen festgestellten Zahlungstermine immer einhalten zu können. Weil es ferner eine Menge unrunder Leser giebt, welche oft nach mehreren Monaten Kreditnehmens den Expeditur im Stich lassen, um das Vorkaufsrecht bei einem anderen Expeditur fortzusetzen, so war die Versammlung der Meinung, daß dies nicht so weiter gehen könne, wollten die Redakteure nicht selbst dabei zu Grunde gehen. Auf welche Weise Abhilfe zu schaffen ist, das soll in einer der nächsten Versammlungen berathen werden. Zur Ausnahme meldete sich Frau Neumann, Hochtstr. 30.

Die Filiale Berlin des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes hielt kürzlich eine Versammlung ab, zu der auch die Teilnehmer des hier tagenden Handwerkerkongresses, sowie Herr Haupt, Zimmererstraße wohnhaft, eingeladen waren. Von diesen besonders Geladenen war Niemand erschienen. Herr Haupt, der durch die in diesen Tagen erfolgte Gründung einer Genossenschaft der Schneidermeister glaubt die Konkurrenz des Kapitals überwinden zu können, hatte für die Einladung höchlich gebaukt, aber hinzugefügt, es sei überhaupt nicht sein Willk gewesen, sich mit sozialdemokratischen Agitatoren zu unterhalten. Nachdem der Vorsitzende hiervon Mitteilung gemacht, sprach Herr Timm über das Thema „Die kapitalistische Massenproduktion und die Bedeutungslosigkeit kleinlicher Maßnahmen, zur Kritik des Handwerkerkongresses.“ Er verwies darauf, daß im Mittelalter, wo die Gemeinde im Wesentlichen aus die Erzeugnisse ihres Ortes angewiesen war, den Handwerksmeistern und den Gesellen Beschäftigung im Allgemeinen gesichert war. Durch die Erfindung der Dampfmaschine aber und die gewaltige Entwicklung der Industrie wurden — da die Maschinen besitzenden Kapitalisten alle Vortheile dieser Entwicklung allein in die Tasche steckten — mehr und mehr Arbeiter überflüssig und beschäftigungslos, ein Mißstand, der noch fortwährend zunimmt, was Redner durch eine Reihe von Zahlen-aufstellungen der Fabrikinspektoren belegte. So langen denn auch selbst die zur Bourgeoisie gehörenden Gebildeten an einzusehen, daß die gegenwärtige Gesellschaftsform nicht auf die Dauer erhalten bleiben kann, und daß zu unserer Negern zählende Breslauer Professor Sombart hat es kürzlich als seine Ueberzeugung offen ausgesprochen, daß wir doch einmal zum Sozialismus übergehen müssen. Redner zeigte noch, daß es so leicht, wie die Herren von der Schneidermeister-Genossenschaft denken, nicht ist, das Kapital zu besiegen; daß die Nähe, die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftsweise zu hemmen, vergeblich ist; und schloß mit der Aufforderung, diese Entwicklung zu fördern, damit wir um so eher zu unserem Ziele, der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, gelangen. Ein Dirsch-Zunderianer meinte hierauf, die Politik habe mit der Hebung der Lage der Kollegen nichts zu thun und schlug die Gründung von arbeitergenossenschaftlichen Werkstätten vor. Herr Zäterow wies dem Herrn nach, daß man mit der Gründung solcher Werkstätten dem Kapital einen großen Gefallen thun würde, indem man ihm die Last der Errichtung und Unterhaltung von Betriebswerkstätten abnehmen würde und noch mehr als jetzt sich dem Willen der Kapitalisten fügen müßte. An dem Beispiele unserer Großindustriellen und Agrarier zeigte Herr Zäterow, daß es gerade darauf ankomme, die politische Macht zu erringen, wenn man im Staate etwas erreichen will. In diesem Sinne sprach sich auch Herr Timm im Schlussworte aus. Die im „Vorwärts“ neulich wieder gegebenen Mittheilungen über Herrn Westschneider Jabel, Seidelstraße wohnhaft, wurden von den Herren Meier und Schäfer bestätigt. Herr Meier fügte noch hinzu, die ganz geringe Arbeit mache Jabel mit seinen Lehrlingen selber; er, Meier, habe gerade die schwere Arbeit (Kammgarn-Westen) für 2,25 M. und 2 M. machen müssen. Der Vorsitzende nimmt daraufhin Veranlassung, daran zu erinnern, daß Jeder Beschwerden über Mißstände in seiner Werkstätte, auch während er dort noch in Arbeit stehe, auf dem Verbandsbureau in der Markgrafenstraße melden könne, der Name des Meldenden bleibe verschwiegen. Zum Schluß wurde aufgefodert, mit den Willen von Herr- und von Weib-nachtsvergütungen, sowie mit den Listen von der Agitationskommission, die jetzt eingezogen werden, baldigt abzurechnen.

In einer allgemeinen Bäckerversammlung, die sehr stark besucht war, sprach Reichstags-Abgeordneter Meyer über die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Referent führte im Eingange seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede u. a. aus, daß der von der Agitationskommission der Bäcker bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit eingeschlagene Weg der Petition der rechte gewesen ist. Nach der neuen Gewerbeordnungs-Novelle könne gar wohl der lange schon ererbte 12 stündige Maximal-

Arbeitslag für die Bäcker durchgeführt werden. Der Redner legte darauf die Nothwendigkeit und den Segen der Verklärung der Arbeitszeit übergehend dar. Nachdem verlas der Vorsitzende Pfeiffer die im Auftrage des im Juli 1901 in Altenburg stattgehabten Bäckerarbeiter-Kongresses ausgearbeitete bekannte Petition, welche vom Bundesrath die Beschränkung der Arbeitszeit auf 12 Stunden, ferner das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter unter 16 Jahren und die Einbeziehung der Bäckerbetriebe in den Bereich des Fabrikinspektors forderte. Vom Bureau war in Bezug auf diese Petition folgende Resolution vorgeschlagen:

Die Versammelten erklären sich mit der von der Agitationskommission der Bäcker-Arbeiterschaft auf Beschluß des Kongresses an den hohen Bundesrath gerichteten Petition um Festsetzung eines Maximalarbeitstages von zwölf Stunden für das Bäcker-gewerbe in ihrem vollen Umfang einverstanden. Sie erklären ferner, daß die angeführten Angaben über die Verhältnisse in den Bäckereien den Thatfachen vollständig entsprechen und erwarten vom Bundesrath, daß den erhobenen Forderungen Rechnung getragen wird. Obige Resolution fand in heutiger Versammlung Annahme mit 1400 Stimmen und wurden die Unterzeichneten beauftragt, dieselbe einem hohen Bundesrath zu übermitteln.

Schneider Wiesemann sprach gegen die Bäcker Scholz und Pfeiffer erklärten sich unter lebhaftem Beifall für die Resolution. Geroffe Schläter bezweifelte gleichfalls die Wirksamkeit der Petition. Als vorläufiges Agitationsmittel wollte er dieselbe indessen nicht verworfen wissen. Der Referent wies in seinem Schlussworte darauf hin, daß auf alle Fälle Deutlichkeit und Petition der Bäckereigesellen nicht ohne Nutzen sein würden. Selbst bei der Ablehnung müßte man sich sagen: Wir haben bisher noch nicht genug zusammen gefunden. Wir müssen fester zusammenstehen. Dies sei im Stande, die Organisation zu stärken. Wir müssen lernen von den Gegnern. Diese haben mit Erfolg die Klinker der Gesetzgebung in die Hand genommen. Auch die Arbeiterschaft muß dies thun. Die Teilnahme an den gesetzgeberischen Akten ist der Wille aller der Führer der sozialdemokratischen Abgeordneten. Man begehrt damit einen Akt der Selbsthilfe im weitesten Sinne. Die einzelne Person kann sich allein nicht helfen. Die weitergehende Hilfe ist die, welche sich die Staatsbürger zu Theil werden lassen durch die Staatshilfe. (Lebhafter Beifall.) Der Antrag des Kollegen Scholz, anstatt der 12stündigen die 10stündige Arbeitszeit zu verlangen, wurde abgelehnt und darauf ein stimmig die im Vorstehenden mitgetheilte Resolution angenommen. Wegen vorgerückter Zeit vertagte man den dritten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Streik-Kontrollkommission.“

Vor den Glasergesellen Berlin und Umgegend sprach zunächst Stadtverordneter Zubeil unter reichem Beifall über „Lokal- und Zentralorganisation“. Redner nahm, nachdem er einen Rückblick auf die Geschichte und Entstehung der Organisationen überhaupt geworfen und Wesen und Bedeutung derselben beleuchtet hatte, den Standpunkt ein, daß in der gegenwärtigen Periode des immer bestiger werdenden Kampfes der Organisationen gegen den Alles verschlingenden Moloch des Geldes die lokale Organisation ein überwindlicher Standpunkt sein muß. Die überaus rege Diskussion führte, nachdem sowohl Anhänger der Lokal- wie der Zentralorganisation sich, wie immer vergebens, zu überlegen gesucht hatten, und nachdem die Kollegen Sojert und Stampehl zu Delegirten auf den am 18. April in Chemnitz tagenden Verbandstag der Glasergesellen Deutschlands gewählt worden waren, zur Annahme folgender Resolutionen:

1. In Erwägung des Umstandes, daß mit dem Fall des Sozialistengesetzes die bisherige Gewerkschaftsbewegung, welche bis dahin vorwiegend Unterstufungsgewerde bei Arbeitslosigkeit z. B. fagarte, theilweise eine andere geworden ist; in weiterer Erwägung der Thatfache, daß es jetzt hauptsächlich in der Aufgabe der zentralisirten Gewerkschaften sein muß, für die wirtschaftliche Herstellung, Ertragung höherer Löhne sowie die Verklärung der Arbeitszeit einzutreten, in weiterer Erwägung dessen, daß der Verband der Glasergesellen Deutschlands diese Aufgabe bisher nicht erfüllen konnte und daher einer Umänderung bedarf, beschließt die heutige öffentliche Versammlung, dem Verbandstag der Glaser Deutschlands, welcher am 18. April d. J. in Chemnitz tagt, einen neuen Organisationsentwurf, welcher von der zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission ausgearbeitet worden ist, vorzulegen, und beauftragt ihre Delegirten, in diesem Sinne zu wirken. 2. Die heutige Versammlung der Glasergesellen Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wünscht, um ein großes Ganzes zu schaffen, die Aufhebung der Lokalorganisation zu Gunsten des Verbandes.

Im Fachverein der Tischler für den Bezirk Hildesheim und Umgegend sprach dieser Tage Kolll. Kollenz über das Thema: „Unsere Organisation.“ Der Redner hob u. A. hervor, daß der Fachverein seit seinem 12-jährigen Bestehen tüchtig geleistet habe und jeder anderen Organisation an die Seite gestellt werden könne. Da aber die Unternehmungen sich enger verbinden, so seien auch die Tischler gezwungen, sich der Zentralorganisation anzuschließen. Dies sei um so nöthiger, als sich beim Bestehen zweier Organisationen die Parteien nur gegenseitig aufreiben würden und die Agitation zu schwer falle, weil die indifferenten Kollegen durch den daraus resultirenden Streit erst recht kopfscheu gemacht würden. Man solle die Angelegenheit recht rege diskutieren, um in der Generalversammlung, die in nächster Zeit über den Uebertritt beschließen wird, genau zu wissen, worin gestimmt werden muß. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten, u. A. Kollege Brauer, welcher die Zentralorganisation noch weiter ausgedehnt und zwar sämtliche holzindustrielle Arbeiter mit aufgenommen wissen will. — Die streikenden Kollegen von der Firma Laborenz hatten in der letzten Versammlung den Beschluß gefaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen, da Herr Laborenz die alten Preise bewilligte. Nur bei einer Sorte Kräfte sollte ein Prozentiger Abzug stattfinden, womit die Kollegen einverstanden waren. Herr Laborenz stellte jedoch keinen der Streikenden wieder ein. Während des Streiks waren trotz fleißiger Kontrolle andere Kollegen bei jener Firma in Arbeit getreten. Dieselben waren mit Stöcken bewaffnet in der Versammlung erschienen und versuchten sich durch leere Redensarten zu rechtfertigen, wurden aber von den streikenden und den anderen Kollegen eines Besseren belehrt. Derselbe Fabrikant hat wieder zwei Maschinenarbeiter ohne irgendwelchen Grund, als angebliche „Aufsteiger“ entlassen, und soll auf deren Entlassungsschein, anstatt denselben wie gewöhnlich blau abzukempeln, in die eine Ecke den Stempel in rother Farbe aufgedruckt haben, wie man befürchtet, um die Entlassenen zu kennzeichnen. Beide arbeiteten schon mehrere Jahre in dieser Fabrik.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Graveure und Bieleure, zu welcher auch Frauen Zutritt hatten, sprach Herr Max G a n t z über die Naturheilkunde und deren Einfluß auf die sozialen Verhältnisse. Der Referent erklärte kurz die Funktionen des Körpers, die Anwendung der Naturheilkunde, die einzelnen Krankheitsysteme (Fieber, Husten u. s. w.) und erklärte, wie die letzteren heilfördernd seien, von medizinischer Seite aber unterdrückt würden. Des weiteren bezeichnete der Redner die ungenügende Ventilation der Arbeitsräume, die meist mangelhaften Wohnverhältnisse, die schlechte Ernährungsweise als die Ursachen von Krankheiten, und erkannte die Verklärung der Arbeitszeit als berechtigt an. Zum Schluß betonte er, daß durch die Naturheilkunde das körperliche und soziale Gland theilweise aus der Welt geschafft werden würde. In der Diskussion vertrat Kollege G o t t m a n n mehr den medizinischen Standpunkt, meinte aber, daß die Naturheilkunde der materiellen Vortheile wegen im Vergleich zu den Rechnungen der Apotheken jedenfalls viele Anhänger genimm werde.

Weiter besprach Redner die schlechten gesellschaftlichen Zustände, u. A. die Heranziehung der Kinder zu industrieller Arbeit, und bezeichnete speziell Tenjemen als einen falschen Prophezen, der nicht Sozialdemokrat ist. An der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen R o b e l und J a c k, welche die Ausführungen des Vorstandes theilweise ergänzten. Untern Vorsitzenden erhob Silberarbeiter J a b e r als Beauftragter der Streik-Kontrollkommission Protest gegen die Ausführungen, welche Kollege J a c k in seinem Bericht über die Streik-Kontrollkommission kürzlich gegeben hat. Kollege J a c k rechtfertigte sich, da die Zeit aber schon weit vorgerückt war, so hat sich noch die nächste öffentliche Versammlung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Eine öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen nahm am 18. Februar den Bericht des Stadto. Vogtherr über die am selben Tage in der Stadtverordneten-Versammlung erfolgten Verhandlungen betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe entgegen. Herr Vogtherr theilte den Anwesenden das in Nummer 24 des „Vorwärts“ abgedruckte Ergebnis dieser Verhandlungen mit und äußerte dozu, er sei der festen Ueberzeugung, die Magistratsvorlage wäre von der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden, wenn nicht die einer weitestgehenden Beschränkung der Sonntagsarbeit günstigen Entscheidungen der Verwaltungen anderer Städte hier arg verschmäht hätten. So sah man vorläufig davon ab, den Beschluß des Magistrats anzuerkennen, daß von dem gesetzlich gewährleisteten Recht kein Gebrauch gemacht werde, durch Ortsstatut eine weitergehende Beschränkung der Sonntagsarbeit als die im Gesetz vorgeschriebene festzusetzen. Ein Ausweg müßte aber gefunden werden. Er eröffnete sich in dem zum Beschluß erhobenen Vorschlag, zu versuchen, ob nicht mit den kirchlichen Behörden ein Einvernehmen dahin zu erzielen sei, daß die Zeit des Gottesdienstes für den Sonntag Vormittag anstatt wie bisher auf 10, auf 11 Uhr festgesetzt werde — ein Beschluß, der ihm, Redner, von einer freisinnigen Majorität sogar unerwartet kam. Seiner Meinung nach werde eine Einigung nicht erzielt werden, vor allem aber die Angelegenheit bis zum 1. April, dem Tage des Inkrafttretens der Gewerbeordnungs-Novelle, ihre regelmäßige Erledigung nicht finden. Mit der Festsetzung der Kirchzeit auf 11 Uhr werde lediglich Legewert, die Kurze der sonntäglichen Arbeitszeit, welche der sozialdemokratische Antrag wolle, nicht einzuführen. Der Antrag Singer wolle bemerken, daß in Engros- und Bankgeschäften Sonntags überhaupt nicht und in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen nur drei Stunden gearbeitet werde, welches Benjam bis 10 Uhr Vormittags erledigt sein solle. Der Redner unterwarf dann die von Seiten der Gegner der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgebrachten Gründe für die Nothwendigkeit der Sonntagsarbeit einer scharfen Kritik, das Falschliche derselben nachweisend. Wenn der Magistrat bei seinem jetzigen Vorgehen sich auf das Urtheil des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft berufe, sei sein Verhalten zur Beschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe erklärlich; sei doch das Ältesten-Kollegium nichts weiter als eine Vertretung der Interessen der Großkaufmannschaft. Die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung stelle sich auch nur als Vertretung des wirtschaftlich Stärkeren gegenüber den Interessen des wirtschaftlich Schwächeren dar, wie ihr Verhalten in der besprochenen Angelegenheit beweise. Die kaufmännische Selbstherrschaft habe darauf zu bestehen, daß irgend welche Vergünstigungen, soweit sie ihre wirtschaftliche Lage betreffen, nicht von dem Wohlwollen dieser oder jener Behörden und Instanzen abhängig gemacht, sondern auf dem Wege der Staatsgesetzgebung unzweideutig festgelegt werden. Vor allem aber solle man in den Kreisen der Sozialdemokratie noch fernstehenden Handlungsaufforderungen das Bewußtsein erwecken, die gehörten einer Klasse an, deren Interessen nicht Eins sind mit denen ihrer Brotherrn. Dann würden sie sich der Sozialdemokratie anschließen, durch welche eine Besserung ihrer Lage überhaupt nur erreicht werden könne. (Lebhafter Beifall.) Vor Eröffnung der Diskussion theilte der Vorsitzende mit, daß der O.-Präsident von Brandenburg an den Vorstand der Freien Vereinigung ein Schreiben gerichtet habe, in welchem mit Ablehnung des Besuchs derselben, er solle darauf dringen, daß für Berlin ein Orts-Statut bezüglich der Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen erlassen werde, gesagt ist, die Ober-Verwaltungsbehörden hätten dazu keine Zustimmung. Aus diesem Grunde ist auch den beiden Delegirten der Freien Vereinigung die verlangte Audienz nicht gewährt worden. Der O.-Präsident hat aber, wie er in dem Schreiben mittheilt, dem Polizeipräsidenten andringend empfohlen, Wünsche der Abgeordneten der Vereinigung mit in Erwägung zu ziehen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr animirten. Herr H i n g e erklärte, in der Streik-Kontrollkommission dahin wirken zu wollen, daß wenn seitens der städtischen Behörden eine längere Sonntagsarbeit, wie sie das Gesetz

vorschreibt, für das Gewerbe nicht festgesetzt werde, die Arbeiterschaft mit Hilfe des Volontés der Handlungsgehilfen eine solche erlangen könne. Nach Vogtherr's Schlusswort gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung verurtheilt aufs Schärfste die ablehnende Haltung der Stadtverordneten-Versammlung betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, ebenfalls aber auch die vom Polizeipräsidenten resp. dem Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft ganz einseitig veranstaltete Enquete. Die versammelten Handlungsgehilfen halten fest an ihren vorläufigen Forderungen, die Arbeit in Engros- und Bankgeschäften an Sonntagen ganz zu unterlassen, in Detailgeschäften aber vorläufig auf 3 Stunden zu beschränken; principiell stehen sie aber auf dem Boden der vollen Sonntagsruhe. Die Versammlung protestirt jedoch gegen jede weitere Ausdehnung der sonntäglichen Arbeitszeit in einzelnen Branchen, wie beispielsweise in Zigorngeschäften, und erwartet vom Polizeipräsidenten, daß in dieser Frage nicht nur die Prinzipale, sondern auch die Beschäftigten gehört werden.

Im sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“ in Hildesheim hielt Genosse W. Kräger eine Vorlesung über das ehrene Nachgefolg und den Achtungstag nach einem Vortrage Dr. E. L. G. genau's. Wie beim ersten Unterrichtsabend wurde über das Gebörte diskutiert und gestaltete sich die Diskussion zu einer sehr regen und interessanten. Betreffs der Thatfache, daß ganze Familien infolge der schlechten Löhne von früh bis spät arbeiten müssen und dabei zusammen kaum das Nothwendigste erzielen, theilte ein Genosse mit, daß z. B. in Hildesheim Frauen mit ihren Säuglingen in der Krippe früh um 6 Uhr zur Fabrik aufbrechen resp. dort sein müßten, und auf Befragen, weshalb dieses denn nicht zur Anzeige gebracht würde, antwortete, daß sie dann einfach entlassen werden würden. Verschiedene Genossen erklärten hierzu, daß man gar nicht in die Ferne zu schauen brauche, denn bei den Weibern in Hildesheim z. B. herrschten fast dieselben Zustände. Da arbeitete auch zur Saison die ganze Familie von früh bis spät und suchte von dem tagen Verdienst so viel zu ersparen, um während der langen Wochen, wo nichts zu thun ist, leben zu können. Aus allen diesen Gründen vertrauen sich viele Arbeiter nicht zu heirathen, oder sie lähen wenigstens darauf, eine solche Frau zu bekommen, welche mitverdient. Nach diesen Ausführungen war man allgemein der Ansicht, daß nicht die Sozialdemokratie die Ehe vernichtet, sondern dieselbe Bourgeoisie, welche sich als Hort der Familie a. s. p. spielt, aber durch ihre Wirtschaftsmethode die Familie ganz eigentlich zerstört. Untern Vorsitzenden theilte der Vorsitzende mit, daß die Bibliothek schon über 60 Bände stark ist. Es wurden nochmals die Mitglieder, welche im Besitz von Werken sind, aufgefordert, solche dem Verein zur Verfügung zu stellen. Die Ausgabe der Bücher findet Sonnabends von 8-9 Uhr und Sonntags früh bis 10 Uhr Richardplatz 15 bei Schüttke statt. Die nächste Versammlung wird am 1. März abgehalten und das Nähere noch durch Karten bekannt gegeben.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Verkaufsmänner hielt am 16. Februar ihre Generalversammlung ab. In derselben berichtete Herr G. Schöner über seine Agitationsreise nach Hamburg. Aus dem Bericht ging hervor, daß es gelungen ist, in Hamburg eine freie Verkäufervereinigung zu gründen; dieselbe trat mit 65 Mitgliedern ins Leben. Damit hält man den Grundstein zu einer späteren Zentralisation gelegt. Dieraus erstattete der Kassirer den Jahresbericht, nach welchem eine Einnahme von 671,35 M. zu verzeichnen war; die Ausgabe betrug 614,75 M., es blieb also ein Kassensaldo von 56,60 M. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Dieraus verlas der Kassirer ein Verzeichnis neuer Mitglieder (ca. 65), welche mit den Beiträgen länger als drei Monate im Rückstand sind; ca. 34 derselben sind schon wiederholt erfolglos gemahnt worden. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Freie Vereinigung der Zivil-Verkaufsmänner von Hamburg, Altona und Umgegend.

Der Verband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, Filiale der Weber Berlins, hielt am 16. Febr. eine Versammlung ab, in welcher Herr T i m m über die Gewerkschafts-Organisation unter Beifall referirte. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen S e h m a n n, P e t e r s d o r f, W a g e n e r und S c h u f e r im Sinne des Referenten. Vor Schluß der schwach besuchten Versammlung bemerkte der Bevollmächtigte, wenn die Mitglieder in der nächsten Monatsversammlung nicht zahlreicher erschienen, würde er im April keine Versammlung stattfinden lassen.

### 3. Ziehung der 2. Klasse 186. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 20. Februar 1902.  
Wur die Gewinne über 100 Mark aus den betreffenden Nummern in Warenliste beigefügt.  
(Zieh. Gewinne.)

51 (1100) 224 64 232 021 710 1 64 90 229 308 494 570 91 614 07	991 95 2297 205 21 63 84 422 74 322 775 939 049 114 213 310 497	574 742 894 71 910 19 60 418 241 318 483 39 0 582 680 94 96 032	510 9 376 81 710 6 1 14 154 85 75 80 212 08 31 41 77 515 63 170 71	11 1 633 72 783 99 841 96 64 912 99 700 354 441 339 92 633 841 222	37 89 022 2 48 2 82 5 6 47 115 1 705 39 472 91 907 1280 128 222	95 338 09 11 80 81 481 176 62 716 63 834 81 90 91 9 4	01 10 128 74 213 78 82 91 72 516 62 110 717 22 13000	28 8 8 939 71 11 890 11 14 1 61 64 270 454 677 700 25 73 18 190	49 49 12047 179 967 445 5 7 623 70 150 816 9 41 13 19 16	78 31 2 0 21 71 115 1 132 627 636 734 861 99 984 1124 230 52	401 696 94 8 6 99 15037 144 76 89 272 37 430 3 5 10 52 72 6 8	50 74 726 77 979 2 1611 13 8 4 217 310 691 733 83 91 17131	51 617 94 945 38 1 04 72 193 336 12 0 6 17 3 810 33 10190 91	30 6 73 451 11509 66 115 1 509 26 43 46 874 933 71	20063 2 5 97 451 59 69 540 74 9 90 92 93 2 44 178 97 387 584	62 740 80 2 428 317 5 8 29 26292 31 190 143 611 49 731 51 8 811	35 917 2 1078 10 8 811 4 1 84 697 707 92523 50 35 5 9 36 57	85 20051 135 2 6 76 383 514 619 706 10 52 2 045 15 231 15 5 0	61 150 310 18 23 643 8 878 89 90 92 9 2 26409 8 68 118 3 0 64	300 59 414 618 68 81 700 940 86 0 811 329 67 421 651 33 747 003 34	30 940 14 121 67 11 44 623 638 67 903 31 097 24 12 0 1 313	69 546 684 727 8 6 97 3 2927 268 779 1100 986 41 3 46 81 45 7 7	98 509 67 063 733 61 74 819 4 7 2 3 03 191 25 459 74 608 42 730	8 359 1130 3 171 40 58 429 665 623 47 87 776 9 9 0 11 4 4114	24 30 3 2 64 421 622 39 715 31 842 76 9 6 39 32091 138 210 3 5 7	491 58 8 84 732 912 80 1 53 151 86 228 419 612 36 12001 764 91 827	78 1 9 01 39 108 328 485 341 86 917	4003 75 8 182 81 775 9 4 11085 115 23 246 205 918 504 606	57 14 15 2 9 30 4 021 24 81 84 84 418 81 576 153 612 7 1 3 8 9	24 43191 204 5 10 323 67 86 88 1 0 618 51 730 11 4 3112 12 141	72 35 8 9 95 15005 127 74 92 225 96 98 416 618 45 42 633 76 88 810	44048 83 150 331 54 442 665 746 212 84 4221 14 186 150 96 1 0 324	49 59 94 2601 443 99 31 600 21 722 88 815 52 971 4 138 9 99 319	405 83 564 681 798 800 900 4 029 86 309 5 0 348 6 622 09 73 93	715 94	50 23 4 230 322 644 721 845 72 914 54 66 51066 346 97 494 79	1150 745 69 74 818 35 46 12081 58 52079 292 557 408 541 663 750	8 6 54038 99 4 4 506 115 0 67 940 54 8 102 17 53 608 748 5	867 91 53309 69 70 312 670 84 740 9 2 50162 760 80 91 67225 170	310 93 540 624 742 941 77 38673 140 246 411 25 35 512 787 890	504016 79 12 98 12 730 402 30 962	60112 278 377 461 651 61053 172 292 3 6 12 420 470 690 747 87	334 41 54 55 6281 316 309 329 6 9 704 441 68102 376 710 46 616	84 150 94 990 442 8 3 6 1153 52 415 511 698 719 73 912 65011	102 26 371 446 672 641 32 81 6 0033 177 4 38 150 1 624 896 94 923	44 67 61 191 232 133 130 76 717 84 841 500 51 93 1130 48885	594 629 41 45 2 745 883 935 64 88 6 0003 33 83 84 98 318 415 656	8 27 922 94	70105 71 248 309 5 4 727 57 805 995 115 0 71100 292 338 71 568	623 48 811 915 32 61 72 45 73 243 50 71 82 3 4 85 886 620 32 51	121 90 812 9 85 7 4336 40 3 514 7 97 835 98 9 1 82 74131 71 77 2 57	395 41 322 605 732 33 43 80 7 0111 1150 39 208 24 521 94 61 9 97	708 38 85 965 87 74062 125 93 208 43 312 3 51 202 548 775 1 21	437 66 229 612 20 70 80 748 67 8 1 1500 980 7 3 822 41 75 180	22 47 325 438 733 900 7 82 40 47 79010 43 196 278 328 46 435	80 229 193 2 3 304 510 62 79 89 77 884 774 81235 854 69 418	22 76 2 28 6 31 59 811 914 84 832 12 131 59 445 52 1150 6 4	713 883 45 111 295 317 446 47 8 548 96 708 96 897 918 864 63 8	99 170 86 311 618 37 58 92 744 7 8 949 941 85 435 347 461 1150 748	842 961 842 184 270 775 91 517 6 694 92 145 1300 67 840 96 935	870 9 79 2 6 1150 378 1150 60 507 607 887 885 430 176 227 50 494	319 95 6 6 845 61 80 09 291 86 88 368 491 820 29 704 84 71 990
--	---	---	--	--	---	---	--	---	--	--	---	--	--	--	--	---	---	---	---	--	--	---	---	--	--	--	-------------------------------------	---	--	--	--	---	---	--	--------	--	---	--	---	---	-----------------------------------	---	--	--	---	---	--	-------------	--	---	---	--	--	---	--	---	---	--	--	--	--	--

90 018 53 241 52 60 393 653 649 700 91073 1 7 70 211 459 88	624 11 92403 308 614 972 9 326 47 418 30 509 40 1409 77 7 5 8 3	8 97 94194 205 8 300 18 418 97 723 76 8 3 38 921 95 12 30 16 82	99 1150 445 91 508 704 12 21 29 33 43 64 115 11 865 69 915 31 50 192	90 44 50 92 671 411 1300 43 6991 97 60 311 512 61 90 615 2 36	912 54 11500 9821 1 394 403 677 81 804 100102 59 96 456 666 959	100 29 120 401 514 640 53 73 838 101 50 679 785 1020 07 62	154 213 703 130 3 80 827 39 56 933 76 103 16 46 143 222 11 0 55	312 29 230 75 802 1100 37 901 10416 2 21 59 1 190 648 65 2 29	713 51 77 829 912 23 105174 236 99 451 1 519 103 783 99 803 97	9 32 82 100 0 136 77 230 79 80 309 500 704 70 856 81 107 03 65	292 335 230 61 91 573 6 3 79 825 953 108 81 01 143 47 2 6 42 76	334 535 43 83 801 10 4 122 100167 471 808 63 69 11500 88 703 915 45 57	110102 210 382 433 35 85 527 606 710 8 62 330 816 36 51	141142 238 41 55 61 3 6 5 701 7 804 978 11 2 1 15 9 41 30 30	301 51 409 711 148 052 88 236 315 19 07 73 75 321 637 67 722 114 40	70 15 0 11 2 7 19 31 51 64 62 7 11 741 88 929 51 71 145 079 81	81 4 3 64 69 529 90 6 4 9 80 110 46 142 222 92 412 51 6 5 12 80	91 733 14 286 8 02 810 35 2 549 32 85 623 76 81 11 211 335 97	722 38 82 805 915 78 110 2 57 82 3 51 1100 56 531 76 705 9 0	1200 8 112 3 51 70 24 215 22 3 4 454 46 611 75 86 8 9 2 2	31 12 012 66 241 82 336 412 91 581 55 66 71 61 71 845 88 955	122 23 162 95 265 87 841 59 416 32 529 61 42 739 48 12 126 91	337 416 21 511 613 721 87 99 80 949 1 42 214 47 5 413 77 63 711	90 089 1 2 070 11 5 334 584 64 650 734 92 833 120 145 243 69	404 08 541 64 300 8 6 69 1 27183 96 2 1 412 555 11 101 757 60 80	1282 6 15 04 114 39 674 764 95 875 120099 214 64 66 774 444	130 72 487 508 608 78 896 120000 44 12001 257 375 448 879	902 6 81 1 132 82 2 4 1150 54 870 411 34 91 371 612 106 834 910	114 024 225 35 74 116 32 554 99 373 839 76 924 41 13 1128 90 536	84 642 58 64 916 51 1130 13 1156 228 30 84 340 404 5 3 619 763 811	944 1 40 108 261 427 961 97 14 024 73 445 442 652 74 912 1 28330	133 25 81 692 702 807 1 4 0104 64 374 87 577 6 36 709 10 28 896	140156 533 8 24 921 77 84 1 112 79 817 84 1 100 994 1 420 12 115 0 32	71 15 106 267 92 304 51 417 115 0 97 380 73 680 729 40 880 2 81 976	143110 12 34 285 4 3 6 594 100 850 1 4 4 62 87 80 1 54 768 120 7	6 9 894 1 45 37 49 59 71 213 42 5 1160 5 6 99 743 85 15 1 932	140 23 43 134 93 307 403 53 60 87 845 97 4 94 1 42 10 303 49	409 571 734 1 48 72 76 93 127 5 8 741 1200 66 72 1 40266 393	467 322 95	15 44 87 88 208 8 87 496 631 67 74 96 793 151007 61 62 92	307 2 11 0 624 690 58 834 57 76 75 956 152 35 35 72 4 40 75 640	59 7 14 8 866 222 1 3 841 19 226 4 3 54 628 70 42 49 0 7 21	1150 972 73 93 1 51081 91 111 3 4 35 46 42 1100 87 61 5 784 9 4 55	1 5 46 295 357 96 491 610 869 97 930 1 3 34 4 514 62 61 827 919	15 005 109 21 239 317 2 4 455 678 47 704 33 860 76 912 99 158 88	100 63 328 458 92 633 79 93 156 986 1 59 72 84 340 600 7 710 682	80 908 18	160190 804 13 1150 37 748 76 817 84 1 04100 11 3 663 96 414 56	1150 9 555 67 829 740 840 1 602 18 55 7 13000 31 375 77 4 7 18	6 2 9 616 45 109 94 1 3 111 31 56 106 297 1200 327 42 98 489 6 6	144 91 5 3 1 6 2000 19 73 229 62 422 19 25 70 96 670 189 96 224 93	2 1 50 045 7 1200 133 99 703 95 421 6 0 38 54 9 74 87 1 66 47	21 45 73 84 569 671 847 1 67 2 106 34 59 696 74 92 703 97 10
---	---	---	--	---	---	--	---	---	--	--	---	--	---	--	---	--	---	---	--	---	--	---	---	--	--	---	---	---	--	--	--	---	---	---	--	---	--	--	------------	---	---	---	--	---	--	--	-----------	--	--	--	--	---	--